

EINE GROSSE FAMILIE

Wieder haben wir einen neuen Kalender auf dem Tisch. Das Jahr 1982 ist angebrochen und gibt uns Anlaß, zurückzublicken, über das Heute und das Morgen nachzudenken.

Die jahrtausendealte Menschheitsgeschichte war noch nie an Ereignissen so reich, wie in diesem 20. Jahrhundert. Niemals vorher hat sich die Welt innerhalb einer Generation so grundlegend gewandelt. Ursprung dieser großen Wandlungen war der Oktober 1917.

Die Sowjetunion kann wahrhaft stolz auf ihren Beitrag zur modernen Zivilisation sein. Eine einfache Aufzählung nur des Wichtigsten, das mit dem Sieg der Oktoberrevolution auf der Erde Einzug hielt, füllte ein dickes Buch. Doch unter diesen Leistungen gibt es besonders herausragende. Im Sowjetstaat wurde der Traum des Dichters wahr, da die Völker den Zwiespalt vergessen werden und sich zu einer großen Familie vereinen. Eine solche große Familie ist unser multinationales Land, in dem eine neue historische Gemeinschaft, das Sowjetvolk, entstand.

Jahrhunderte hindurch wurde die Welt von dem anscheinend unerschütterlichen Gesetz beherrscht: Glück und Wohlstand weniger basieren auf der Armut und dem Leiden von Abermillionen. Eine Nation unterdrückte die andere, die Reichen die Armen, die Starken die Schwachen. Der Sozialismus legte den zwischenmenschlichen Beziehungen andere, bis dahin unbekannte Normen des menschlichen Zusammenlebens zugrunde. In der Sowjetunion ist kein Platz für Klassenantagonismus, für nationale Unterdrückung und Feindschaft. Wir haben ein einziges großes Haus: die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Über 22 Millionen Quadratkilometer erstreckt sich unsere Heimat, die von mehr als 100 Nationen und Völkern bewohnt ist. Doch wo auch immer sie leben, in welchen Sprachen auch immer sie reden, die sowjetischen Menschen verbinden die gleichen Taten, die gleichen Sorgen. Alles in unserem Land Geschaffene — Städte und Straßen, Fabriken und Kraftwerke, Kolchosen und Sowchosen wie auch die geistigen Werte der sozialistischen Kultur — ist die Frucht unserer gemeinsamen Arbeit. Deshalb freuen wir uns über alle guten Nachrichten, woher sie auch kommen mögen — von den Erdölkumpeln in Tjumen oder den Neulandarbeitern Kasachstans, von den Automobilbauern Belorusslands oder den Winzern Aserbaidshans. Genauso wie bei dem geringsten Alarmsignal — denken wir nur an das Erdbeben in der usbekischen Hauptstadt Taschkent

— die ganze Sowjetunion den in Not Geratenen zu Hilfe eilt. Geschlossenheit und Hilfsbereitschaft der Völker verliehen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung aller Republiken ein nie gekanntes Tempo.

Glauben Sie, daß in Ihrem Land die nationale Frage gelöst ist? — werden wir häufig von ausländischen Lesern gefragt. Unsere Antwort lautet ja, denn infolge der konsequent durchgeführten Leninschen Nationalitätenpolitik hat unser Land beim Aufbau des Sozialismus als erstes in der Geschichte auch diese brennende, komplizierte Frage des gesellschaftlichen Lebens gelöst. Endgültig und unwiderruflich. Die Einheit aller Nationen und Völkernschaften unseres Staates hat die harten Prüfungen des Bürgerkriegs und des Kampfes gegen die faschistischen deutschen Eroberer bestanden. Auf ihr basieren unsere Leistungen der letzten Jahrzehnte. Die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Tatsache läßt sich von unseren Gegnern trotz aller Anstrengungen nicht auslöschen.

Die sowjetische Nation ist heute so geeint wie nie zuvor. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß alle Fragen im Bereich der nationalen Beziehungen bereits vom Tisch sind. Die Entwicklungsdynamik eines so großen multinationalen Staates bringt nicht wenige Probleme mit sich, auf die die Partei ihr besonderes Augenmerk zu richten hat, sagte Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU. Wir sind gegen Tendenzen, die die nationalen Besonderheiten künstlich zu verwischen abzielen. Ebenso halten wir es aber für untragbar, solche Tendenzen künstlich aufzubauchen. Es ist nicht so einfach, von Vorstellungen abzugehen, die sich durch die Jahrhunderte im Bewußtsein verankert haben. Um so wichtiger ist das, was unsere Partei und der sozialistische Staat in der relativ kurzen historischen Frist erreicht haben: Der Internationalismus, der einst nur das Ideal einer Handvoll Kommunisten war, wurde inzwischen zur tiefen Überzeugung und zur Verhaltensnorm von Millionen sowjetischen Menschen aller Nationalitäten.

Als wichtiges Datum werden wir in diesem Jahr den 60. Gründungstag der UdSSR, des unzerstörbaren Bundes der gleichberechtigten sowjetischen Republiken begehen. Im klaren Verständnis für das einstige Leben unseres Landes, für den nicht leichten, manchmal so beschwerlichen Weg zum Triumph der sozialistischen Gerechtigkeit, des Humanismus und sozialistischen Internationalismus werden wir uns deutlicher der Gegenwart bewußt — im Namen der Zukunft.

In der Stärkung des multinationalen Sowjetstaats, im Ausbau der Kontakte zu den Völkern der sozialistischen Bruderländer, zu den kommunistischen Parteien und den Werktätigen in aller Welt sieht die KPdSU ihre internationalistische Pflicht.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 1 JANUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Eine große Familie	1
W. Sagladin — Frieden, das höchste Gut	5
W. Lewonow — Erfolg der Politik des Dialogs	7
J. Nilow — Ohne jeglichen Anstand	8
K. Jurjew — Südostasien. Wozu die Koalition der Ehemaligen!	10
D. Wolski — Die wahre Bedrohung	12
Miguel d'Escoto Brockmann: „Nikaragua ist ein souveräner Staat“ (Interview)	12
W. Kudrjawzew — USA—Libyen. Die Geheimnisse des Ovalen Kabinetts	14
P. Mesenzew — USA—Iran. Revanchelüstern	14
Notizen ♦ Glossen	16
F. Gorjunow — Slumpflation	18
W. Wernikow — Kuba. Jenseits der Havanna-Bai	22
Biographisches: Javier Perez de Cuellar	23
Sam Nujoma: „Unsere Haltung ist konstruktiv“ (Interview)	24
W. Dolgow — Peru. Im Land der Inkas	25
Diskussion mit dem Leser	27
PS	28
Deklaration der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung	29



Die Redaktion der „Neuen Zeit“ gratuliert allen ihren Lesern zu Neujahr. Wir wünschen Ihnen Glück, Gesundheit, gutes Arbeiten und einen friedlichen Himmel 1982.

Titel: V. Rosanzew

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Anlässlich des 75. Geburtstages Leonid Breschnews liefen an seinen Namen beim ZK der KPdSU, im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, bei der „Prawda“ und in den Redaktionen anderer Zeitungen und Zeitschriften, beim Fernsehen und Rundfunk zahlreiche Glückwünsche und Grußadressen von Partei- und Sowjetorganen, Massenorganisationen, Republiken, Regionen und Gebieten, von Industrie-, Bau- und Transportbetrieben, Sowchosen und Kolchosen, Ämtern und Lehrinrichtungen, Armee-Einheiten, Arbeitern, Kolchosbauern, Vertretern der Intelligenz, Veteranen der KPdSU und des Großen Vaterländischen Krieges ein. Eingegangen sind ferner Grußtelegramme und -schreiben von den Führern der sozialistischen Bruderländer, von den kommunistischen und Arbeiterparteien, von Staatsmännern und Vertretern der Öffentlichkeit vieler Länder der Welt. Am 24. Dezember dankte Leonid Breschnew über die „Prawda“ herzlich allen, die ihn freundschaftlich begrüßten und beglückwünschten.

Am 23. Dezember ratifizierte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den in Moskau am 13. Mai 1981 unterzeichneten Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR Kongo. In der Sitzung des Präsidiums sprach Boris Ponomarew.

Am 21./22. Dezember tagte in Moskau zum 22. Male die sowjetisch-tschechoslowakische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.

Zu Weihnachten wandte sich der Vorsitzende des Militärrates für die Nationale Rettung General Jaruzelski im Rundfunk an das polnische Volk. Der Ausnahmezustand habe die gesamte Gesellschaft, alle Staatsbürger schwer erschüttert. Wir wollten damit erreichen, sagte Jaruzelski, daß kein einziger Blutropfen vergossen wird. Leider konnte das nicht verhindert werden. Wir sind alle über die Vorkommnisse auf dem Territorium der Grube „Wujek“ betrübt. Das ist auch mein persönliches Drama. Für diese Vorkommnisse sind jene verantwortlich, die die Aggressionsakte organisierten und verwirklichten und gegen die Gesetze des Ausnahmezustandes verstießen. Der Prozeß der Zersetzung des Staates sei aufgehalten, der Anarchie ein Ende gesetzt worden. Die persönliche Sicherheit der Bürger erhöhe sich. Aber solange diese Notwendigkeit bestehe, werden wir eine strikte Befolgung der harten Gesetze des Ausnahmezustandes

„NEUE ZEIT“ 1-82



Diese Uhr am Spasskaja-Turm des Moskauer Kreml verkündet den Anbruch eines neuen Jahres, eines Jahres neuer Arbeitstaten der Sowjetbürger und weiterer Anstrengungen der KPdSU, des Sowjetstaates im Ringen um Frieden und Glück für alle Völker der Erde

Foto: TASS

verlangen. Zugleich erkläre ich, sagte Jaruzelski, daß dieser Zustand keine Stunde länger als notwendig dauern werde.

Am 23. Dezember wurde beim Besuch Babrak Karmals, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und Vorsitzender des Revolutionsrates, in Bulgarien zwischen diesen Ländern ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit geschlossen und von Babrak Karmal und Todor Shiwwow, Generalsekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Staatsrates Bulgariens, signiert. Der Vertrag sieht eine Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit beider Länder in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Verkehr sowie bei der Erschließung von Naturreichtümern vor. Die bulgarisch-afghanischen Beziehungen werden sich auch in Wissenschaft, Kultur, Gesundheitsschutz und Sport erweitern.

Der Sowjetische Solidaritätsausschuß der Länder Asiens und Afrikas veröffentlichte am 26. Dezember eine Erklärung, in der er die von den herrschenden Kreisen der USA und Israels unternommene neue Eskalation der Wühlaktionen gegen die arabischen Länder — den verstärkten militärpolitischen Druck der Reagan-Administration auf Libyen, die Verhärtung des Okkupations- und Terrorregimes Tel Avivs am Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen — verurteilt. Der Ausschuß forderte die Weltöffentlichkeit auf, aktiver gegen die militaristische Expansion der USA und Israels aufzutreten.

Am 23. Dezember fand in Belgrad ein ZK-Plenum des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens statt. Die Teilnehmer des Plenums erörterten die Vorbereitung zum XII. Parteitag des BdKJ und bestätigten u. a. den Entwurf von Änderungen und Ergänzungen zum Statut

des Bundes. Der Berichterstatter Branko Mikulić, Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ, erklärte: Wir können mit der Rolle der Partei im Leben unserer Gesellschaft nicht zufrieden sein. Als Grund bezeichnete er den ungenügenden Einfluß der Kommunisten auf die Arbeit der örtlichen Machtorgane und der politischen Massenorganisationen, die viel zu allgemeine, unkonkrete Beschlüsse fassen. Im Bericht werden die im Zuge der Vorbereitung auf den Parteitag gestellten Forderungen kritisiert, einige Grundprinzipien des organisatorischen Aufbaus des BdKJ, darunter das Prinzip des demokratischen Zentralismus, zu revidieren.

Am 22. Dezember beendete der III. Parteitag der Einheitsfront des nationalen Aufbaus und Schutzes Kampuchas seine Arbeit. Wie in der Resolution hervorgehoben wird, besteht die Hauptaufgabe der Front gegenwärtig im Schutz der nationalen Unabhängigkeit und im Aufbau des Landes, das allmählich dem Sozialismus entgegenschreitet. Eine neue Satzung der Einheitsfront wurde angenommen. Darin heißt es, daß die führende und lenkende Kraft der Front die Revolutionäre Volkspartei Kampuchas ist.

Der Weltfriedensrat faßte den Beschluß, eine Massenkampagne des Protestes gegen die USA-Pläne für die Neuausrüstung des Militärregimes Pakistans zu entfalten. Wie der Präsident des Weltfriedensrates Romesh Chandra erklärte, bedrohen die massierten Lieferungen modernster USA-Waffen an das Regime in Islamabad die Sicherheit Indiens und den Frieden in ganz Asien.

Wie die libanesische Zeitung „Al-Safir“ meldet, kam es in Sudan am 22. Dezember zu regierungsfeindlichen Studentenmassenaktionen. Die Studenten der Universität Khartum, der islamischen Universität Omdurman und der Universität „Gezira“ in Wad-Medani riefen einen Generalstreik aus Protest gegen die Maßnahmen der Behörden aus, die die materielle Lage der Studenten beträchtlich verschlechtern. Der Unterricht an diesen Hochschulen ist völlig lahmgelegt. Gegen die Studenten wurden Polizeitrupps eingesetzt.

Im iranischen Kurdistan wurde der Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen, die die nationale Autonomie für die Kurden verlangen, fortgesetzt. Bei Tamarchin wurden etwa 40 Kurden getötet bzw. verletzt. Gekämpft wurde auch bei Marivan und in der Stadt Mehabad. Am 23. Dezember wurden in Teheran gemäß dem Urteil des revolutionären Tri-

bunals weitere 22 Anhänger des Schah-Regimes hingerichtet.

In Washington wurde ein amerikanisch-pakistanisches Abkommen über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. Darüber berichtete am 23. Dezember die pakistanische Zeitung „Muslim“ unter Berufung auf den Washingtoner Korrespondenten der Pakistan Press International. Das Abkommen sieht vor, daß Pakistan moderne USA-Waffen geliefert werden, darunter M-60-Panzer, Kampfhubschrauber, Haubitzen, Raketen u. a., insgesamt für 450 Mio Dollar. Das ist nur ein Teil des zwischen den USA und Pakistan unterzeichneten großen Kontraktes über militärisch-wirtschaftliche Hilfe an Islamabad, die in den nächsten fünf Jahren 3,2 Md. Dollar erreichen wird. Außerdem erlaubte die Washingtoner Administration bereits, an Pakistan 40 neueste amerikanische F-16-Jagdbomber für 1,1 Md. Dollar zu verkaufen.

Am 22. Dezember übernahm Generalleutnant Leopoldo Fortunato Galtieri offiziell den Posten des Präsidenten Argentiniens. Gemäß einem Beschluß der Militärjunta, die die oberste Staatsmacht im Lande ausübt, bleibt er auf diesem Posten bis zum 29. März 1984. Galtieri, der Roberto Eduardo Viola als Präsident absetzte, bleibt Oberbefehlshaber des Heeres und in dieser Eigenschaft auch Mitglied der herrschenden Militärjunta bis zum 28. Dezember 1982, worauf er laut Reglement den Dienst quittieren wird. Das neue Ministerkabinett wurde bekanntgegeben. Außenminister ist Nicanor Costa Méndez, der auch in der Regierung General Onganía (1966—1969) diesen Posten bekleidete. Die Zahl der Ministerien ist in der neuen Regierung auf 10 reduziert worden.

In El Salvador waren am 22. Dezember erbitterte bewaffnete Zusammenstöße zwischen der Nationalen Be-

freiungsfront „Farabundo Martí“ (FMLN) und Regierungstruppen beim Hafen La Unión im Gange. Dort befindet sich eine der stärksten Garnisonen des Landes. Im Departement Usulután führten die FMLN-Kämpfer mehrere Operationen an der Panamericana durch.

Am 24. Dezember beendete der Gehilfe des US-Außenministers Eagleburger seine Reise durch mehrere NATO-Staaten. Unter grober Entstellung der Lage in der VR Polen forderte er von den Regierungen dieser Staaten Wirtschaftssanktionen gegen Polen, insbesondere die Einstellung von Nahrungsmittellieferungen.

In der Türkei begann am 24. Dezember der Prozeß gegen eine große Gruppe von Aktivisten der Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften. Bevor die Militärregierung diese fortschrittliche Organisation verbot, zählte sie über 600 000 Mitglieder. Die Militärstaatsanwaltschaft verlangte das Todesurteil für 52 Aktivisten der Konföderation, darunter für ihren Generalvorsitzenden Başürk.



Die Lage in Libanon bleibt gespannt. Im Westen Beiruts kam es zu einer starken Explosion, bei der viele Menschen getötet bzw. verletzt wurden. Solche Provokationen häufen sich neuerdings in der libanesischen Hauptstadt. In der Regel stecken israelische Geheimdienste dahinter. Unser Bild: Am Ort der Explosion

Foto: AP/TASS

PREISE DER REDAKTION „NEUE ZEIT“

Das Redaktionskollegium zeichnete die besten Materialien des Jahres 1981 mit Preisen aus.

Die Autoren der besten Materialien sind: R. Andreassian, K. Borissow, O. Fomin, V. Gussenkow, N. Iwanow, N. Jakowlew, W. Kusnezow, P. Mesenzew, W. Midzew, J. Nagibin, W. Sagladin und N. Schischlin.

Das Redaktionskollegium dankt folgenden Autoren für ihre aktive Mitwirkung 1981: K. Andrejew, G. Arbatow, L. Besymenski, F. Coisson (Italien), H. Dötze (BRD), S. Epstein, J. Gwosdew, L. Kjusadshian, W. Korotschanzew, J. Korschunow, E. Kowaljow, V. Krawzow, W. Larin, W. Lawrjonow, J. Ostrowitjanow, J. Reschetow, L. Semejko, G. Stach, A. Urban und M. Walerianow.

NZ POST

Zu den bedeutendsten Ereignissen von 1981 gehört Leonid Breschnews Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Alle Sowjetbürger unterstützen restlos seine Ergebnisse. Die Gespräche in Bonn festigten zweifellos die gegenseitige Verständigung zwischen unseren beiden Ländern, ja überhaupt zwischen Ost und West. Der kurz zuvor unterzeichnete große Kontrakt für die Lieferungen von Naturgas aus der UdSSR in die Bundesrepublik hat, wie Leonid Breschnew sagte, nicht nur große wirtschaftliche, sondern auch politische Bedeutung. Dieser Kontrakt zeugt davon, daß die Völker unserer beiden Länder auf langfristige friedliche Zusammenarbeit hoffen.

W. PETRENKO
Moskau

Es gibt Leute, die glauben, die USA und die UdSSR seien gleichermaßen an der Zuspitzung der Weltlage schuld. Ich dagegen meine, daß die Verantwortung für die Gefahr einer Nuklearkatastrophe ausschließlich die USA und ihre Bündnispartner trifft. Einige westliche Politiker wollen die positiven Veränderungen in der Welt, auf die die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder hinwirken, verhindern. Sie denken sogar allen Ernstes an die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges.

Giuseppe PIOVANELLI
Brescia, Italien

Mich hat der Beitrag „Geraubtes Andenken“ G. Arutjunows und G. Jepiskoposows (Heft 49/81) tief aufgewühlt. Mit Recht schreiben die Autoren, daß die bürgerliche Propaganda schon immer bestrebt war, die Vergangenheit und Gegenwart zu falsifizieren. Das Buch „Fakten von türkischen Armeniern“, von dem im Beitrag die Rede ist, ist ein Beispiel für Tatsachenfälschung. Leider bringt die türkische Presse, wie ich gehört habe, häufig Materialien, die die Geschichte der UdSSR und ihrer Völker, auch des armenischen Volkes, entstellen. Ich danke der Redaktion und den Autoren für die würdige Abfuhr, die sie den Fälschern erteilt haben.

A. SARKISSIAN
Etschmiadsin, Armenische SSR

FRIEDEN, DAS HÖCHSTE GUT

Wadim SAGLADIN

Am Silvesterabend stoßen wir auf das alte Jahr an, das unwiederbringlich in die Geschichte eingeht. Mancher empfindet dabei Befriedigung, mancher nicht, den einen oder anderen aber mag auch Enttäuschung beschleichen. Denn schließlich gibt es verschiedene Menschen, Menschengruppen, ganze Länder und auch soziale Systeme, die mit unterschiedlichen Ergebnissen an der Jahreswende anlangen.

Das gilt natürlich auch für das vergangene Jahr 1981. Glauben Sie nun aber nicht, daß ich hier nun Bilanz ziehen will. Das hat doch jeder von uns und haben wir alle zusammen schon getan. Hier soll die Rede vom anbrechenden neuen Jahr 1982, also von der Zukunft, von den Aussichten sein. Und wenn ich erwähnte habe, daß das alte Jahr nicht von allen gleich verabschiedet wird, dann nur, um zu sagen, daß auch das neue Jahr unterschiedlich begrüßt wird. Von den einzelnen, von den Gruppen, von ganzen Ländern und sozialen Systemen.

Der traditionelle Neujahrsspruch klingt wahrscheinlich überall mehr oder minder gleich: Ein glückliches neues Jahr! Und ich glaube, ja ich bin überzeugt davon, daß jeder Mensch, wenn er sein Glas erhebt, seinen Nächsten und sich selbst tatsächlich aufrichtig Glück wünscht. Eine der Definitionen des Glücks besteht doch gerade darin, daß es das ist, wonach jeder strebt.

Selbstverständlich ist persönliches Glück in vielem rein individuell und unwiederholbar. Es ist ein kompliziertes Mosaik aus menschlichem Empfinden und Arbeitsleistungen, aus schöpferischen Erkenntnissen und heimischem Wohlstand, aus erfüllten Wünschen und dem Vorgefühl neuer Erfolge.

Doch hat dieses Mosaik auch allen gemeinsame Steinchen, gemeinsame Ideale, die alle aufrechten normalen, vernünftig denkenden Menschen auf der Erde anstreben. Den ersten Platz unter diesen Idealen nimmt zweifellos der Frieden ein. Frieden nicht als Pause zwischen Konflikten und nicht als banges Warten auf den Krieg, sondern Frieden als dauerhafter, zuverlässiger Zustand, als Fundament für Leben und Wohlergehen des Menschengeschlechts.

Das Jahr 1981 hat, wie unsere Leser sich wahrscheinlich entsinnen, mit einem zunächst seltsam anmutenden Streit begonnen. Ob es nämlich etwas wichtigeres als den Frieden gebe. Ausgelöst hatte diesen Streit der amerikanische Außenminister, der unzweideutig erklärte, ja,

es gibt Dinge, die wichtiger sind als der Frieden. Die Antwort darauf gab ihm umgehend unser XXVI. Parteitag: Nein, wichtigere Dinge als der Frieden existieren nicht.

Dieser Streit hielt das ganze Jahr über an. Auch jetzt ist er nicht verstummt. Aber immerhin läßt sich nun, an der Schwelle zum Jahr 1982 ein gewisses Resumé der Diskussion ziehen. Wie also lautet es?

Vom Standpunkt der internationalen Diplomatie hat die kurz vor Neujahr abgeschlossene 36. Tagung der UNO-Vollversammlung ganz eindeutig Bilanz gezogen. Eine Analyse der von der Tagung verabschiedeten Beschlüsse — in ihrer Gesamtheit — zeigt deutlich, daß die Weltgemeinschaft für den Frieden ist. Sie glaubt, daß heute wirklich kein wichtigeres Problem besteht als die Verhütung eines Nuklearkrieges.

Leider aber denken nicht alle Länder so, genauer, nicht alle Regierungen in der Welt. Die US-Regierung beispielsweise unterstützte nicht die von der UdSSR eingebrachte Resolution zur Verhütung einer nuklearen Katastrophe. Und noch in einem Dutzend anderer Fälle waren die US-Delegierten bei der Abstimmung zu Resolutionen für Frieden und Entspannung dagegen, bei vielen anderen enthielten sie sich der Stimme. Zusammen mit Washington war auch Peking immer wieder „gegen“ den Frieden. Wen will das wundern: Nach Ansicht derer, die am Potomac das Wort führen, gibt es eben wichtigere Dinge als den Frieden. Peking aber erscheint bislang als Verbündeter dieses Landes, das seinerzeit alles getan hat, um es nicht zu einem Sieg der chinesischen Volksrevolution 1949 kommen zu lassen.

Wir sagten: „Nicht alle Länder, genauer nicht alle Regierungen“ haben den Frieden in der UNO unterstützt. Diese Präzisierung ist nicht zufällig vorgenommen worden. Spricht man nämlich von den Völkern und nicht von den Regierungen, so sind die Völker aller Länder zweifellos für den Frieden. Selbst jener Länder, in denen, wie in den USA, Kräfte am Werk sind, die dem Frieden „andere Dinge“ vorziehen.

Für die Völker, die Weltöffentlichkeit hat die Debatte darüber, ob es wichtigeres als den Frieden gebe, zu eindeutigen Schlüssen geführt.

1981 geht in die Geschichte als ein Jahr einer rasanten Entwicklung der Bewegung für Frieden, gegen das Wettrüsten ein. Vor allem betrifft das Europa. Aber (wenn auch nicht

in gleichem Maße natürlich) ebenfalls die USA, Japan, Indien und Australien, alle Regionen der Welt. Kurz, man wird heute kaum ein Land finden, in dem es keinen Friedenskampf gäbe.

Das Ausmaß dieses Kampfes ist, wie häufig gesagt wird, beispiellos. Das stimmt. Denn er wird nicht nur überall geführt, er wird wahrhaft volksweit. Und er ist sehr vielschichtig. In ihn fließen der Protest gegen die zunehmende Kriegsgefahr, die Furcht vor einer möglichen Kernkatastrophe und die Empörung über die sozialen Folgen des Wettrüstens ein. Nebeneinander bestehen in ihm patriotische Bemühungen und die Sorge um die Erhaltung der Umwelt, um ihre Rettung vor dem Orkan des Krieges. An ihm beteiligen sich Menschen in der Sorge um ihre Kinder und in der Sorge um die Zukunft ihres Besitztums. In ihm verknüpfen sich der Wille zum sozialen Fortschritt des Kommunisten und Atheisten und die Emotionen des Geistlichen, der das Bibelwort „Du sollst nicht töten!“ erinnert.

Die Entwicklung der Antikriegs-, insbesondere der Antiraketenbewegung ist, wenn Sie so wollen, eben die volksweite Antwort an jene, die behaupten, es gebe wichtigere Dinge, als den Frieden.

Diese Antwort ist um so bedeutender, da jene, die das meinen, seit Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre ungeahnte, wahrhaft außerordentliche Anstrengungen gemacht haben, um den Massen den Gedanken an die Unvermeidbarkeit und sogar Notwendigkeit und Wohltat von Kriegen einzutrichtern. Und zwar von Kriegen gegen den Sozialismus. Zu diesem Zweck haben sich bestimmte Kreise in den USA und NATO-Politiker buchstäblich die Kehlen heiser geschrien und alte, abgeleierte Goebbelsrefrains von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ wieder aufgelegt. Für Experten der Sozialpsychologie und Propaganda ist die zu diesem Thema im Westen entfaltete Kampagne zweifellos von nicht geringem Interesse. Arten und Methoden der „Beweisführung“, daß weiß schwarz ist und umgekehrt, mit anderen Worten, die Arten des Betrugs an den Menschen müssen genau untersucht und entlarvt werden, sonst läßt sich kaum auf einen Sieg, auf den Triumph der Wahrheit hoffen! Ihr Triumph aber ist die unabdingbare Voraussetzung auch für den Sieg des Friedens.

Noch bringt die auf Betrug basierende und mit Halbwahrheiten durchsetzte Propaganda manchen

durcheinander. Das gilt u. a. auch für die Kampagne von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“. Noch gibt es Leute, die im Ernst daran glauben, unser Land könnte irgendwelche Hintergedanken, irgendwelche Pläne hegen, die den Frieden und das Wohl anderer Völker bedrohen. Aber die Zahl solcher Leute wird immer geringer. Denn die handfeste „atlantische“ Propaganda geht, wenn sie auf die Realitäten stößt, unausbleiblich zu Bruch. Bei allem äußerlichen aufdringlichen, überzogenen Talmiglanz ist sie genau so haltbar wie eine Tannenbaumkugel. Die Wahrheit dagegen ist solide, dauerhaft und haltbar. Man kann sie „dementieren“ oder nicht zur Kenntnis nehmen. Wahrheit bleibt sie dennoch.

In unserem Falle ist die Wahrheit, daß keinerlei sowjetische Bedrohung besteht. Ja, unser Land ist stark. Aber es ist die Stärke eines Wachmanns, der die Errungenschaften des Volkes beschützt und nicht etwa fremdes Gut, fremden Boden an-tasten, fremde Grenzen verletzen will. Ja, die Möglichkeiten unserer Heimat werden von Jahr zu Jahr, von Planjahr fünf zu Planjahr fünf immer größer. Aber wir nutzen sie nicht, um militärische Überlegenheit zu erlangen und andere damit zu schrecken, nicht, um fremde Völker auszubeuten, sondern um unser eigenes Leben besser zu machen und unseren Freunden, allen, die besser, freier und in Frieden leben wollen, nach Möglichkeit zu helfen.

Das sind nicht nur Worte. Das ist die Realität unserer Außen- und Innenpolitik, die Realität des Friedensprogramms für die 80er Jahre, das Leonid Breschnew auf dem XXVI. Parteitag vorstellte und das in vielen neuen sowjetischen Vorschlägen und Initiativen weiterentwickelt wurde. Eine davon, die gegenwärtig besondere Beachtung vor allem der Europäer findet, ist der Gedanke, ganz Europa in eine von Mittelstrecken- wie taktischen Kernwaffen freie Zone zu verwandeln. Das ist unser aufrichtiger Wunsch, dahin wollen wir — wenn unsere westlichen Partner nicht anders können — Schritt für Schritt, allmählich gelangen, jedoch unentwegt und unaufhaltsam.

Ebendiese Realität unserer Politik wird mit jedem Tag ohne Übertreibung Millionen und Abermillionen in West und Ost, Nord und Süd immer verständlicher. Nein, wir wollen keineswegs sagen, daß alle überall schon begeisterte Anhänger des Sozialismus, aller seiner Ideale und Ziele seien. Gemeint ist etwas anderes. Das Streben der sowjetischen Außenpolitik, der Außenpolitik der gesamten sozialistischen Gemeinschaft nach Frieden — das zweifellos immer mehr Verständnis und engagierte Unterstützung auf allen Kontinenten findet.

Ich will es wiederholen, weil es sehr wichtig ist: Es handelt sich nicht darum, daß die Idee des So-

zialismus bereits in den Köpfen aller Menschen Einzug gehalten hat. Das liegt noch vor uns. Es handelt sich darum, daß das Friedensstreben des Sozialismus mit dem Willen und der Hoffnung der meisten Menschen auf unserem Planeten übereinstimmt. Die Rolle des Sozialismus als konsequenter Kämpfer für den Frieden wird immer klarer erkannt. Ich sage das hier nicht, um darüber Genug-tuung zu äußern (obwohl wir natürlich Genugtuung empfinden), sondern, um zu unterstreichen: Die Einheit des Sozialismus und des überwiegenden Teils der Menschheit im Kampf für Frieden, das wahrhaft weltweite Ausmaß, das die Anti-kriegsbewegung angenommen hat, sind nicht nur eine deutliche Antwort an jene, die den Wert des Friedens anzweifeln, sondern auch Quelle begründeter Hoffnung auf die Verhütung eines Kernkriegs.

Hier ist es nun wohl an der Zeit, daran zu erinnern, was denn manchen Leuten im Westen wertvoller als der Frieden ist. Daraus machen sie kein Geheimnis. Aufrechterhaltung und Stärkung der alten, kapitalistischen Ordnung ist für sie das wichtigste. Das meinte der US-Außenminister in seiner Rede von vor fast einem Jahr (als er dieses inzwischen geflügelte Wort prägte, daß es wichtigere Dinge als den Frieden gebe). Das gleiche fand sich auch in seiner Ansprache auf der UNO-Tagung im September v. J., in der er die Ausdehnung und Stärkung des Systems des Privateigentums, der Weltpositionen des Privatkapitals im Grunde genommen zur Hauptvoraussetzung der menschlichen Existenz erklärte.

Wollen wir jetzt nicht darum rechten, welche Zukunft den Kapitalismus erwartet. Dabei kommen wir mit unseren Gesprächspartnern aus dem Regierungslager der USA nicht überein. Wir sind überzeugt, die Zukunft gehört dem Sozialismus. Sie geben sich zumindest den Anschein, vom Gegenteil überzeugt zu sein.

Aber ich meine, man kann und muß zweifellos über etwas anderes auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Soll dieser Streit der sozialen Systeme nur unter den Bedingungen des friedlichen Wettbewerbs der verschiedenen Gesellschaftsordnungen entschieden werden. Man kann es, weil der Sozialismus von der Voraussetzung der Unmöglichkeit und Aussichtslosigkeit des Exports der Revolution (wie der Unzulässigkeit des Exports der Konterrevolution) ausgeht. Wir wollen den Kapitalismus in fremden Ländern nicht stürzen. Das tun die Völker dieser Länder schon selbst. Man muß es, weil es im Grunde doch keine Alternative gibt. Ein Nuklearkrieg kann keinerlei Probleme, weder soziale noch politische, lösen. Wer eine solche „Lösung“ plant, ist einfach ein Selbstmordkandidat.

Ich wiederhole, der Sozialismus ist überzeugt von der Möglichkeit der

friedlichen Koexistenz und des Wettbewerbs der beiden Systeme. Das strebt er an, dazu ruft er auch das andere, entgegengesetzte Gesellschaftssystem auf. Das sei sich seiner Stärke und Möglichkeiten nicht sicher? Das fürchtet den friedlichen Wettbewerb? Natürlich werden mir die Anhänger dieses Systems mit nein antworten. Mehr noch, sie verkünden ununterbrochen mit einer Vehemenz, die einer besseren Sache würdig wäre, nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus sei überlebt, nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus erschöpfe seine Möglichkeiten und Antriebskräfte, nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus stecke in einer Krise.

Wenn Sie aber wirklich so denken, meine Herrschaften, warum schreien Sie dann von einer Bedrohung durch den Sozialismus? Warum setzen Sie auf Gewalt, auf militärische Stärke? Warum fürchten Sie den friedlichen Wettbewerb mit dem Sozialismus?

Natürlich hat der Sozialismus seine Probleme, und teilweise komplizierte. Ein Teil davon ergibt sich aus objektiven Gründen, ein Teil aus subjektiven. Ein nicht geringer Teil wird vom Klassengegner, dem Imperialismus geschaffen, der alles tut, um den Aufbau der neuen Gesellschaft zu erschweren, zu bremsen oder überhaupt zu verhindern. Das alles steht eigentlich hinter den Versicherungen, der Sozialismus sei überlebt oder stecke in einer Krise. Diese Versicherungen sind im Grunde nichts anderes, als eine Ausdrucksform der geheimen politischen Ziele des Imperialismus.

Diese Ziele sind jedoch unerreichbar. Nein, meine Herrschaften, der Sozialismus hat weder seine Möglichkeiten, noch seine Antriebskräfte erschöpft. Er ist eine Gesellschaft, die sich dynamisch und sicher entwickelt, wobei sie jegliche auf ihrem Weg befindliche Schwierigkeiten ausräumt. Wer also immer noch vom Zusammenbruch des Sozialismus träumt, der sollte das endlich lassen.

Wir sind überzeugt, daß das Jahr 1982 dem Sozialismus neue Erfolge, neue Leistungen bringen wird. Das werden gleichzeitig Erfolge für den Frieden sein, für die Stärkung seines Hauptbollwerks.

Es ist nicht lange her, daß der sehr erfahrene und geprüfte Vorsitzende der Sozialistischen Internationale Willy Brandt sagte, der Frieden sei natürlich nicht alles, wonach die Menschheit strebe, aber ohne Frieden werde sie nichts haben. Wie vernünftig.

Der Frieden ist in unserer Zeit die Voraussetzung für den Fortschritt in jeglichem menschlichen

Tätigkeitsbereich, erklärte der XXVI. Parteitag der KPdSU. Das ist der Ausgangspunkt der Philosophie unseres sowjetischen internationalen Wirkens.

Auf dem Empfang am 19. Dezember 1981 sprach Leonid Breshnew von den Zukunftsplänen unserer Partei und berührte dabei auch Fragen der Außenpolitik.

Er sagte: „... natürlich werden wir auch alles, was in unseren Kräften steht, tun müssen, um die Sicherheit des Landes und festen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. Und das ist in der gegenwärtigen kritischen und gespannten internationalen Lage keineswegs leicht.

Bei Gesprächen mit ausländischen Staatsmännern hört man gelegentlich Ansichten, wie: An die Friedensliebe von Breshnew glauben wir schon, aber wie es sich mit anderen dort in der UdSSR verhält, wissen wir nicht.

Den Leuten, die so reden, möchte man sagen: Sie kennen die Sowjetunion schlecht. Das Eintreten Breshnews für die Sache des Friedens erklärt sich gerade daraus, daß er das Denken und Fühlen des ganzen Sowjetvolkes und natürlich auch der ganzen sowjetischen Führung zum Ausdruck bringt, daß er den konsequenten und festen Kurs unserer Partei und unseres Staates in der Außenpolitik vertritt. Dieser Kurs wird seit Lenins Zeiten bis auf den heutigen Tag konsequent verfolgt. Das Eintreten für die Sache des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern wird durch den Charakter unserer Gesellschaft selbst bestimmt. Ebendeshalb gibt es bei uns keine Befürworter von Krieg, Aggression und Abenteuerismus in der Politik und wird es sie auch nicht geben. So ist es jetzt, und so wird es auch immer bleiben.“

Wenn Sie den Anbruch des neuen Jahres feiern, äußern die Menschen in allen Ländern, auf allen Kontinenten ihren innigen Wunsch nach Frieden, den unser sowjetisches Volk voll und ganz teilt. Und nicht nur teilt. Es hat alles in seinen Kräften stehende getan, und wird es weiter tun, damit das Jahr 1982 tatsächlich zu einem Jahr der Festigung des Friedens, der zuverlässigen Stärkung der Sicherheit aller Länder, aller Menschen werde. Das ist das Allerwichtigste.

ERFOLG DER POLITIK DES DIALOGS

Viktor LEWONOW

Jede UNO-Vollversammlung hat ihre Besonderheit, ihr eigenes politisches Gesicht. Sie geht in die Geschichte der internationalen Beziehungen nicht nur durch die angenommenen Resolutionen, sondern auch durch den Charakter der Diskussionen über ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sozialer und anderer Fragen ein. Die richtige Bewertung der Ergebnisse der Vollversammlung beantwortet die Frage, welche Politik, welche Ansichten und Haltungen zur Lösung der globalen Probleme auf ihr dominierten, was ihr Beitrag zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit war.

Die Beunruhigung über die sich verschärfende internationale Lage war auf der im Dezember abgeschlossenen 36. Vollversammlung das Leitmotiv der Reden der Delegierten. Die Frage, wie die Welt vor einem Nuklearkrieg bewahrt werden könne, stand im Mittelpunkt. Der Kurs der imperialistischen Kreise der USA und ihrer NATO-Verbündeten auf die Eskalation des Wettbewerbs wurde von den Delegationen der sozialistischen Staaten und vieler nichtpaktgebundener Länder prinzipiell und scharf kritisiert. Die Tagungsteilnehmer betonten, daß diese Politik, die Ost und West in die Konfrontation zwingt, eine enorme Gefahr darstellt und sogar einen Nuklearkrieg möglich werden läßt. Bezeichnend für die vergangene Tagung war auch das Engagement, mit dem die brennenden Fragen von Krieg und Frieden erörtert wurden. Dabei stand fast keine Delegation abseits. Viele Delegationen, vor allem die kleiner Länder, die sich früher lieber über diese Fragen ausgesprochen hatten, erhoben diesmal gleichfalls laut ihre Stimme und sprachen sich klar für ein Ende der Konfrontationspolitik und die Verringerung der Gefahr eines Nuklearkrieges aus. Nicht von ungefähr wurde auf der 36. Vollversammlung eine Rekordzahl von Resolutionen über Fragen der Zügelung des Wettbewerbs und der Abrüstung angenommen, von denen viele von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern stammten.

Von außerordentlich großer Bedeutung für die 36. Vollversammlung waren die Reden Leonid Breshnews, seine Antworten auf Fragen des „Prawda“-Korrespondenten und sein Interview für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, die von vielen Delegationen umfassend kommentiert wurden. Die Rede des sowjetischen Delegationsleiters Andrej Gromyko gab der Erörterung

der verschiedenen Tagesordnungspunkte die Richtung.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben nicht nur die Ursachen der verschärften internationalen Lage, sondern auch die Wege für eine Abschwächung der Konfrontation aufgezeigt. Wichtigster Beschluß der Vollversammlung war das von der Sowjetunion vorgelegte Dokument „Eine nukleare Katastrophe verhindern: Deklaration der UNO-Vollversammlung“.

Die Sowjetunion trat dafür ein, daß die UNO den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zum schwersten Verbrechen gegen die Menschheit erklärt. Zugleich schlug die UdSSR vor, alle Doktrinen, die einen solchen Einsatz von Nuklearwaffen zulassen, als im Widerspruch zu den Gesetzen der menschlichen Moral und den hohen Idealen der UNO stehend zu verurteilen sowie die Führer der Nuklearmächte aufzurufen, so zu handeln, daß die Gefahr einer globalen Katastrophe abgewandt wird.

Der Vorschlag der Sowjetunion entsprach, wie die Debatte zeigte, den Bestrebungen der großen Mehrheit der Staaten, insbesondere der nichtpaktgebundenen Länder, die erreichen wollen, daß der Einsatz von Nuklearwaffen oder die Androhung ihres Einsatzes bis zur vollen nuklearen Abrüstung als Verletzung der UNO-Charta und als Verbrechen gegen die Menschheit geächtet werden.

Der sowjetische Vorschlag wurde lebhaft diskutiert. Dagegen wandten sich nur die USA und einige westliche Länder.

Mit großer Mehrheit wurde die Deklaration angenommen. Das wird zu Recht als großer Erfolg der Länder der sozialistischen Gemeinschaft gewertet, als wichtiger Schritt dazu, die Gefahr eines Nuklearkrieges abzuwenden, als Maßnahme zur Gesundung des internationalen Klimas.

Ein anderer sowjetischer Vorschlag — einen Vertrag über ein Stationierungsverbot für Waffen jeder Art im Weltraum abzuschließen — verfolgte das gleiche Ziel: das Wettbewerbs- und militärische Konfrontation zwischen den Staaten zu verringern. Die Vollversammlung billigte eine Resolution, die auf diesen Vertragsentwurf hinweist sowie die Notwendigkeit des Abschlusses eines entsprechenden internationalen Vertrages anerkennt. Der Abrüstungsausschuß wurde aufgefordert, diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen.



Noch ein weiterer wichtiger Beschluß soll die Vorbereitung auf einen Nuklearkrieg erschweren — ein Verbot der Neutronenwaffe. Die Pläne der USA zur Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe wurden auf der Vollversammlung verurteilt, die eine von der DDR-Delegation zusammen mit Delegationen anderer sozialistischer Länder eingebrachte Resolution billigte, in der es heißt: Die Einführung der Neutronenwaffe in die Militärsenale verschärft das Wettrüsten und senkt spürbar die Schwelle eines Nuklearkrieges. Die Vollversammlung ersuchte den Abrüstungsausschuß, unverzüglich Verhandlungen über den Abschluß einer Konvention für ein Verbot der Produktion, Lagerung, Aufstellung und des Einsatzes von Neutronenwaffen aufzunehmen.

Die Vollversammlung hat gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit der UNO-Mitglieder die Verhütung eines Nuklearkrieges als direkt abhängig von der Beendigung des nuklearen Wettrüstens und der Beseitigung der Nuklearwaffen sieht. Auf der Tagung wurden verschiedene imperialistische Doktrinen und Konzeptionen des Nuklearwaffeneinsatzes verurteilt, insbesondere die eines „begrenzten oder

teilweisen Einsatzes von Nuklearwaffen“, die, wie die Vollversammlung in einer Resolution betonte, zu einer neuen Runde des Wettrüstens führen.

Die Erörterung einer Schlüsselfrage der Weltpolitik, der Abrüstung, demonstrierte erneut die sachliche, konstruktive Haltung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Die Sowjetunion, die konsequent ihren prinzipiellen Kurs verfolgt, berücksichtigte auch die Position anderer Staaten, insbesondere der nichtpaktgebundenen Länder. Das Ergebnis der Abrüstungsdebatte demonstrierte, daß sich die Haltung der Sowjetunion, der sozialistischen Gemeinschaft und die der meisten anderen Staaten decken.

Der Kurs der UdSSR, darauf gerichtet, die Wiederaufnahme der von den USA unterbrochenen Verhandlungen zu erreichen, die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen zu intensivieren und den Dialog über Fragen aufzunehmen, die früher nicht Verhandlungsgegenstand waren, fand breiteste Unterstützung. Fast alle Delegierten sprachen sich für die Fortführung des SALT-Prozesses aus und begrüßten die am 30. November 1981 begonnenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen

über die nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa. Die ca. 20 auf der Tagung angenommenen Abrüstungsresolutionen setzen Verhandlungen voraus (im Rahmen des Abrüstungsausschusses oder über andere Kanäle), um Abkommen, Konventionen und Verträge zur Zügelung des Wettrüstens zu erarbeiten.

Die Diskussion zu anderen politischen Fragen machte gleichfalls das Streben der überwiegenden Mehrheit der Staaten nach Festigung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens, nach Fortführung der Entspannung und nach Lösungen auf dem Verhandlungswege deutlich. Diese Tendenz wurde bei der Behandlung allgemeiner politischer und konkreter internationaler Fragen deutlich. So enthält die Vollversammlungsrésolution über die Verwirklichung der Deklaration zur Festigung der internationalen Sicherheit einen Aufruf, daß alle UNO-Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergreifen sollen, um eine weitere Verschärfung der internationalen Lage und ein Scheitern des Abrüstungsprozesses zu verhindern.

In einem anderen Dokument, der auf Initiative der nichtpaktgebundenen Länder angenommenen Deklaration über

OHNE JEGLICHEN ANSTAND

Kurz vor Neujahr knabberte man in Washington an den Fingernägeln. Warum? Polen! Polen!

Wie glatt war doch alles gegangen. Die Produktion sank unaufhörlich, das Land fieberte unter Streiks. Die Extremisten hatten schon das rechtmäßige Wirken der örtlichen PVAP-Organisationen in Frage gestellt. Die CIA erhielt Aufstellungen der Sturmtruppler und der Waffenlager für den Tag „x“ sowie Listen von Kommunisten, die am nächsten Tag auszulöschen waren. Die Termine für die Machtergreifung lagen fest und es gab vielerlei Varianten dafür. Und plötzlich ist dieser ganze großartige „Liberalisierungsprozeß“ im Eimer.

Unangenehm.

Ja, einfach verflucht und zugenäht. Wie viel Hoffnungen hatte man auf den „Warschauer Winter“ gesetzt!

Zu dieser, zart gesagt, bedauerlichen Wende der Ereignisse kommt noch ein bitterer Ärger hinzu: der über sich selbst. Die US-Presse fragt: Wie ist es denn bloß gekommen, daß nur zwei Varianten in Rechnung — und in welche Rechnung! — gestellt wurden: Die „schleichende“ und die „galoppierende“ Konterrevolution einerseits, und die „Einmischung von außen“, d. h. der Sowjetunion, andererseits.

Wie kam es bloß, daß „wir“ auf beide Varianten vorbereitet waren, aber nicht die Phantasie aufbrachten, uns die einfachste und natürlichste Sache vorzustellen: Innerhalb der polnischen Gesellschaft, in der PVAP, in den polnischen Machtorganen, wenn sie auch von der Krise gezaust sind, gibt es Kräfte, Menschen, die keineswegs bereit sind, sich mit der Kapitulation des Sozialismus in ihrem Land abzufinden und die gleichzeitig keinen brudermörderischen Bürgerkrieg zulassen wollen. Menschen also, die durchaus selbständig außerordentliche Maßnahmen angesichts außerordentlicher Umstände ergreifen können, um das Schlimmste zu verhüten.

Washington konnte sich auch nicht ausmalen, daß diese Maßnahmen mit einmaliger Disziplin von allen Mannschaften und Offizieren der Wojsko Polskie und den öffentlichen Ordnungskräften unterstützt werden. Daß die polnischen Arbeiter, inspiriert von der Entschlossenheit der Behörden, Provokateure selbst aus den Betrieben jagen, und den Produktionsrhythmus wiederherstellen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung Verständnis für die aus dem Ausnahmezustand entstehenden Maßnahmen zeigt.

Der Phantasiemangel in Washing-

ton rührt jedoch nicht von intellektueller Schwäche her, sondern von der ärmlichen Weltanschauung. Der verhärtete, kampflüsterne und gleichzeitig — vom Standpunkt des ideologischen Inhalts her — hilflose Antikommunismus ist Brett vorm Kopf der politischen Repräsentanten der herrschenden Klasse in den USA.

Die „Technotronengehirne“ sind fähig, bestens antisozialistische Möglichkeiten zu errechnen, aber das moralisch-politische Potential des Sozialismus können sie nicht erfassen. Ja, nicht einmal die einfache Tatsache, daß man ganze Staaten und Nationen nicht als mehr oder minder wichtige Figuren auf dem Schachbrett Erde betrachten darf, daß diese Staaten und Nationen ihre eigenen Motivationen besitzen.

Washington hat jetzt genug damit zu tun, auf die neue politische Realität in Polen zu reagieren. Vor allem arbeitet es an den üblichen Reflexen: Sanktionen, Drohungen, Erpressung, also die banalen Tricks der politischen Einmischung. Wo man aber schon entschlossen ist, sich so unmittelbar und grob einzumischen, muß man sich in der Frage festlegen, worauf denn die Konterrevolution in Polen unter den jetzigen Bedingungen zu orientieren ist. Auf bewaffneten Widerstand? Dann sieht doch aber die ganze Welt, wer zum Blutvergießen drängt... Zur Einhaltung der Gesetze des Ausnahmezustands? Doch

die Unzulässigkeit von Intervention und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, geht es im Grunde gleichfalls um die Notwendigkeit der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen sowie der strikten Beachtung der Prinzipien und Artikel der UNO-Charta.

Das Streben, diese Beziehungen zu stabilisieren, was eine imperialistische Politik der Aggression und des Diktats unmöglich macht, fand seinen Ausdruck bei der Behandlung der Arbeit des UNO-Sonderausschusses für einen weltumspannenden Gewaltverzichtsvertrag, der vor einigen Jahren von der Sowjetunion vorgeschlagen worden war.

Bei der Erörterung von Fragen einer Nahostregelung wurden die Abkommen von Camp David sowie die aggressive Politik Israels und der hinter ihnen stehenden USA, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage in dieser Region führt, entschieden verurteilt. Die Vollversammlung sprach sich für die kollektive Suche nach einer umfassenden Nahostregelung aus, insbesondere durch die Einberufung einer internationalen Konferenz unter Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich der PLO.

Die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft legten gemeinsam mit einer Reihe nichtpaktgebundener Staaten ausführlich das Programm einer politischen Regelung der Lage um Afghanistan sowie einer Normalisierung der Situation in Indochina und in Südostasien insgesamt dar.

Die USA traten auf der Vollversammlung als Hauptgegner der Politik des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung, als Verfechter eines Konfrontationskurses auf. Die 36. Assemblée war die erste, an der Vertreter der Reagan-Administration teilnahmen. Die USA legten ihr politisches Credo zu einem breiten Spektrum internationaler Probleme dar, und dieses Credo war absolut negativ.

In der Abrüstungsdebatte stimmten die USA gegen die wichtigsten Beschlüsse der Vollversammlung zur Verhütung einer nuklearen Katastrophe, zur Eindämmung des nuklearen Wettbewerbs, zum Verbot der Neutronenwaffe, zur Einstellung der Nuklearwaffen, zum Verbot chemischer Waffen u. a. Die Reagan-Administration reagierte negativ auf die Appelle der Vollversammlung nach Wiederaufnahme der diversen von den USA unterbro-

chenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen und nach Aufnahme von Gesprächen, insbesondere über einige akute Fragen im Abrüstungsausschuß.

Die Konfrontationspolitik fand auf der Tagung keine Unterstützung. Die Vollversammlung machte deutlich, daß der außenpolitische Kurs der Sowjetunion, dessen Hauptrichtung die Erhaltung und Festigung des Friedens ist, dem Friedensstreben aller Völker der Erde entspricht. „Man muß den gefährlichen Eifer bei der Forcierung des Wettbewerbs dämpfen“, betonte Leonid Breschnew in seinem Interview mit der US-Fernsehgeseilschaft NBC. „Die Spannung muß verringert, gefährliche Herde von Krisensituationen müssen gelöscht, auf die Politik des sinnlosen Wettbewerbs muß verzichtet werden. Es gilt, auf den Weg normaler Beziehungen zwischen den Staaten, den Weg gegenseitiger Achtung, des Verständnisses und der Respektierung der legitimen Interessen des anderen zurückzukehren. Man muß sich ernsthaft und sachlich mit den Fragen der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen befassen. Das alles zusammengekommen, wird dazu beitragen, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu bannen.“

das bedeutet, hinter die Pläne des konterrevolutionären Sturzes der bestehenden Ordnung ein Kreuz setzen...

Apropos Kreuz: Was für honigsüße Reden den amerikanischen Regierungsmitgliedern über Gott und seine Diener auf Erden aus dem Munde fließen, wie sie die katholische Kirche in Polen mit Worten umhütseln. Basiert das auf wahrer Pietät? Betrachten wir ein Interviewsternogramm des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger vom 21. Dezember 1981.

„Frage: Katholische Geistliche haben in ganz Polen von den Kanzeln eine Botschaft verlesen, die im Grunde sagt, man solle das Kriegerrecht anerkennen, nicht die Fäuste schütteln und Blutvergießen vermeiden. Ist es denn Folgsamkeit, was wir vom polnischen Volk erwarten?

Antwort: Ich glaube, Sie müssen daran denken, daß das von den Kirchenkanzeln Polens Verlesene nur mit Billigung der Regierung verlesen werden kann. Diese Erklärung ist ein Beweis für den Grad der Herrschaft und den Grad der Einschüchterung, die das Regime in Polen jetzt exerziert...“

Welche himmelschreiende Verleumdung polnischer Geistlicher! Welch ein Zynismus und gleichzeitig, welche Heuchelei! Und dazu: Weiche Hetze!

Tatsächlich lautet die Frage bündig: Ist es das, d. h. die Verhütung

von Blutvergießen, was wir erwarten? Die Antwort erfolgte zwar nicht eindeutig, aber ebenfalls klar: Nein, nicht das erwartete und erwartet der US-Verteidigungsminister.

Dabei könnte man es belassen. Aber den Minister riß es hin. Was auf den Kanzeln in Polen vorgehe, ist „praktisch identisch mit der sowjetischen Politik“. Da hatten wir die Spitze der antikommunistischen und antipolnischen Phantasie.

Offizielle amerikanische Wertungskriterien der Situation in Polen bewegen sich an der Grenze völliger Primitivität. Wenn die mit Wissen der CIA ausgebildeten „Sturmtruppel“ irgendwo die Bevölkerung terrorisieren, wird das damit erklärt, daß „Gewalt Gewalt auslöst“. Wenn Menschen, denen es von ganzem Herzen um Polen, um Menschenleben geht, zu Ruhe, Ordnung und Vernunft auffordern, dann ist das auch ein Zeichen der Gewalt.

Das offizielle politische Denken Amerikas ist nicht mehr in der Lage, Realitäten in ihren verschiedenen Nuancen zu erfassen. Dabei ertappt der Interviewer den Verteidigungsminister.

„Frage: Sie wollen also sagen, daß Sie nicht an Erzbischof Glemp's freien Willen bei der Abfassung der Erklärung glauben? Sie sagen, tatsächlich hat die Regierung sie abgefaßt?

Antwort: Ich weiß es nicht. Ich habe keinerlei Informationen dazu...

Im Augenblick versucht jeder sein Allerbestes, keine Eskalation der Gewalt zuzulassen, zu der es in einzelnen Gebieten Polens schon gekommen ist.“

Falsch, Mr. Weinberger, nicht alle versuchen alles, um Gewalt zu verhindern. Daß die US-Administration gerade am Gegenteil interessiert ist, ergibt sich unmittelbar aus Ihren eigenen verwirrten Erklärungen.

Man könnte sagen, die Ansicht des Ministers sei eine Ausnahme. Aber nicht doch! Hier noch ein Beispiel:

Die „Washington Post“ sprach sich in einem redaktionellen Artikel am 18. Dezember dagegen aus, „jetzt Aufrufe zu erlassen, man müsse Ruhe und Besonnenheit bewahren, als könnten solche Aufrufe noch immer zur Erzielung einer Regelung beitragen...“ In der gleichen Zeitung ist in einem anderen Artikel von der Lage in Polen die Rede, „in der eventuell großangelegte Proteste organisiert werden müssen, sie nicht verstummen dürfen, und vor allem die einzelnen Protestherde miteinander zu verbinden sind“.

Wenn also in den Erklärungen Mr. Weinbergers direkte Anstiftung erkennbar ist, wenn sie jeglichen Anstand vermissen lassen, dann ist das nicht seine persönliche Sünde. Es ist die Realität von Zynismus und Heuchelei in der amerikanischen Doktrin von der „Einflußnahme“ auf die Situation in Polen.

J. NILOW

WOZU DIE KOALITION DER EHEMALIGEN?

Kirill JURJEW

Südostasien war 1981 noch immer Objekt gefährlicher Intrigen und groben Drucks seitens des Pekinger Hegemonismus und des US-Imperialismus. Die „übereinstimmende strategische Denkweise“ Pekings und Washingtons, von der US-Außenminister Haig bei seinem China-Besuch im Juni v. J. sprach, deren „paralleles“ Vorgehen bilden die Hauptursache für die dort weiter bestehende explosive Situation.

Um die Spannungen aufrechtzuerhalten, sind sie bemüht, die Regierungen der fünf ASEAN-Länder mit „Bedrohungen“ sowjetischer- und vietnamesischerseits einzuschüchtern. Obwohl jeder weiß, daß die Sowjetunion die einzige Großmacht ist, die niemals in Südostasien Krieg geführt hat und natürlich niemanden bedroht, das sozialistische Vietnam niemals gegen ASEAN-Länder kämpfte und das auch nicht plant. Im Gegenteil, gleich nach Niederschlagung der amerikanischen Vietnam-Aggression leitete Vietnam konkrete Schritte zur Anbahnung normaler Beziehungen zu den ASEAN-Mitgliedern ein, und verfolgt diese Linie unverändert weiter.

Besonders aktiv setzen Peking und Washington das von ihnen selbst erfundene „Kampuchea-Problem“ ein. Sie benutzen es dazu, die fünf ASEAN-Staaten auf die drei Länder Indochinas, das sozialistische Vietnam, das volksdemokratische Laos und Volkskampuchea zu hetzen, deren erstarkender Bruderbund das Haupthindernis für die chinesische Expansion und das imperialistische Eindringen der USA in Südostasien ist.

Imperialisten und Hegemonisten scheuen weder Stärke noch Mittel, um die Ereignisse in Kampuchea rückgängig zu machen, dessen Volk mit Unterstützung der vietnamesischen Freunde am 7. Januar 1979 das blutige Regime der Pekinger Marionetten gestürzt hatte. Jetzt soll die nationale Wiedergeburt dieses leidgeprüften Landes und die Stärkung seiner Stellung auf dem Weltchauplatz torpediert werden! Unter verzerrter Darstellung der wahren Lage am Mekong und der Wahrheit über die Beziehungen

Vietnam—Kampuchea sowie unter Einflußnahme auf andere Staaten — den einen die Peitsche, den anderen Zuckerbrot — drängten Washington und Peking auf den letzten drei Tagungen der UNO-Vollversammlung auf die Beibehaltung der UNO-Sitze der Pol-Pot-Clique, die unter dem Aushängeschild „demokratisches Kampuchea“ agiert. China und die USA waren auch die tatsächlichen Inspiratoren der sogenannten internationalen Kampuchea-Konferenz, die im vorigen Sommer in New York einberufen wurde, eindeutig zu dem Zweck, sich unter dem Deckmantel der UNO in die Angelegenheiten des unabhängigen Volkskampuchea einzumischen.

Ein Kettenglied in der Verschwörung gegen Kampuchea und Vietnam war die in Peking und Washington erdachte Operation zur Vereinigung der in Thailand untergeschlüpfen Pol-Pot-Banden mit den reaktionären Emigrantengruppierungen westlicher Färbung. Die Pekinger und Washingtoner Strategen hoffen, damit die kapitalistische Welt zu militärischen und anderen Hilfeleistungen an die Konterrevolutionäre der Khmer zu veranlassen. Denn angesichts der öffentlichen Meinung finden sich selbst im Westen wenig Enthusiasten, die Pol Pot helfen würden, der im eigenen Land Völkermord verübt hat. Erinnern wir daran, daß der damals designierte US-Präsident Reagan im Oktober 1980 während der Wahlkampagne die „grobe Heuchelei“ der Carter-Administration rügte, weil sie „in der UNO die Pol-Pot-Regierung unterstützte...“, die schuld an der viehischen Ermordung von Millionen ihrer Mitbürger ist“. Derartiges vernimmt man aus Washington nun nicht mehr. Dort, und in gewissem Maße auch in der Pekinger Führung, hält man es für gut, die Pol-Pot-Mörder zu decken, da man glaubt, sie seien für die kapitalistische Welt die besseren politischen Figuren. Als solche hat man den ehemaligen Prinzen und Staatschef Norodom Sihanouk und den einst bekannten Financier Son Sann gewählt, der im Kambodsha Sihanouks Ende der 60er Jahre Ministerpräsident gewesen war.

Man muß feststellen, daß die Regierungen der ASEAN-Länder dieses unanständige Spiel gegen Kampuchea mitmachten. Besonders aktiv dabei sind zwei von ihnen: die Regierung Thailands, auf dessen Territorium die Feinde des neuen Kampuchea Asyl fanden, und die Regierung von Singapur, die das Septembertreffen der Spitzen der konterrevolutionären Khmergruppierungen in diesem Stadt-Staat förderte und sie dann energisch zur Bildung eines „Koalitionskabinetts“ anstachelte.

Dennoch gelang es bis jetzt nicht, diese „Koalitionsregierung“ zusammenzukriegen. Das verhindern sowohl der Zwist unter den künftigen „Verbündeten“, die einander gut kennen und nicht vertrauen, als auch die merkbaren Differenzen und das gegenseitige Mißtrauen unter ihren Hintermännern. In Führungskreisen der fünf ASEAN-Länder werden z. B. offen Befürchtungen über die unausgesetzten Diversionen Pekings in ihren Ländern laut, das dazu bewaffnete Gruppierungen einheimischer Maoisten und die ökonomisch starken chinesischen Gemeinden einsetzt. Die chinesische Bedrohung ist noch gestiegen, nachdem die USA ihre Bereitschaft erklärten, die VR China mit modernen Waffen zu beliefern. Die ASEAN-Regierungen glauben, ein Überwiegen der Pol-Pot-Leute in der „Koalition“ werde den Einfluß Chinas verstärken, und sind bemüht, dort die Rolle dieser Pekinger Marionetten irgendwie zu beschneiden.

Daß die „Koalition“ noch immer nicht zustande kommt, bringt die Machthaber in Peking und in Washington aus dem Häuschen. Dort fürchtet man, wenn man sich nicht beeile, werde aus der Sache überhaupt nichts. In den USA selbst und in einigen ASEAN-Ländern verstärkt sich nämlich immer deutlicher der Widerstand gegen die Kampuchea feindlichen Aktivitäten der Regierungskreise.

Und Washington drängt. In den letzten Monaten gaben sich in den ASEAN-Hauptstädten Vertreter des US-Außenministeriums und des Pentagon die Klinke in die Hand. Überall wollten sie bei ihren Gesprächspartnern Befürchtungen gegenüber China auflösen und sie veranlassen, energisch die Bildung der „Koalitionsregierung des demokratischen Kampuchea“ in Angriff zu nehmen.

Ergebnis davon war die im November von Singapur vorgelegte „vereinfachte Formel“ für eine solche „Regierung“: „Präsident“ — Norodom Sihanouk, „Ministerpräsident“ — Son Sann, „Stellvertreter der Ministerpräsident“ — ein Ver-

treter der Pol-Pot-Leute sowie drei „Minister“, je einer von jeder Gruppierung. Dabei können die „politischen Programme“ der „Koalitionspartner“ eigenständig bleiben. Sihanouk und Son Sann stimmten diesem Plan zu, die Pol-Pot-Leute aber erbaten sich zwei Monate „Bedenkzeit“. Als der stellvertretende Ministerpräsident Singapurs Rajaratnam diesen Vorschlag vorbrachte, erklärte er gleichzeitig die Bereitschaft, der „Koalition“ Militärlilfe zu leisten, wobei er sagte, dieses Angebot käme im Namen aller ASEAN-Länder. Die Erklärung des Staatsmanns löste negative

deren Worten, den Pol-Pot-Leuten die nötigen Anweisungen geben.

Peking, als der Hauptautor des Plans zum Zusammenschluß der Konterrevolutionäre der Khmer, wird offenbar auch in dieser Richtung vorgehen. Eigentlich hatte es schon vor der Beratung in Pattaya entsprechende Schritte unternommen. Kurz vor Beratungsbeginn kam aus China die Order, die Auflösung der „KP“ (Angkar) Pol Pots bekanntzugeben, die in Kampuchea das Blut von Millionen vergossen hat und damit, wie es in einer Xinhua-Meldung heißt, „ihre ruhmreiche Aufgabe erfüllt hat“. Die offizielle Auflösung der anrühmigen „KP“ erleichtert der prowestlichen Khmer-Emigration den Anschluß an die Pol-Pot-Leute im Rahmen der Koalition.

Was bedeutet dieser Anschluß nun in der Praxis? Pol Pot und seine Helfershelfer verfügen über zwar angeschlagene, aber großzügig von China ausgerüstete Truppenverbände. Faktisch bleibt auch ihre zur Beruhigung des Westens und der ASEAN „aufgelöste“ maoistische Organisation erhalten. Norodom Siha-

nouk und Son Sann haben, außer Ambitionen und den Silberlingen, die sie im Westen und bei der ASEAN locker machen können, nichts hinter sich und auch nichts zu erwarten.

Die „Koalition“ wird also, wenn sie je zustande kommen sollte, wie das in Peking vorgesehen ist, eine militärpolitische Organisation der Maoisten und Pol-Pot-Leute, die sich rein formal mit der „Führung“ Sihanouks und Son Sanns tarnten. Die Betrogenen sind also jene, die selbst so heftig darauf drängen.

In dieser Eigenschaft, ob sie es nun wollen oder nicht, erscheinen vor allem die Regierungen der ASEAN-Staaten, die nun schon drei Jahre an dem inexistenten „Kampuchea-Problem“ herumbasteln, alle möglichen Formeln zu seiner Erörterung sammeln und jetzt Energie und Mittel zur Bildung der Kampuchea feindlichen „Koalition“ verschleudern. Peking und Washington haben sich das alles keineswegs ausgedacht, um Südostasien in eine Zone des Friedens und der Stabilität zu verwandeln, was seinerzeit offiziell als das Hauptziel der ASEAN verkündet worden war.

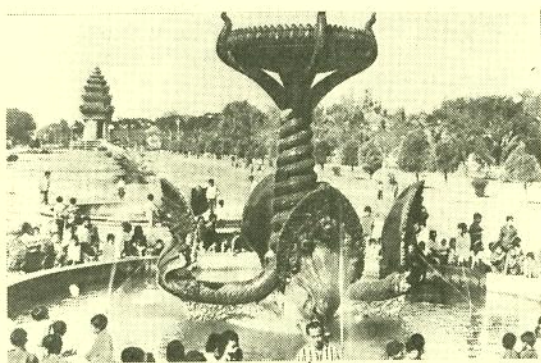
Der reale Weg zur Entspannung in Südostasien, zu normalen, allseitig vorteilhaften Beziehungen zwischen den Staaten dieser Region

führt natürlich nicht über das Gerangel um erdachte Probleme, nicht über die Einmischung in die Angelegenheiten des einen oder anderen Landes in einem allen Völkern dieser Region fremden Interesse. Zu einem konstruktiven Herangehen an die Gewährleistung von Frieden und Stabilität in Südostasien rufen unverändert Vietnam, Laos und Kampuchea auf. Ihre Meinung haben sie im Memorandum des Außenministeriums der Volksdemokratischen Republik Laos dargelegt, das im September in der UNO verbreitet wurde (s. NZ 41/81).

Das Wesen dieses Herangehens läuft auf folgendes hinaus: Sofortige Beendigung aller aggressiven Aktionen und Einmischungen der expansionistischen und imperialistischen Kräfte als unerläßliche Voraussetzung für die Gewährleistung von Frieden und Stabilität in Südostasien. Die Länder dieser Region müssen ihre Probleme selbst erörtern und dazu Übereinkünfte auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung treffen, ohne einander Meinungen aufzuzwingen und ohne Einmischung von außen. Dazu ist Realismus nötig und muß alles zurückgestellt werden, was die Staaten Südasiens trennt. Der Dialog zwischen ihnen wird es letztlich gestatten, eine gegenseitig annehmbare Basis für die friedliche Zusammenarbeit zu finden.

Am 18. und 19. Dezember wurde in der laotischen Hauptstadt Vientiane ein Konsultativtreffen der stellvertretenden Außenminister indochinesischer Staaten und der sozialistischen Länder abgehalten. Außer Laos, Vietnam und Kampuchea waren dort Bulgarien, die DDR, Kuba, die Mongolei, Polen, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn vertreten. Die Teilnehmer begrüßten die Leistungen Volkskampuchees beim Aufbau des neuen Lebens und verwiesen auf die Unzulässigkeit einer Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Die Vertreter der sozialistischen Bruderstaaten bekräftigten ihre Unterstützung für die konstruktive Außenpolitik der drei Länder Indochinas und insbesondere für den Gedanken einer Regionalkonferenz aller Staaten Südasiens.

Zweifelloos entspricht die Lösung der Probleme dieser Region am Verhandlungstisch den Interessen aller Völker Südasiens, darunter auch der ASEAN-Länder, denen immer klarer wird, wie gefährlich die Intrigen sind, in die sie die imperialistischen und hegemonistischen Kräfte verwickeln wollen.



Platz der Unabhängigkeit im Zentrum von Phnom Penh

Foto: VIA—TASS

Reaktionen in einigen ASEAN-Ländern, insbesondere in Indonesien, aus, wo das Mißfallen wegen der Beteiligung an Kampuchea feindlichen Kombinationen die höchsten Stellen erreicht hat. Die Zeitung „Merdeka“ (Jakarta) verurteilte die Initiative Rajaratnams und hob hervor, sein Angebot stütze sich nicht auf politische Realitäten, sondern auf Illusionen, die über den gesunden Menschenverstand gingen.

Die extra am 10. und 11. Dezember in Pattaya (Thailand) einberufene Außenministerkonferenz der ASEAN-Länder verlief in einer Atmosphäre der Meinungsverschiedenheiten. Obwohl sie den Vorschlag der Bildung einer „Koalition“ nach der „Formel von Singapur“ billigte, verweigerte sie ihre Zustimmung für die Hauptsache, die Militärlilfe. Indonesiens Außenminister Kusumaatmadja erklärte deutlich, Militärlilfe widerspreche dem Geist der Gründungsdeklaration der ASEAN von 1967 und der Deklaration, die von den Staatseführern der Fünf auf einer Gipfelkonferenz auf der indonesischen Insel Bali 1976 unterzeichnet worden war. Die Konferenz beauftragte Thailand, China zu ersuchen, es solle die Bildung einer „Koalitionsregierung“ nach einer neuen Formel fördern, mit an-



DIE WAHRE BEDROHUNG

Haben sich zum Jahreswechsel 1981/82 zufällig die Spannungen zugleich in einigen Regionen der dritten Welt so gefährlich zugespitzt? In den nachfolgenden Artikeln berichten wir von amerikanischen Umtrieben gegen Nikaragua, Libyen und den Iran. Doch nicht nur diese Länder wurden von den Imperialisten und ihren Helfershelfern aufs Visier genommen. Eine nicht weniger gefährliche, ja vielleicht gefährlichere Lage ist jetzt um Syrien und den Libanon entstanden. Nach außen hin waschen die USA ihre Hände in

Unschuld: Verbal hat Washington den Beschluß der israelischen Knesset über die Annexion der Golan-Höhen verurteilt, und man wird nicht müde, seine betonte „Zurückhaltung“ im Libanon-Konflikt zu deklarieren.

Doch offenbar veranlaßt die Reagan-Konzeption einer gewaltsamen Konfrontation mit den Befreiungsbewegungen die israelischen Expansionisten, einen immer aggressiveren Kurs zu verfolgen. Ganz zu schweigen davon, daß sie US-Waffen erhalten. Ebenso laufen die Dinge jetzt auch in einer

anderen Region ab — in Vorderindien, wo der Beschluß Washingtons, das pakistanische Militärregime mit modernen Waffen zu versorgen, zu einer merklichen Eskalation der Spannung geführt hat. All das sind deutliche Wechselbeziehungen.

Und doch warum vollzieht sich gerade jetzt eine Art Kettenreaktion „lokaler“ Konflikte? Ist sie spontan oder gelenkt?

Um diese Frage zu beantworten, sollte man einen Blick zurück auf

INTERVIEW

MIGUEL D'ESCOTO BROCKMANN: „NIKARAGUA IST EIN SOUVERÄNER STAAT“

Der Außenminister der Republik Nikaragua, Miguel d'Escoto Brockmann, weilte Ende v. J. zu einem kurzen Besuch in der Sowjetunion. Vor seiner Abreise empfing er den Journalisten Wadim Niski und gab ihm ein Interview zu den heutigen Geschehnissen in Mittelamerika im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an der 11. Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Castries, der Hauptstadt des Inselstaates St. Lucia (erste Dezemberhälfte 1981).

Bereits auf dem Weg nach Castries erklärte US-Außenminister Alexander Haig, die Vereinigten Staaten beabsichtigten nicht, eine Gendarmenrolle in der westlichen Hemisphäre zu spielen: „Die Zeiten haben sich geändert“, mußte er eingestehen, doch fügte er hinzu, daß die USA nach wie vor „die Verantwortung für die Regelung inakzeptabler Situationen übernehmen, wenn man sie dazu nötigt“. Eine solche für Washington unannehmbare Situation ist offenbar der bewaffnete Kampf der salvadorianischen Patrioten gegen die volksfeindliche Junta und die Hilfe, die sie

angeblich von Nikaragua erhalten. Wie würden Sie das kommentieren?

Es ist ganz deutlich, daß die von der amerikanischen Regierung aufoktrozierte Lösung der politischen Krise in El Salvador keinen Erfolg hat, und die eigene Machtlosigkeit läßt die Washingtoner Administration nervös werden. Die USA, die Nikaragua unter dem Vorwand einer angeblichen Unterstützung für den Kampf des salvadorianischen Volkes beschuldigen, suchen eine Rechtfertigung für ihre eigene Einmischung in die Angelegenheiten dieser mittelamerikanischen Republik. Die Vereinigten Staaten können auch unserem Volk nicht verzeihen, daß es nach 70 Jahren amerikanischer Schreckensherrschaft seine Souveränität wiederhergestellt hat. Sehr bedauerlich, daß man in Washington den Gang

der Geschichte und die Ursachen des revolutionären Aufschwungs in Ländern der dritten Welt nicht verstehen will und sich durch Erklärungen selbst betrügt, als sei der Kampf unserer Völker von irgendjemandem von außen provoziert.

Auf der letzten OAS-Vollversammlung gelang es den USA trotz stärksten Drucks nicht, die Lateinamerikaner zu gemeinsamen Aktionen zur Abwehr der „kommunistischen Bedrohung“ in der Region zu bewegen. Wie erklären Sie das?

Allein dadurch, daß die Regierungen der lateinamerikanischen Länder, ja auch die aller anderen Staaten, die nikaraguanische Revolution nicht zu fürchten haben. Revolutionen werden nicht exportiert. Das einzige, was wir exportieren möchten, sind Baumwolle, Fleisch, Zucker, Holz... Und das einzige, was die Unterdrücker überall fürchten müssen, ist der Zorn der eigenen Völker.

Washington nun will uns zum großen Buhmann machen. Thomas Enders, Assistent des US-Außenministers für panamerikanische Angelegenheiten, der im August v. J. Managua besuchte, erklärte, Nikaragua werde zum Ausgangspunkt für eine Aggression in Lateinamerika. Wie soll man sich da nicht daran

die Geschehnisse von vor einem Vierteljahrhundert werfen. Natürlich ist jede historische Parallele bedingt. Doch erinnern wir uns: Die Vorgänge des Jahres 1956 in Ungarn wurden von den damaligen Führern Englands, Frankreichs und Israels genutzt, um Ägypten zu überfallen. London und Paris suchten, ihre schwindenden kolonialen Positionen zu retten, die sie durch die unabhängige Politik Nassers besonders bedroht sahen. Tel Aviv verfolgte auch damals bereits die gleichen expansionistischen Ziele wie heute, obgleich es militärisch viel schwächer war und nicht allein zu handeln wagte.

Und heute? „Angesichts dessen, wie gebannt die übrige Welt auf die Vorgänge in Polen schaut, sind die Befürchtungen durchaus begründet. Begin könne sogar einen Krieg gegen Syrien beginnen“, schrieb die Londoner „Financial Times“. Tut denn die Washingtoner Administration nicht alles, um Spannung in und um Polen zu provozieren — ebenso wie der Imperialismus

vor einem Vierteljahrhundert die konterrevolutionären Elemente in Ungarn unterstützte? So stellt sich der durchaus berechtigte Verdacht bei vielen Beobachtern ein, nicht allein der israelische Verbündete der USA wolle sich die Situation zunutze machen, um seine imperialen Ziele gegenüber den Entwicklungsländern zu verwirklichen. Befindet sich ja das ganze System der neokolonialistischen Abhängigkeit heute in fast dem gleichen kritischen Zustand, in dem der „klassische Kolonialismus“ in den 50er Jahren war. An der gewaltsamen Bewahrung des neokolonialistischen Systems sind vor allem die herrschenden Kreise der USA, die mehr als die anderen westlichen Länder aus der Ausbeutung der jungen Staaten Profit schlagen, interessiert.

Ebendeshalb wollen die Washingtoner Politiker, wie der Außenminister Nikaraguas in unserem Interview zu Recht konstatiert, „den Gang der Geschichte nicht verstehen“. Und wollen sich ihm nicht anpassen, da sie die

egoistischen Interessen der transnationalen Konzerne höher setzen als die Interessen von Frieden und Sicherheit. Gerade daher rührt jene wahre amerikanische Bedrohung, die über den jungen Staaten schwebt, die das imperialistische Diktat ablehnen.

Anschläge auf deren Unabhängigkeit können die internationale Lage ernstlich komplizieren. Doch wieder lehren die historischen Erfahrungen, daß das Spiel mit der Gewalt in der Konfrontation mit der Befreiungsbewegung dem Imperialismus keinen Erfolg bringt. Die Suezkrise von 1956 hat den Zusammenbruch des Kolonialsystems nicht nur nicht verhindert, sondern ihm im Gegenteil den letzten entscheidenden Stoß versetzt. Um so mehr besteht jetzt, beim heutigen Kräfteverhältnis in der Welt und dem zunehmenden Selbstbewußtsein der Völker, aller Grund zu der Annahme, daß jene, die Wind säen, Sturm ernten werden.

D. WOLSKI

erinnern, daß bereits vor 70 Jahren, als sich das Volk Nikaraguas zum Freiheitskampf erhob, um die Herrschaft des US-Imperialismus in seiner Heimat zu beseitigen, die Vereinigten Staaten bei ihrer imperialistischen Intervention das gleiche Argument wie heute als Vorwand gebrauchten: Nikaragua stelle eine Bedrohung für den Kontinent dar. Damals suchte man die Invasion Tausender US-Marineinfanteristen damit zu rechtfertigen, daß wir „Freunde der mexikanischen Revolutionäre“ waren. Jetzt behaupten sie, wir seien ein Destabilisierungsfaktor in der Region geworden und verwandelten uns in ein „zweites Kuba“.

Unter Somoza war Nikaragua tatsächlich ein Destabilisierungsfaktor auf dem Kontinent. Nikaragua diene als Sprungbrett zur Invasion in Guatemala und dann auf Kuba. Bei aller Achtung vor unseren mexikanischen und kubanischen Brüdern sagen wir, daß wir weder ein „zweites Mexiko“ noch ein „zweites Kuba“ sein wollen. Wir wollen nur unsere nationale Identität.

Ein denkwürdiges Zeichen unserer Tage ist, daß die Völker die Ursachen der Unterdrückung jetzt besser verstehen und aktiv danach streben, das Joch des Kapitalismus mit allen seinen inhumanen, menschenfeindlichen Gesetzen abzuwerfen. Die USA sind, statt das zu verstehen, immer noch geneigt, alles

durch Feindseligkeit gegenüber ihrem Land zu erklären. Doch die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. So möchte Nikaragua zu einer Verständigung mit den USA kommen. Das ist logisch. Allein schon unsere geographische Lage diktiert die Notwendigkeit, zumindest einen gewissen Modus vivendi mit den USA zu finden.

Ihre Meinung zu den Aussichten der nikaraguanisch-amerikanischen Beziehungen.

In Washington sprach Haig von der Möglichkeit einer Verbesserung der Beziehungen zu Managua, doch stellte er dafür einige harte Bedingungen. Er verlangte, Nikaragua solle einen den USA passenden „demokratischen Prozeß“ gewährleisten, auf die Zusammenarbeit mit der UdSSR und Kuba verzichten und seine Verteidigungsfähigkeit nicht mehr stärken, d. h. er mischte sich im Grunde in unsere inneren Angelegenheiten ein.

Jene, die ein so herzliches Verhältnis zu Somoza hatten, zeigen sich jetzt über unsere Demokratie besorgt. Jene, die in Nikaragua Präsidenten stürzten und einsetzten, jene, die Somozas Garde geschaffen, ausgebildet und ausgerüstet haben, behaupten heute, in Nikaragua würden die Menschenrechte verletzt, und führen als Beispiel die Verhaftung dreier Unternehmer wegen Gesetzesverletzung an. Wie häufig

in der Vergangenheit sind die Amerikaner in Länder wie Nikaragua eingedrungen unter dem Vorwand „Leben und Eigentum“ der US-Bürger schützen zu wollen! Jetzt leben bei uns keine Amerikaner, von denen man sagen könnte, ihnen drohe Gefahr. Deshalb beschloß Washington offenbar, den festgenommenen Unternehmern eine Art „Ehrenbürgerwürde“ zu verleihen, und protestiert scharf dagegen, daß mit diesen Herrschaften laut Gesetz verfahren wird.

Nikaragua ist ein souveräner Staat, und vor dem Gesetz sind bei uns alle, ob das den USA gefällt oder nicht, gleich.

Sind Sie auf der Tagung in Castries mit amerikanischen Vertretern zusammengekommen?

In Castries habe ich erstmals mit Haig gesprochen. Zuvor wollte der US-Außenminister zu uns keine persönlichen Kontakte aufnehmen. Wir sprachen klar, in aller Offenheit. Abschließend sagte Mr. Haig, das Gespräch sei nützlich gewesen, und die Türen für ein künftiges Treffen blieben geöffnet. Das erscheint uns positiv. Wir sind davon überzeugt, daß die Vernunft die Oberhand gewinnen muß, daß auf gerechter, ehrlicher Grundlage eine Verständigung mit unserem nördlichen Nachbarn erreicht werden kann. ■

DIE GEHEIMNISSE DES OVALEN KABINETTS

„Am neunten Tag der grandiosen libyschen Mordverschwörung gegen US-Präsident Ronald Reagan ist er gesund und munter, und die Beweise für das Bestehen einer solchen Verschwörung, über die er angeblich verfügt, sind nach wie vor im Safe des Ovalen Kabinetts eingeschlossen.“

Mit solcher bissiger Ironie reagierte der Londoner „Observer“ auf die in den USA entfesselte antilibysche Hysterie, weil in Tripolis angeblich eine „Gruppe von Terroristen“ zum Mord an hohen amerikanischen Amtsträgern, einschließlich des Präsidenten, gebildet worden sei. Um dieser provokativen Erfindung Überzeugungskraft zu verleihen, wurden in Washington außerordentliche Maßnahmen zum Schutz der angeblich gefährdeten Personen ergriffen.

Die US-Massenmedien melden, um die Hysterie zu schüren, die US-Spionage kenne bereits die Namen der „Terroristen“ und deren Beschreibung. Man hätte denken können, jeden

Augenblick würden sie gefaßt, doch die Tage vergingen, die „Terroristen“ aber wurden vom FBI nicht geschnappt.

Allmählich begann auch die Presse, die noch gestern selbst die Mär von den Terroristen serviert hatte, daran zu zweifeln. Vergeblich versuchten ihre Kommentatoren, beim Präsidenten und anderen Amtsträgern irgendwelche konkreten Angaben über das Bestehen einer Verschwörung oder zumindest über die Quelle, aus der das stamme, zu erfahren. Man antwortete ihnen, all diese Geheimnisse würden im Präsidentensafe aufbewahrt. Kein Wunder, daß einige Journalisten diese Story als freie Erfindung der Administration zu bezeichnen begannen, gestand der „Philadelphia Inquirer“ ein. Im Weißen Haus, so der Londoner „Sunday Telegraph“, „ist man über die Skepsis gereizt, die die Presse gegenüber dem Bestehen einer Verschwörung zeigt, und verneint, daß Informationen darüber absichtlich in die Medien lanciert worden seien, um die Unterstützung der

Öffentlichkeit für Aktionen gegen Libyen zu gewinnen“.

Die Geschichte der libysch-amerikanischen Beziehungen, besonders nach dem Machtantritt der Reagan-Administration, gibt allen Grund zu der Vermutung, daß die Behauptung von der „Verschwörung“ gerade in dieser Absicht in die Welt gesetzt wurde.

Die libysch-amerikanischen Probleme begannen 1969, nach der antimonarchistischen und antiimperialistischen Revolution in Libyen. Statt der maroden, korrupten Monarchie, die Libyen zu einem Vorposten des Imperialismus gemacht hatte, entstand ein Volksstaat, der vor einigen Jahren den Namen Sozialistische Libysche Arabische Volksjama-hiriya erhielt. Das neue Regime führte eine Reihe progressiver Umgestaltungen durch: Es nationalisierte die ausländischen Banken und einige Industriebetriebe, führte das Außenhandelsmonopol ein, schuf den staatlichen Wirtschaftssektor, fördert ihn und stellte die Tätigkeit der ausländischen Ölgesellschaften in Libyen unter seine Kontrolle.

Die Aktionen der libyschen Revolution stießen auf eine feindselige Haltung der imperialistischen Mächte. Besonders scharf reagierten sie auf die Beseitigung der Militärstützpunkte auf libyschem Territorium, darunter der größten US-Basis in Afrika, Wheelus-Field.

In den über 10 Jahren seines Bestehens hat sich das neue Libyen gefestigt

REVANCHELÜSTERN

Man könnte meinen, die stürmischen Ereignisse der letzten Zeit im Nahen Osten — die Ermordung Sadats, die Aufstellung der „multinationalen Truppe“ zur Unterstützung der US-Soldaten im Sinai, die Diskussion um den Fahd-Plan, die offizielle Annexion der Golan-Höhen durch Israel usw. — hätten die Aufmerksamkeit Washingtons vom Iran abgelenkt. Doch dieser Eindruck trügt. Jenseits des Atlantik hört man nicht auf, Intrigen gegen den republikanischen Iran zu schmieden; dort verfolgt man nach wie vor einen feindseligen Kurs ihm gegenüber und klinkt mit den Waffen.

Die subversiven Aktionen gegen Teheran laufen in verschiedenen Richtungen, von denen die wichtigste die US-Wirtschaftsblockade ist. Infolgedessen erreicht der amerikanisch-iranische Warenaustausch jetzt etwa nur noch ein Zwanzigstel des früheren Standes. Die USA denken immer noch nicht daran, über 10 Mrd. Dollar an den Iran zurückzuzahlen, die das Schahregime für

Waffen, die dann nicht geliefert wurden, bezahlt hatte.

Eine andere Richtung der antiiranischen Aktionen ist die breitangelegte psychologische Kriegsführung Washingtons gegen Teheran. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das Abkommen über die Rückgabe der amerikanischen Geiseln (das die USA und Iran Anfang 1981 geschlossen hatten) insbesondere das Versprechen der amerikanischen Seite enthält, sich künftig nicht in die inneren iranischen Angelegenheiten einzumischen. Doch ein Jahr später ist deutlich, daß dieses Versprechen ganz einfach ein Betrug war, um die Kriegsvorbereitung der USA in der Golfzone zu tarnen.

Nicht einen Tag hat eine solche Einmischung aufgehört. Sie erfolgt mit verschiedenen Methoden, in verschiedenen Formen. Washingtons größter Wunsch ist es, in den Iran zurückzukehren, dort seine verlorenen Positionen wiederherzustellen und erneut das Territorium dieses

Landes in einen Pentagonvorposten in der Golfregion zu verwandeln. Präsident Reagan kann immer noch der früheren Administration deren „Weichheit“ und „Unentschlossenheit“ nicht verzeihen, was es ermöglicht habe, das den USA freundschaftlich verbundene Schahregime zu stürzen. Hinter dem von Reagan verkündeten „harten Kurs“ gegenüber dem Iran versteckt sich die Absicht, früher oder später Revanche zu nehmen. US-Außenminister Haig formulierte Washingtons Ziel wie folgt: „Wir bemühen uns, eine Politik zu verfolgen, die zur Errichtung eines gemäßigten Regimes im Iran, das mit den Interessen und Werten der Vereinigten Staaten vereinbar wäre, führen würde.“

Derartige Erklärungen der amerikanischen Führung werden von einer „psychologischen Großoffensive“ der US-Presse gegen republikanischen Iran, der als „Regime religiöser Fanatiker“ bezeichnet wird, begleitet. Sie ist dabei in ihren Ausdrücken alles andere als wählerisch, wobei sie auch vor terroristischen Aufrufen nicht zurückschreckt.

Bezeichnend ist in dieser Hinsicht eine Überschrift aus dem „Boston

und seine internationalen Positionen konsolidiert. Es wirkt aktiv in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit, unterstützt die Befreiungsbewegungen in Afrika und im Nahen Osten, tritt für die Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia, gegen die Camp-David-Abmachung, für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein.

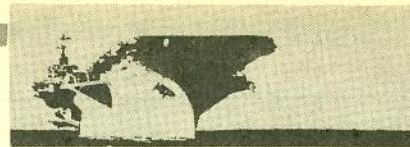
Der klar ausgeprägte antiimperialistische Charakter der Außenpolitik des libyschen Revolutionsregimes läuft dem von der derzeitigen US-Administration eingeschlagenen Kurs auf die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere in Afrika und im Nahen Osten, zuwider. Ebendeshalb bekundete die Reagan-Administration gleich nach ihrem Machtantritt eine feindselige Haltung gegenüber Libyen. Wie ein hoher Mitarbeiter des State Department dem „Philadelphia Inquirer“ zufolge sagte, ist die Reagan-Administration seit Januar v. J. „von der Zwangsvorstellung Ghaddafis besessen“. Das findet vor allem seinen Ausdruck in der Suche danach, wie das progressive antiimperialistische Regime in Libyen beseitigt oder zumindest untergraben werden könne.

Diese Aufgabe wurde vor allem der CIA übertragen, die den Plan für den Sturz und die Ermordung Muammar Ghaddafis ausarbeitete. Vom Bestehen eines solchen Plans berichteten im Juli 1981 das Nachrichtenmagazin „Newsweek“ und andere US-Presseorgane. Das Komplott — keineswegs ein frei

erfundenes, sondern der US-Presse zufolge ein durchaus reales — scheiterte. Es hätte von der „inneren Opposition“ verwirklicht werden sollen, doch eine solche konnte in Libyen nicht ausgemacht werden.

Noch bevor dieser verbrecherische Plan bekannt wurde, hatte Washington faktisch die diplomatischen Beziehungen zu Libyen abgebrochen und die Ausreise aller seiner offiziellen Vertreter aus den USA verlangt. Diesem Beispiel folgte der Sudan. Wie sich bald herausstellte, war diese Aktion das Vorspiel für ein neues antilibysches Komplott, das Ägypten und den Sudan zu einem Angriff auf Libyen unter dem Schutz der US-Luftwaffe bewegen sollte. Doch der plötzliche Tod Sadats durchkreuzte auch dieses antilibysche Unterfangen.

So scheiterte ein US-Plan gegen das revolutionäre Libyen nach dem anderen. Und da setzte man wieder die verlogene Version von libyschen „Terroristen“ in Umlauf, die, wie sich herausstellte, Washington von der israelischen Spionage angedient worden war. Unter diesem Vorwand befassen sich jetzt die USA mit Plänen für konkrete Aktionen gegen Libyen. Sie haben bereits die Abreise der amerikanischen Fachleute von den libyschen Ölfeldern verlangt. Jetzt werden Pläne für einen „Boykott“ libyschen Öls erörtert, das auf Kontraktgrundlage in die USA gelangt. Dabei schrecken die USA vor einem offenen Kontraktbruch nicht zu-



rück. Dabei wollen sie aber keineswegs, daß der Teil des libyschen Öls, auf den die USA verzichteten, an ihre NATO-Verbündeten gelangt. Um das zu verhindern, bemühte sich Washington, die Verbündeten zur Teilnahme an dieser Aktion zu gewinnen, doch jene gaben den USA einen Korb.

Die antilibyschen Aktionen der USA werden allgemein verurteilt, doch Washington gibt keine Ruh. Reuter meldete am 17. Dezember, die „antilibysche Kampagne in den USA werde verstärkt: Eine starke Gruppierung in der Administration will einen Angriff auf Libyen“.

Die Reagan-Administration möchte das libysche Regime ändern. Sie will an der Spitze Libyens einen so US-devoten Politiker sehen wie den somalischen Präsidenten Siad Barre. Dann würde der Widerstand der Völker Nordafrikas und des Nahen Ostens gegen die militärisch-politische Offensive des US-Imperialismus in dieser Region nachlassen. Und vielleicht könnte man zu Attacken gegen die anderen Staaten unabhängiger Orientierung übergehen.

Ebendas sind die Geheimnisse, die tatsächlich im Ovalen Kabinett des Weißen Hauses verborgen werden.

V. KUDRJAWZEW

Globe“ vom 20. September: „Wenn“ (im Iran) „die Kugeln pfeifen, richten die USA ihre Augen auf Khomeini.“ In dem Artikel heißt es, daß man in den Vereinigten Staaten auf eine „Kugel“ setzt, mit deren Hilfe „sich die ganze Orientierung des“ (iranischen) „Staates augenblicklich ändern kann“. Das ist das Gesetz des Dschungels, von dem sich ein Land leiten läßt, das internationale „Verantwortung“ beansprucht. Einstweilen aber ist man bereit, den Iran mit allen denkbaren und undenkbar Anschuldigungen zu überziehen.

So erschien die „Washington Post“ am 16. Dezember mit der sensationellen Nachricht, „iranische Terroristen“ planten einen Anschlag auf Präsident Reagan. Überdies wird anhand „indirekter Tatsachen“, die Kolumnist Anderson gesammelt hat, behauptet: „Obgleich das unwahrscheinlich erscheinen mag“, stünden Iraner hinter dem Anschlag auf den Präsidenten vom 30. März v. J. Und gleichsam unisono mit dieser „Enthüllung“ tauchten in der Presse einiger Nahostländer Mitte Dezember Meldungen von einer „iranischen Verschwörung“

auf, die Regierungsmitglieder einiger Golfstaaten beseitigen sollte. Hinter allen derartigen Behauptungen ist zweifelsohne die Absicht erkennbar, die Außenpolitik Irans und ihn selbst international zu diskreditieren. Nicht zuletzt könnte das Washington zuspüren, das alles tut, um das islamische Regime des Ayatollah Khomeini zu destabilisieren und letztlich zu stürzen.

Unlängst erschien im Iran ein Sammelband aussagestarker Dokumente und Fotos von der gescheiterten bewaffneten US-Aggression vom April 1980. Damals war dieses militärische Abenteuer, bei dem ein Landetrupp in der Desht-e-Kavir-Wüste abgesetzt wurde, als Versuch zur Befreiung der amerikanischen Geiseln hingestellt worden. In Wirklichkeit wurde ein viel weiter gestecktes Ziel verfolgt — ein Umsturz in Teheran. Man hätte natürlich die Lehren daraus ziehen und derartigen Abenteuern abschwören können... Doch da wurden im Dezember v. J. Fakten publik, die davon zeugen, daß Washington einen neuen Plan geschmiedet hat, der im Prinzip eine militärische Invasion der USA im Südiran vorsieht. Die

Londoner „Sunday Times“ meldete, an diesem Plan unter einer Codebezeichnung sei bereits unter Präsident Carter gearbeitet worden, und den letzten Schliff habe dann der derzeitige Außenminister Haig angelegt. Der Plan wurde von Präsident Reagan und seinen nächsten Beratern gebilligt.

Vorläufig aber pöppeln die US-Geheimdienste die Invasionskräfte, die aus der buntscheckigen iranischen Emigration aus aller Welt bestehen, hoch und rüsten sie aus. Eine Berufarmee der iranischen Konterrevolutionäre an der iranisch-türkischen Grenze nimmt reale Formen an, hieß es in der „Times of India“. „Die Truppen werden aus Offizieren und der Elite der Armee des verstorbenen Schah gebildet.“ Der französische „Quotidien de Paris“ verwies auf die enge Verbindung der CIA zu Offizieren der von monarchistischen Emigranten aufgestellten „Befreiungsarmee des Iran“...

Das verlangt von den Iranern besondere Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben des US-Imperialismus und dessen Agenten.

P. MESENZEW

EIN PROLETARIER NAMENS KOHL

CDU-Vorsitzender Helmut Kohl ließ sich in höchster Erregung dieser Tage im Bundestag über die Ereignisse in Polen aus.

Zunächst meinte er, „es gebe keinen Grund mehr zu schweigen.“ Bei nüchterner Überlegung aber müßte auch ihm klar sein, daß „nicht schweigen“ und verantwortungslose Ausfälle von der Art „KZ“ in Polen zwei völlig verschiedene Dinge sind. „Nicht schweigen“ heißt für Kohl, die Erklärung der Bundesregierung über die Nichteinmischung in die

Angelegenheiten Polens als „kläglich“ und „niederträchtig“ zu bezeichnen. Das Wort, von der Nichteinmischung wirke kläglich, ebenso wie das Argument, Polen müsse seine Schwierigkeiten selbst lösen. Man sieht, „nicht schweigen“ bedeutet von der Bundesregierung wirtschaftliche Sanktionen gegen einen souveränen Staat fordern.

„Das polnische Volk braucht unsere Solidarität“, versicherte Kohl im Fahrwasser von Strauß den Bundestagsabgeordneten und

erläuterte weiter, er sei mit ganzem Herzen auf der Seite der polnischen Arbeiterklasse, auf der Seite des Proletariats.

Sieh mal an. Die reaktionäre CDU/CSU, die den Geist des kalten Krieges walten läßt und die Interessen des Großkapitals vertritt, macht sich für die Interessen der Arbeiter, für die proletarische Solidarität stark. Allerdings hat sie dabei vergessen, sich zu erkundigen, ob die polnischen Arbeiter Kohl und seine mitfühlenden Tiraden auch haben wollen.

M. TSCHERNOUSSOW

WART

AP meldet Angehörigen „digungskräfte“. Lametta trag dings nur die die gleichzei dung dieser T legt wurde. A wohl bald änd Die japanisc ten erleichtert ten sie es err kriegsverfassur gesetzwidrig. Tragen von Ra kann das verg mancher wird Orden putzen, dentaten“ im den Terror ir

WER GEHT, BLEIBT...

Tascheschwenkend begab sich Reagans Sicherheitsberater Allen in Urlaub. Bis nämlich herausgefunden sein wird, ob er wirklich Bestechungsgelder von einer japanischen Zeitschrift erhalten hat.

Das US-Justizministerium klappte die Akte „wegen mangelnder Hinweise auf sein Fehlverhalten“ rasch zu. Inzwischen kamen ernstlichere Dinge an den Tag. Die „Washington Post“ schrieb, Allen habe seinen Posten dazu genutzt, nicht nur einer Zeitschrift, sondern auch ausländischen Firmen zu Diensten zu sein. Für gutes Geld natürlich. Unter seinen Klienten waren japanische Automobilkonzerne. Außerdem habe Allen Anfang der 70er Jahre 60 000 Dollar jährlich von portugiesischen Firmen erhalten, die damals in Moçambique und Angola wirtschafteten. Reagan beauftragte seinen persönlichen juristischen Berater, auf jeden Fall „weiter zu eruiieren“.



Arbeitsminister Donovan wollte im Unterschied zu Allen die Sache nicht bis zur „Beurlaubung“ treiben und bat selbst das Justizministerium, einen Sonderstaatsanwalt zur Untersuchung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen einzusetzen. Die lauten: Bestechung von Gewerkschaftsführern als Chef einer Baufirma, Kontakte zur Unterwelt.

Der stellvertretende Personalchef des Weißen Hauses Deaver erklärte laut „New York Times“ ebenfalls, er wolle das

Weißes Haus verlassen, denn er „könne es sich nicht erlauben, mit seinem Gehalt in Washington zu leben“.

Allein mit dem Gehalt mußte Deaver allerdings nicht auskommen. Vor seinem Umzug ins Weiße Haus verscherbelte er seine Beratungsfirma an einen Mr. Hannaford. Der übrigens hatte eine gleiche Firma von Allen gekauft. Allen und Deaver beziehen aus dieser Quelle weiter Geld. Doch nicht etwa für neue Dienste? Hannaford nämlich konnte vor kurzem eine Regierungsgarantie über eine hohe Anleihe für seine Klienten erlangen. Man behauptet, durch seine Kontakte zu Deaver.

Offenbar sind auch bei ihm nach dem Skandal mit Allen die „Geschäftskontakte“ abgebrochen, die ihm einen guten Nebenverdienst sicherten. Ohne den aber scheint es im Weißen Haus nicht zu gehen. Weder bei Allen noch bei Deaver oder Donovan.

M. LEONIDOW

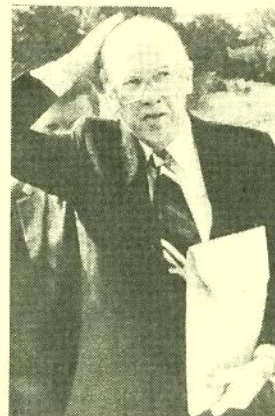
Foto aus „Time“ (USA)

...UND „BESSERT SICH“

Dem „Newsweek“-Foto nach zu urteilen, hat dieser Mann im letzten Monat des Vorjahrs gute Nachrichten erhalten.

Die ihm anvertraute Dienststelle erhielt vom Präsidenten ein Weihnachtsgeschenk in der Form einer Verordnung, die CIA-Aktionen in den USA zuläßt. Und der Chef in Langley bekam seine lang erwartete Absolution vom Kapitol.

Der Senatssonderausschuß für Geheimdienste



hatte vier A lös die frü schafften W untersucht. kam man d dem Urteil für den Pos spions durc Allerdings ohne Einsch „Newsweek“ Senatoren I stellt, Casey zelheiten“ gewesen. E in seinen F die er v vorlegte, v Gerichtsbesc 500 000 Do anzugeben. ner Betätigt schäftsmann manchmal Ir Mitgesellsch. gelegt.

Man soll nicht nacht denn Casey nach Ansic schusses „n bessert“. Kur Er ist du für seine neuen Jahr. i in Einzelheit

G.

AUF MEDAILLEN

kio, die
bstvertei-
nun ihr
g aller-
nedaille“,
er Grün-
54 aufge-
wird sich

en seutz-
lich hat-
ut Nach-
treitkräfte
war das
nen. Jetzt
rden. Und
on seine
für „Hel-
rieg, für
r Kaiser-

armee okkupierten Ländern er-
halten hatte.
Das Tragen der Ehrenzeichen
wurde zur „moralischen Aufmun-
terung“ der Militärs erlaubt. Die
Sorge darum hat schon ihren
Grund. Der Abteilungschef im
Nationalen Verteidigungsamt
Shioda sprach im Parlament von
bevorstehenden Konsultationen
japanischer und amerikanischer
Militärexperten, um bei „einer
außerordentlichen Situation im
fernen Osten“ der Hilfe der US-
Truppen gewiß zu sein. Die Mi-
litaristen hoffen auf künftige
Siege und vielerlei Orden. Das
sind Illusionen, aber gefährliche.

I. IWANOW

VERSÜSST

krupu-
achen-
Caseys
ießlich
h zu
s sei
Chef-
signet.
nicht
en ab.
t, die
estge-
Ein-
rkam
z. B.
ieren,
antritt
vier
und
ulden
d sei-
Ge-
er
in und
erein-

aber
sein,
nun
Aus-
ge-
napp:
bereit
im
t wie

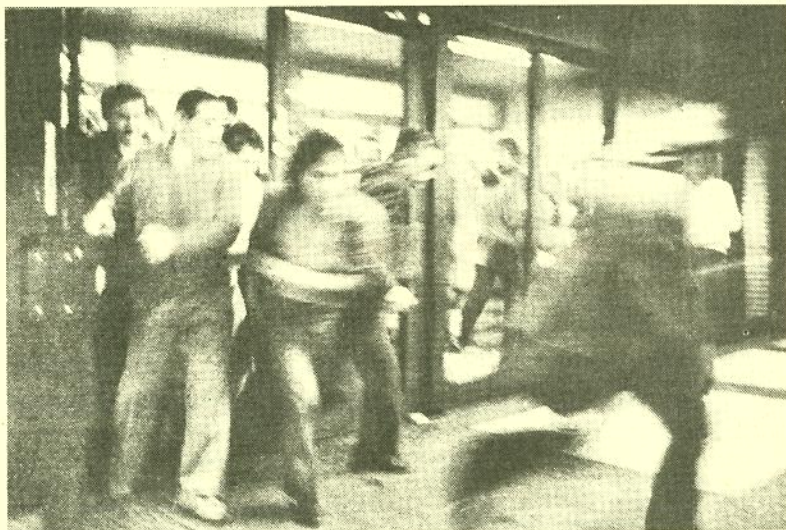
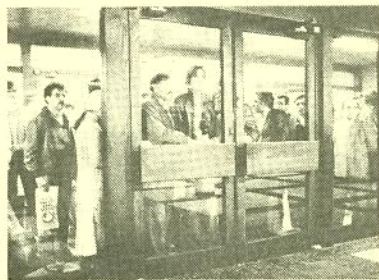
OWA

Britanniens Premier Thatcher
wollte ihre Landsleute zum Weih-
nachtsfest beglücken. Nach dem
neuen „Minihaushalt“ und der
Forderung, die Riemen enger zu
schnallen, wollte sie ein Lutsch-
bonbon verabreichen. In ihrer
Neujahrsbotschaft versicherte sie,
das neue Jahr werde einen be-
achtlichen wirtschaftlichen Auf-
schwung bringen, wenn die Re-
gierung am bisherigen Kurs fest-
halte.
Daß dieser Kurs schon drei
Millionen Arbeitslose, wirt-
schaftliche Stagnation und viele
Pleiten hervorgebracht hat, dar-
über ließ sich Mrs. Thatcher lie-
ber nicht aus. Wozu soll man
den Leuten die Laune verderben.
Die Kritiker ihrer Wirtschaftspo-
litik, darunter auch Konservati-
ve, erklärten dagegen frei her-
aus, die Stagnation werde an-
dauern. Sie sagen der Partei
eine beeindruckende Niederlage
bei den kommenden Wahlen
voraus, wenn die Erwerbslosen-
zahlen nicht gesenkt werden.
Übrigens eine „Senkung“ wur-
de bereits vorgenommen. Man
hat einfach Hunderttausende Ar-
beitslose aus der Statistik ge-
strichen. Offenbar, um die Eng-
länder zu den Feiertagen nicht
allzu sehr zu vergrämen.

I. TITOW

DIE EINEN TANZEN

Dem Arbeitsamt von Dortmund
widmete das „Zeit Magazin“ (BRD),
dem wir die Fotos entnehmen,
einen umfangreichen Beitrag. Des-
sen Verfasser berichtet über den
Direktor des Arbeitsamts Kulozik,
der so schrecklich gerne tanzt und
sich gerade zusammen mit seiner
Gattin auf einen neuen Ausscheid
vorbereitet. Dazu aber bleibt ihm



sehr wenig Zeit, bedauert die „Zeit“.
Kulozik hatte Ende 1981 schrecklich
viel zu tun, denn die Arbeitslosen
belagern sein Amt geradezu. Des-
halb käme es bei den Mitarbeitern
häufig zu Nervenzusammenbrüchen
und Stress. Ihnen wurde sogar eine
Art psychologisches Training ange-
raten, damit sie mit den Besuchern
sanfter umgehen.

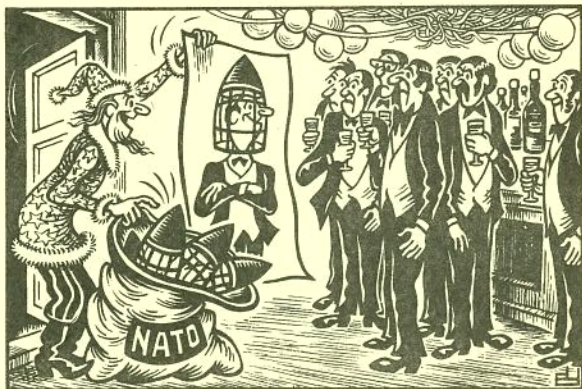
Die Besucher aber treten hier je-
den Morgen wie zur Arbeit an. Ge-
nau um 7.30 Uhr öffnen sich die
Türen des Arbeitsamts und Hunder-
te drängen hoffnungsvoll hinein. Für
einen Arbeitsplatz gibt es 15 An-
wärter. Fast 1,5 Millionen im gan-



zen Land, die keine „psychologi-
sche Vorbereitung“ erhalten und
schon gar nicht an Tanzvergnügen
denken.

D. POGORSHELSKI

Neu
aus Washington:
Silvesterscherze
und Modekreationen
des Pentagon
für die Verbündeten



Zeichnung:
W. Tschakiridis

SLUMPFLATION

Felix GORJUNOW

Erst 1979 begann die kapitalistische Weltwirtschaft die Krise von 1974–1975 und die darauffolgende Depression zu überwinden. Aber 1980 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum, und Anfang 1981 ging die Produktion allmählich zurück. Das führte — bei Aufrechterhaltung einer hohen Inflation — zur Zunahme der Arbeitslosigkeit. Das Nachlassen der Geschäftsaktivität in den Industrieländern geht nicht so sehr auf den zyklischen Rückschlag in der Industrie und andere vorübergehende Ursachen wie vielmehr auf langwirkende Faktoren zurück. Deshalb kann die kapitalistische Weltwirtschaft das Wachstumstempo der 50er und 60er Jahre wohl kaum erreichen.

Zu dieser Einschätzung der Konjunktur in der kapitalistischen Weltwirtschaft auf weite Sicht kommen die Autoren des Berichts „Handel und Entwicklung 1981“, den der Rat der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) im November 1981 veröffentlichte.

In der Tat: Betrug das jahresdurchschnittliche Industriewachstum in den entwickelten kapitalistischen Ländern in den 50er, 60er und selbst 70er Jahren entsprechend 4,7%, 5,8% und 3,5%, so war für den Anfang des laufenden Jahrzehnts eine allgemeine Industrieflaute charakteristisch. Das gesamte Brutto-sozialprodukt der kapitalistischen Industrieländer stieg 1980 um 1,2%, und 1981 liegt sein Wachstum nach UNCTAD-Schätzungen kaum über 1,5%.

Als in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Tendenz zur wirtschaftlichen Stagnation, die mit der chronischen Inflation einhergeht, sich zu verstärken begann, sprachen die westlichen Wirtschaftsexperten von „Stagflation“. Nach allem zu urteilen, ist der Terminus technicus des laufenden Jahrzehnts „Slumpflation“ (vom engl. *slump*, Sturz, und *Inflation*). In der Wirtschaft der kapitalistischen Industrieländer (mit Ausnahme Japans) brach 1980/81 erneut eine zyklische Krise aus, und die USA, auf die rd. ein Drittel des gesamten Bruttoproduktes des industriellen Kapitalismus entfällt, erlebten sogar zwei Krisenerschütterungen.

Die achte nach dem Kriege

Die Wirtschaftsbelebung in den USA, die nach der kurzen, aber tiefen Rezession vom Frühjahr 1980 einsetzte, hielt bis zum I. Quartal 1981 vor. Die Geschäftstätigkeit aktivierte sich vor allem dank der Erweiterung des Einzelhandels, die ihrerseits eine Folge der Teuerung war. Eine weitere Preiserhöhung voraussehend, kauften die Amerikaner langlebige Waren, hauptsächlich aus ihren Ersparnissen. Zum Wachstum der Verbrauchernachfrage trug auch eine vorübergehende Erhöhung der Beschäftigung bei. Gegenüber dem Gipfelpunkt der Krise von 1980 stieg das Brutto-sozialprodukt zwischen Januar und März um 6,5%, obwohl sich zwei führende Industrien — der Automobil- und der Wohnungsbau — von der vorausgegangenen Krise nicht erholt hatten.

Ende 1981 erreichte der Kfz-Verkauf den tiefsten Stand der letzten 22 Jahre und war selbst gegenüber dem Vorjahr um 16,4% zurückgegangen; in Neubauten zogen weniger Familien ein als in jedem der letzten 15 Jahre. Die Hauptursache der krisenhaften Verfassung dieser beiden Zweige sind die beispiellos hohen Leihzinsen. Gemäß den monetaristischen Rezepten der Inflationsbekämpfung durch Beschränkung der zirkulierenden Geldmenge erhielt das Bundesreserveamt (FRS) die Zinssätze bis Ende September auf dem rekordmäßigen Stand von 20% aufrecht.

Der teure Kredit wirkte sich auch auf Investitionen aus: In unveränderlichen Preisen stiegen sie lediglich um 1,5% im Jahr. Im Juli z. B. erreichte der Umfang neuer Aufträge im Werkzeugmaschinenbau den Tiefststand der letzten 5 Jahre. Die Geldpolitik des FRS beschleunigte den Ruin mittlerer und kleiner Unternehmen: In den ersten 10 Monaten 1981 machten in den USA 14 500 Firmen Bankrott. Das war die größte Pleitenzahl seit 1962. All das ließ das Brutto-sozialprodukt schon im II. Quartal um 1,6% zurückgehen.

Vieles zeugte davon, daß die USA nach der in der Wirtschafts-geschichte des Landes kürzesten Belebung in die 8. Nachkriegskrise hin-

einschlitterten. Aber im Weißen Haus wurde im Juli erklärt: Trotz des verlangsamten Wachstumstempes werde die Wirtschaft sich bald wieder beleben und die Zunahme des Brutto-sozialproduktes am Jahresende mindestens 3% ausmachen. Die Administration beeilte sich nicht, die Zinsen zu senken. Präsident Reagan konnte nicht einmal von den NATO-Partnern umgestimmt werden, die auf der Beratung der Sieben in Ottawa ihm zu beweisen suchten, daß die FRS-Geldpolitik der Wirtschaft der anderen kapitalistischen Länder gewaltigen Schaden zufüge.

Woher rührt der Optimismus der US-Administration? Erstens daher, daß der neue Boom der Rüstungsaufträge der Geschäftstätigkeit und den Investitionen angeblich Auftrieb geben wird. Zweitens daher, daß die im Oktober vorgenommene Senkung der Einkommensteuersätze die Verbrauchernachfrage beleben muß. Zusammen mit der dritten Komponente der „Reaganomie“ — der vom Abbau der Bundesbewilligungen für das Sozialprogramm erwarteten Verminderung des Budgetdefizits um 42 Md. Dollar 1981/82 und dem Budgetausgleich bis 1984 — werde das, versicherte das Weiße Haus den Kongreßmitgliedern, Amerika nicht nur von der chronischen Inflation heilen, sondern auch das „freie Unternehmertum“ stimulieren.

Wie derart optimistische Berechnungen „gemacht“ wurden, erfährt man aus der Zeitschrift „Atlantic“ von November: Der Direktor der Budgetverwaltung D. Stockman sprang mit den Ziffern der künftigen Budgetdefizite so um, wie es der Herr im Weißen Haus gerne mochte. Dabei war sich der Direktor darüber im klaren, daß es unmöglich ist, den Haushalt auszugleichen, ohne die Militärausgaben, eine Hauptursache der chronischen Inflation, anzutasten. Dieser Betrug, den ein Senator in Anlehnung an die gescheiterte CIA-Operation gegen Kuba „die ökonomische Schweinebucht“ nannte, wurde offenbar, als kein Zweifel mehr darüber bestand, daß die USA-Wirtschaft keineswegs dem zuversichtlichen Szenario der „Reaganisten“ folgt.

Von Juli bis September sank das Brutto-sozialprodukt in unveränderlichen Preisen um 0,6%. Der Umfang der nichtrealisierten Waren in der Industrie nahm zu, während die Auslastung der Produktionskapazitäten auf 76,9% — den tiefsten Stand seit Oktober 1980 — zurückging. Die Krise erfaßte alle zivilen

Wirtschaftsbereiche. Der akuten Geschäftsflaute konnten nicht einmal die großzügigen Pentagon-Aufträge entgegenwirken (die Rüstungsindustrie erhält 70% aller staatlichen Aufträge, erzeugt jedoch nur 5% der gesamten Industrieproduktion).

Nach USA-Expertenschätzungen verminderte sich das Bruttosozialprodukt im 4. Quartal um 5,5%. Die Arbeitslosigkeit erreichte 8,4% der Arbeitskräfte (9 Millionen). In den ersten Monaten 1982 wird ihr An wachsen auf 10 Millionen erwartet. Hinzu kommen mindestens eine Million ständig Beschäftigungslose, die längst jede Hoffnung auf Arbeit aufgegeben haben und sich nicht mehr auf dem Arbeitsamt registrieren lassen. Zudem gibt es über 3 Millionen Kurzarbeiter.

Die Administration konnte auch die jährliche Inflationsrate nicht auf eine einstellige Zahl herabdrücken: In einem Jahr sind die Preise um 10% gestiegen. Die Preise für die notwendigsten Bedarfsgüter und Dienstleistungen wuchsen nach wie vor schneller als die Inflationsrate. Das verminderte erneut die Realeinkünfte der Werktätigen. Laut „Financial Times“ (London) sank die durchschnittliche Kaufkraft der Amerikaner 1981 um 3,6% gegenüber dem Vorjahr. Die Hoffnung des Weißen Hauses, die Verbrauchernachfrage durch Senkung der Einkommensteuern zu erhöhen, ist fehlgegangen.

Unterschiedliche Prioritäten

Die Wirtschaft Großbritanniens befand sich das dritte Jahr im Zustand der Lähmung. 1981 ging die Industrieproduktion um mehr als 2% zurück. Ohne das Erdöl aus der Nordsee wäre die Produktion noch geringer gewesen. So lag der Ausstoß der verarbeitenden Industrie um 14% tiefer als 1979. Das Inflationstempo betrug am Jahresende 11,5%. Die steigenden Lebenshaltungskosten und die präzedenzlose Beschäftigungslosigkeit (12% der Arbeitskräfte, d. h. fast 3 Millionen) bewirkten eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards: Allein im ersten Halbjahr verminderten sich die Realeinkünfte laut amtlichen Statistiken um 2,7%.

Die Arbeitslosigkeit ließ die sozialen Spannungen stark anwachsen. Denken wir an die Unruhen der Jugend in Manchester, Southall,

Brixton und Liverpool. Im Arbeiterviertel Toxteth von Liverpool betrug die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 37%, aber unter den weißen Jugendlichen 43% und unter den Kindern von Einwanderern sogar 47%. Die Tomaten, mit denen die jungen Einwohner Liverpools Ministerpräsidentin Thatcher bombardierten, zeigten klar genug: Sie wissen sehr wohl, wer an ihrer Not schuld ist.

Die zyklische Krise, die in der Wirtschaft der BRD 1980 begann, erwies sich als die langwierigste und tiefste der ganzen Nachkriegszeit. Besonders schlimm stand es um die Eisen- und Stahlindustrie, die Chemie, die Textilindustrie und die Konfektion. So produzierten die Textilbetriebe bis September 1981 um 21% weniger als ein Jahr zuvor, die Auslastung des allgemeinen Maschinenbaus war um 10% niedriger. Nach Angaben des „Handelsblattes“ gingen in der BRD in einem Jahr 11 500 Firmen — 25% mehr als ein Jahr zuvor — bankrott.

Die Überwindung der Krise, die für das kommende Frühjahr prognostiziert wird, kann sich durchaus wegen der Verminderung von Investitionen (in der verarbeitenden Industrie z. B. um 5%) verlangsamen. Der Kapitalabfluß in die USA, dessen Grund die hohen Zinsen in den USA-Banken und die Erhöhung des Dollarkurses waren, wirkte sich äußerst negativ auf die Konjunktur aus. Etwas gemildert wurde die Krise in der westdeutschen Wirtschaft durch die Erweiterung des Exports von Industrieerzeugnissen (auf die BRD entfallen 16,4% des industriellen Exports der kapitalistischen Industrieländer); im Dezember war der Aktivsaldo der Handelsbilanz dadurch auf 8,8 Md. Dollar gewachsen.

Im Unterschied zu den 70er Jahren, in denen die BRD, anders als die anderen kapitalistischen Länder, eine gemäßigte Inflationsrate aufwies, gestaltete sich die Krise von 1980/81 zu einer ausgesprochenen Slumpflation: Das jährliche Teuerungstempo belief sich 1981 auf 6,7%. Ungewöhnlich für das Land waren auch die Ausmaße der Arbeitslosigkeit. Ihr Jahresstand betrug 6,3% (rd. 1,5 Millionen). Nach Ansicht J. Stings, Präsident des Bundesamtes für Arbeit, wird die Beschäftigungslosenzahl in diesem Winter auf etwa 2 Millionen ansteigen.

Die Regierung Schmidt entschied

sich für die Politik harter Budgetkürzungen: Im Oktober wurden die Arbeitslosenunterstützungen um 250 Mio DM, die Aufwendungen für das Bildungswesen um 100 Mio DM gekürzt. Dafür werden die Militärausgaben 1982 die Rekordhöhe von 43,7 Md. DM erreichen.

Die neue französische Regierung sah ihre wirtschaftspolitische Hauptaufgabe darin, möglichst bald die Krise zu überwinden und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die von ihr getroffenen Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung auf die Konjunktur nicht: Sank die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1981 um 6%, so stieg sie von September bis November um 10%. Dem gleichen Ziel dient die 27%ige Erhöhung des Ausgabeteils des Staatshaushalts für 1982: Das wird die Schaffung von 61 000 Arbeitsplätzen im staatlichen Sektor ermöglichen.

Eine Belebung hat begonnen, aber die Arbeitslosigkeit betrug in Frankreich bis Ende des Jahres 8,8% (über 2 Millionen) und das Inflationstempo 14%. Um das Absinken des Lebensstandards der Werktätigen zu bremsen, hob die Regierung im Sommer die Einkünfte der bedürftigsten Familien an und beschloß im Oktober außerordentliche Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung. Für ein halbes Jahr wurden die Strom-, Gas- und Verkehrsgebühren sowie die Preise für einige wichtige Nahrungsmittel und Bedarfsartikel eingefroren.

Die Monopolbourgeoisie sabotiert auf jede Weise die Maßnahmen der Regierung gegen Krise, Inflation und das Regierungsprogramm für die Nationalisierung der größten Industriegesellschaften und Banken. In den ersten 8 Monaten des Jahres 1981 nahm der Export von Privatkapital aus dem Lande um 43% zu. Französische und ausländische Unternehmer verweigern Kapitalanlagen in der Wirtschaft („Investitionsstreik“).

Die aus den Wahlen im Oktober hervorgegangene sozialistische Regierung Griechenlands, das 1981 das 10. EG-Mitglied wurde, plant Maßnahmen zur Wirtschaftsankurbelung. Die Rezession machte die Probleme der städtischen Arbeitslosigkeit und der agrarischen Übervölkerung noch akuter, und die Preiserhöhung betrug über 20%. Nur um 1% niedriger war das Inflationstempo 1981 in Italien, wo die Industrieproduktion bis Oktober um 3,6% abgenommen hatte. Auch hier wollen die Unternehmer nicht in der nationalen Wirtschaft investieren; in einem Jahr schrumpften die Investitionen um mehr als 40%. Nicht besser steht es um die kleinen EG-Länder. Um rd. 5% weniger als 1980 produzierte die Industrie Belgiens, die Wirtschaft der Niederlande und Dänemarks stagnierte, die Arbeitslosigkeit dagegen stieg in diesen Ländern entsprechend auf 400 000, 423 000 und 275 000 Personen.

Eine Stagnation machten 1981 auch die Länder durch, die der EG beitreten wollen. In Spanien stieg die Industrieproduktion um 2,5%, während sich die Inflation ebenso wie 1980

	Zuwachs des Bruttosozialproduktes [1981 gegenüber 1980] in %	Inflationsrate in %	Arbeitslosigkeit [Mio Personen]
USA	+ 1,0	10,0	9
EG	- 0,5	11,5	10
Japan	+ 4,1	4,0	1,5
Entwicklungsländer	+ 3,2	38,3	60

Schätzung laut Prognosen der UNCTAD, des IWF, der IAO und nationalen Statistiken

auf 15% belief und die Arbeitslosigkeit mit 13,9% (1,8 Millionen) den höchsten Stand Westeuropas erreichte. In Portugal kam zur 8,8%igen Arbeitslosigkeit (386 000 Personen) und zur Industrieflaute die Dürre hinzu, die das Getreideaufkommen auf die Hälfte des üblichen reduzierte.

Im Gegensatz zu den an der Slumpflation laborierenden Ländern des Westens wies Japan 1981 ein Wachstum des Bruttosozialproduktes von 4,1% auf. Zu zwei Dritteln wurde der Zuwachs durch die außenwirtschaftliche Expansion gesichert, denn der Inlandsverbrauch nahm wegen der sinkenden Realeinkünfte der Bevölkerung und der für Japan relativ hohen Arbeitslosigkeit (1,5 Millionen) nur langsam zu. Als Ergebnis einer solchen Konjunktur zeigten die exportorientierten Zweige — Automobilbau, Elektronik, Elektrotechnik, Präzisionsmaschinenbau — ein vorrangiges Produktionstempo. Voll Neid sah der Westen, daß die japanischen „Wirtschaftsregulierer“ die Inflation auf einem recht niedrigen Niveau (4%) zu halten und zwecks Wirtschaftsstimulierung sogar die Zinssätze auf 6,25% herabzudrücken vermochten.

Die USA und die EG-Länder beneiden Japan auch darum, weil dort die Arbeitsproduktivität im Jahresdurchschnitt um 3% steigt (gegenüber weniger als 2% in Westeuropa und weniger als 1% in den USA). Auch in der Warenqualität stehen sie Japan nach. Diese zwei Faktoren bedingen die hohe (gegenüber den USA doppelt so hohe) Konkurrenzfähigkeit der japanischen Industrie.

Konkurrenzfähigkeit erlangt angesichts der Stagnation im kapitalistischen Welthandel besondere Bedeutung: 1980 nahm sein Umfang in unveränderlichen Preisen um 1,5% und 1981 um nur 1% zu. Auch die Unausgeglichenheit des gegenseitigen Handels erhöhte sich: Das Defizit der USA im Handel mit Japan belief sich 1981 auf 15 Md. Dollar, und der Export der EG-Länder aus den USA war um 25 Md. Dollar höher als ihre Lieferungen an dieses Land.

Die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen kapitalistischen Wirtschaften zeigte sich nicht nur im internationalen Handel, sondern auch im Einfluß, den ihre innere Wirtschaftspolitik über die Währungs- und Kreditbeziehungen auf die Konjunktur in den anderen Ländern ausübte.

„Böswillige Verächtlichkeit“

„Im ersten Jahr der Reagan-Administration gelang es nicht, eine halbwegs konsequente internationale Finanzpolitik auszuarbeiten; die Administration demonstrierte vielmehr, daß sie sich um eine Verbesserung der USA-Zahlungsbilanz nicht kümmert... Im Laufe des Jahres 1981 war die Dollarschwächung zeit-

weilig durch eine härtere FRS-Kreditpolitik verdeckt, die den Dollarkurs auf den Devisenmärkten durch Geldbeschaffung aus allen europäischen Finanzzentren nach New York künstlich aufrechterhielt.“

Den Namen des Präsidenten R. Nixon durch R. Reagan und das Jahr 1969 durch 1981 ersetzend, veröffentlichte die Londoner „Financial Times“ im November diese 12 Jahre alte Einschätzung, um zu zeigen, daß die „gutmütige Verächtlichkeit“ der USA gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der Bündnispartner nicht erst gestern entstand. Die Entwicklung auf den internationalen Devisenmärkten erinnerte im vorigen Jahr tatsächlich an die Situation von Ende der 60er Jahre. Mit einem wichtigen Unterschied: An Stelle der „gutmütigen Verächtlichkeit“ Washingtons ist, wie der britische Ex-Finanzminister Lord Roll sagte, eine „böswillige Verächtlichkeit“ nach der zynischen Formel getreten: „Der Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem.“

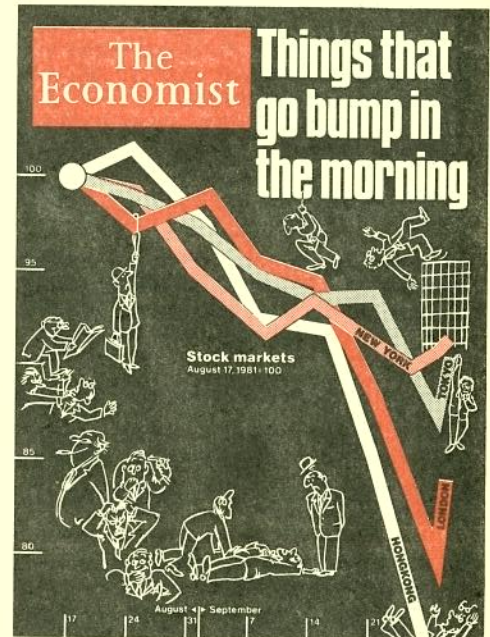
Das Reagan-Team hatte bei den Wahlen versprochen, den Dollar zu festigen, weigerte sich jedoch, seinen Kurs gegenüber den anderen westlichen Währungen zu stützen: Dafür würden die „Marktkräfte“ schon sorgen. Die Berufung auf den Markt täuschte niemanden, da das FRS die Zinsen auf hohem Stand hielt. Gerade das verursachte die „Flucht in den Dollar“ und von den europäischen Währungen weg und schraubte seinen Wechselkurs hoch. Nach Meinung von Devisenexperten der Chase Manhattan Bank war der Dollarkurs im Sommer 1981 „mindestens um 20% überhöht“.

Die Situation war paradox: Gemäß den Hauptkennzeichen, die den Marktkurs des Dollars sonst bestimmen, hätte er sinken müssen. Das Defizit des USA-Außenhandels nahm fortwährend zu und betrug am Jahresende über 38 Md. Dollar; das Inflationsstempo war in den USA höher als in der BRD; die innere Investitionskonjunktur blieb im Laufe des Jahres recht flau; die Spekulationen auf dem Eurodollarmarkt schließlich erreichten die astronomische Höhe von 1,2 Billionen Dollar. Aber der Dollar fiel nicht, er stieg, und zwar als Folge des von den USA ihren Partnern und Rivalen aufgezungenen „Krieges der Diskontsätze“.

Um die Kapitalflucht nach Übersee zu stoppen und die rapide Entwertung der eigenen Währungen zu verhindern, mußten auch die westeuropäischen Regierungen die Diskontsätze heraufsetzen. Das vertiefte nur die Krise der entsprechenden Wirtschaften. Ferner mußten sie die Valutareerven anreißern, um den eigenen Währungskurs zu stützen. Zwischen 1979 und Juni 1981 verausgabten die Zentralbanken der EG-Länder, die zugleich dem Europäischen Währungssystem angehören, rd. 80 Md. Dollar dafür. Trotzdem sahen sie sich im Oktober genötigt, die Währungskurse zu korrigieren.

Die künstliche Dollarüberhöhung verteuerte außerdem den Erdölimport aus den OPEC-Ländern, bezahlt Westeuropa ihn doch in Dollars.

Nach Schätzungen von Experten der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) führten die von den USA den anderen westlichen Ländern aufgezwungenen hohen Diskontsätze und der teure Dollar dazu, daß das gesamte Bruttosozialprodukt der Industrieländer 1981 um etwa 1% zurückging. Als Folge der



„Am Morgen war die Sache hin“: So faßt der Londoner „Economist“ den Aktiensturz auf den Effektenbörsen, der am 17. August 1981 einsetzte, zusammen.

allgemeinen industriellen Rezession erreichte die gemeinsame Arbeitslosenzahl in den 24 OECD-Ländern am Jahresende über 25 Millionen und wird im neuen Jahr auf 28,5 Millionen anwachsen.

Noch teurer kam die „böswillige Verächtlichkeit“ Washingtons die Entwicklungsstaaten zu stehen. Die Außenminister der 123 Entwicklungsländer, die der „77er Gruppe“ angehören, erklärten auf einer Konferenz in New York: Die Erhöhung der Diskontsätze durch die westlichen Banken auch nur um 1% steigere ihre Außenschulden um 20 Md. Dollar. Dabei lasten diese Schulden gegenüber dem Westen ohnehin auf der Wirtschaft jener Entwicklungsländer, die kein Erdöl haben, schwer genug. Nur die Zinsen für die Schulden (1981: 400 Md. Dollar) beliefen sich für sie auf 13 Md. Weitere 44 Md. wurden als Gewinne an transnationale Konzerne ausgeschüttet. Nach Schätzungen von UNO-Experten machen diese Zahlungen gegenwärtig rd. 28% der Exportein-

gänge der Entwicklungsländer aus. Die Erhöhung der Zahlungsbilanzdefizite (insgesamt ca. 100 Md. Dollar) zwang viele Entwicklungsländer dazu, die Sozial- und Entwicklungsprogramme abzubauen.

Das Wachstumstempo ihrer Wirtschaften wurde auch durch die krisenbedingte Verminderung der Nachfrage nach Rohstoffen auf dem Weltmarkt verlangsamt. Im zweiten Halbjahr 1981 sanken die Preise bei Blei um 34%, bei Nickel um 24%, bei Zink um 20%, bei Kupfer und Aluminium um 12%. Das machte die Preisspanne zwischen den vom Westen gelieferten Fertigerzeugnissen und den Rohstoffwaren aus den Entwicklungsstaaten noch größer.

All das stoppte das Wachstum der Pro-Kopf-Realeinkünfte in allen Entwicklungsstaaten und bewirkte in drei von vier am wenigsten entwickelten einen Rückgang des Bruttosozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung. Dazu UNCTAD-Experten: „Das niedrige Wachstumstempo in diesen Ländern, das den lebenswichtigen gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entspricht, ist mit durch die bestehende internationale Wirtschaftsordnung verursacht.“ Ihre Aufrechterhaltung bedeutet eine noch tiefere Kluft zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der jungen Staaten und dem der Industriestaaten des Westens; der Lebensstandard der Bevölkerung ist im Westen gegenwärtig 9mal so hoch wie in den Entwicklungsstaaten. Die Experten ziehen den Schluß: „Die vorrangige Aufgabe, in den Entwicklungsländern den Lebensstandard zu heben und ihn an das Niveau der entwickelten Staaten heranzuführen, wird ins nächste Jahrhundert verlegt.“

Präzisiert sei, daß die Lösung dieses globalen Problems nicht von allein aufgeschoben wird, sondern wegen der unverhohlenen Sabotage der imperialistischen Mächte. Die USA, die BRD und Großbritannien vereitelten globale Verhandlungen über Fragen des Welthandels und der internationalen Entwicklung im UNO-Rahmen, die im Januar 1981 hätten beginnen sollen. Die neue US-Administration verlangte, die schon vereinbarte internationale Seerechtskonvention zu überprüfen. Washington setzte den IWF und die IBRD unter Druck, damit sie die den jungen Staaten zu Entwicklungszwecken gewährten Anleihen und Kredite an noch härtere Bedingungen knüpfen: Diese Staaten sollten auch künftig von den Finanzhais der Wall Street abhängen.

Die USA heizen die Spannungen an den „heißen Punkten“ der Erde an und zwingen den Entwicklungsländern die Aufrüstung auf, die ihre Ressourcen von den Entwicklungszielen ablenkt (die alljährlichen Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer betragen über 70 Md. Dollar). Mehr noch, die von der neuen US-Administration ausgearbeitete Entwicklungskonzeption für die Länder der dritten Welt knüpft die USA-Hilfe für sie an Lieferungen strategischer Rohstoffe für den Militär-

Industrie-Komplex und an die Bereitschaft der Entwicklungsländer, den westlichen Monopolen freien Zugang zu den eigenen Rohstoffreichtümern zu geben.

Im Würgegriff

„Unseres Erachtens ist die Rückkehr zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik im eigenen Lande einer der wichtigsten Beiträge, den die USA leisten können, um Wachstum und Entwicklung im Ausland zu fördern“, erklärte Präsident Reagan am 22. Oktober beim Cancuner Nord-Süd-Dialog.

Eine vernünftige Politik? Die hat der Weltkapitalismus jetzt bitter nötig. Sein „Unbildenindex“, den die Londoner Wochenschrift „Economist“ als Gesamterhöhung von Arbeitslosigkeit und Inflation berechnet, stieg seit 1973 von 8 auf 20%. Eine vernünftige Politik ist um so notwendiger, als die wirtschaftliche und soziale Situation im staatsmonopolistischen Kapitalismus weit mehr von der Innen- und Außenpolitik einer Regierung abhängt als von der „Magie des Marktes“, wie sehr die Neokonservativen in den Machtkorridoren des Westens darauf auch bauen.

So oder so werden gegenwärtig in Großbritannien, in der BRD, in Frankreich und Italien ca. 45%, in Kanada 40%, in den USA 36% und in Japan 30% des Bruttoproduktes vom Staat umverteilt. Die Erfahrungen früherer Jahre und die von 1981 zeigen: Die Währungs- und Kreditpolitik der Regierungen der führenden Mächte beeinflußt die Konjunktur nicht nur in ihren eigenen Ländern, sondern auch in der kapitalistischen Weltwirtschaft. So löste der „Würgegriff des teuren Geldes“ in den USA („Economist“) im September eine solche Panik auf den Effektenbörsen von New York bis Tokio aus, daß die Industriellen ernsthaft ein „nie dagewesenes wirtschaftliches Debakel“ befürchteten.

Selbstverständlich wird die Politik des „teuren Geldes“, der „strengen Budgeteinsparung“ und der Steuerermäßigungen für die Geldsäcke unter dem Vorwand betrieben, die Inflation unterbinden und die Wirtschaft sanieren zu müssen, und das Werrüsten sei ja nur eine Antwort auf die „sowjetische Bedrohung“. Aber „die meisten Amerikaner (und alle diejenigen, die über gewisse Erfahrungen in staatlichen Angelegenheiten verfügen) wissen sehr wohl“, schreibt der bekannte Wirtschaftswissenschaftler John Galbraith, „daß die Worte von der ‚Notwendigkeit, der Produktion zu helfen‘, in unserem Idiom nur bedeuten, daß jemand alles unternimmt, um sich ein Vermögen zusammenzuraffen“.

In der Tat: Können denn die Amerikaner die Worte Präsident Reagans ernst nehmen, er werde „nicht ruhen, bis alle Männer und Frauen, die arbeiten wollen, Arbeit bekommen“, wenn er im gleichen Atemzug

den Gewerkschaftern einredet, der einzige Weg zu diesem Ziel sei Erhöhung der Militärausgaben? Das eine schließt das andere aus. Nach Berechnungen von US-Experten für Beschäftigungsfragen wird der aufgebaute Militäretat des Landes allein im Finanzjahr 1981/82 den Verlust von 1,3 Mio. Arbeitsplätzen und eine neue Inflationswoge nach sich ziehen: Das durch die militäristischen Ausgaben hervorgerufene Defizit des Bundeshaushalts von mehr als 100 Md. Dollar (und nicht von 42 Md., wie die „Reaganisten“ versicherten) wird die ohnehin immense Staatsschuld (1981: eine Billion Dollar) noch erhöhen.

An einer solchen „vernünftigen Politik“ werden sich nicht nur die Aktionäre von Rüstungskonzernen gesundstoßen. Nicht wenig wird auch für die Besitzer fetter Bankkonten abfallen, die sich an den staatlichen Anleihen bereichern: Das US-Schatzamt wird ihnen in Form von Zinsen über 100 Md. Dollar auszahlen. Auch die Financiers werden dank den überhöhten Leihätzen auf ihre Kosten kommen. Desgleichen die Monopolherren, die keine Investitionen in die Erweiterung der eigenen Produktion vorzunehmen wünschen, dafür aber zu hohen Zinsen Dutzende Milliarden borgen, um andere Firmen zu verschlingen.

In der neuen Woge von Fusionen im heutigen USA-Business sind auch die Stärksten ihres Weiterbestehens nicht sicher. Die gigantische U.S. Steel kauft für 6,4 Md. Dollar den Konzern Marathon Oil, das Chemiemonopol du Pont erwirbt für 7,5 Md. die Erdölgesellschaft Conoco, der Handelskonzern Phibro schluckte die größte Investitionsbank der Wall Street Solomon Broth. usw. Allein im ersten Halbjahr wurden für solche Fusionen 35,7 Md. Dollar verausgabt — gerade soviel wie die „Einsparung“ des Bundeshaushalts an den Sozialprogrammen ausmacht.

Die Gigantomanie der amerikanischen Finanz- und Industrioligarchie ist nicht nur die ewige Profitgier der Bourgeoisie, der die Macht nun alle Hindernisse aus dem Weg geräumt hat. Sie ist eine neue Erscheinungsform der Fäulnis und des Parasitismus, worauf Lenin schon zu Beginn unseres Jahrhunderts hinwies: „Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht‘ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‚Genies‘ der Finanzmachenschaften zufallen.“ Solche „Genies“ sitzen heute in den Wolkenkratzen der Wall Street und in den Ministersesseln in Washington. Ihre „vernünftige Politik“ besteht darin, mehr Raketen als Werkzeugmaschinen zu produzieren, Millionen Menschen auf die Straße zu setzen und die sich entwickelnden Völker durch Wucheranleihen zu knechten. Die volksfeindliche Politik einer Handvoll Milliardäre hält die kapitalistische Weltwirtschaft im Würgegriff.

JENSEITS DER HAVANNA-BAI

Wladimir WERNIKOW

Seit Januar 1959 fällt der Beginn jedes neuen Jahres hier mit dem Fest des Sieges über die Tyrannei, der Entstehung des neuen Staates zusammen. Damals schlug die Aufstandsmiliz Fidel Castros nach langjährigem Kampf in der Sierra Maestra die Truppen des verrotten Regimes und zog in die Hauptstadt ein. Das Volk jubelte: Nach der langen Nacht der Unterdrückung und Rechtlosigkeit brach die Morgenröte der Freiheit an.

Doch war das erst der Anfang des Weges zur vollen Unabhängigkeit. Viel mußte noch getan werden, damit das Land wirklich selbständig wurde. An dieser entscheidenden Wende seiner Geschichte empfand Kuba die ganze Kraft der Solidarität und des sozialistischen Internationalismus: Die uneigennützigste Hilfe der UdSSR und der anderen Bruderländer half ihm, durchzuhalten, Schwierigkeiten zu überwinden und erfolgreich mit dem Bau der materiell-technischen Basis des Sozialismus zu beginnen.

In diesen Notizen möchte ich über Bezirke Kubas erzählen, die nicht oft ins Blickfeld von Journalisten geraten. Auch dort sieht man, was die Volksmacht unternimmt, um Kuba umzugestalten und zugleich seine Schönheit, seine Traditionen und seine Kultur zu erhalten.

Arbeiterbrüderschaft

Der Motor tuckerte, stieß eine kleine blaue Rauchwolke aus, und schon lagen die Molen Havannas, der berühmte Malecón-Kai und das graue Zollamt mit seinen hohen Marmorsäulen hinter uns. Langsam nur bahnten wir uns den Weg zwischen zahlreichen Schiffen unter Flaggen aus aller Herren Ländern. Unser Motorboot fuhr auf seiner üblichen Route Havanna—Regla.

Regla ist eigentlich ein Bezirk Havannas, der am gegenüberliegenden Ufer der Bai liegt. Doch sagen die Einwohner von Regla niemals, daß sie aus Havanna sind, nein, sie sind eben Reglaer und stolz darauf.

Das liegt an der nicht einmal so fernen Vergangenheit des Ortes. Die Fischer, Tischler, Hafnarbeiter

und Bootsbauer, die das Gros seiner Einwohnerschaft bildeten, konnten sich niemals mit der Ungerechtigkeit des Lebens abfinden, sie waren unter den ersten auf Kuba, die ihre Arbeiterorganisationen schufen und gemeinsam gegen die Schikanen der Unternehmer auftraten. Am 1. Mai 1913 begingen sie, trotz des Verbots der Behörden, das Fest der Solidarität der Werktätigen und errichteten ihm zu Ehren einen Obelisk mitten in Regla. Da steht er auch heute und erinnert an die ruhmreichen revolutionären Traditionen. Sie leben heute überall fort: in den Straßennamen, die nach Teilnehmern der Befreiungskriege des kubanischen Volkes aus Regla heißen; in den Gedenktafeln für gefallene Mitglieder geheimer Gesellschaften, die gegen die Diktatur kämpften; im José-Martí-Obelisk, der im Mai 1902 auf einem der höchsten Hügel errichtet wurde: In Regla hielt José Martí 1879 seine erste politische Rede bald nach der Rückkehr aus dem Exil.

Die Einwohner dieser Gegend empfanden sich stets als einen Bestandteil der großen Arbeiterbrüderschaft. Als Lenin gestorben war, wurde er auf einer vieltausendköpfigen Kundgebung in Regla zum Großen Bürger der Welt verkündet. Die Anhöhe gegenüber dem José-Martí-Hügel wurde nach Lenin benannt und mit einem Olivenbaum geschmückt. Der Baum wächst da auch heute.

Beim großen Lenin, bei José Martí und Fidel Castro lernten die Arbeiter Reglas die Treue zur Sache der Revolution. Hier wurden viele von denen geboren, die an der Bewegung des 26. Juli teilnahmen, Playa Girón verteidigten und die Banditen im Escambray-Gebirge bekämpften.

Vieles hat sich in diesem Bezirk Havannas verändert. Der Hafen ist gewachsen, mit sowjetischer Hilfe wurde ein moderner Fischereihafen gebaut, die landesgrößte Erdölraffinerie, eine Kunstdüngerfabrik und das Nahrungsmittelkombinat rekonstruiert. An Stelle alter Holzhäuser stehen Neubauten mit allem Komfort, Schulen, Krankenhäuser, Kinos und Arbeiterklubs.

Die Straßen prangen im Schmuck immergrüner Sträucher und tropisch bunter Beete.

Unverändert bleibt der Geist der Kameradschaftlichkeit und Arbeiterbrüderschaft — und natürlich die aufgeschlossene, heitere Art der hiesigen Einwohner, für die es auf Kuba keinen schöneren Ort gibt als Regla.

Orchideen von Soroa

Der Leser würde diesen Namen vergeblich unter den kubanischen Städten suchen. Es handelt sich um einen reizvollen, wohnlichen Landstrich in einem malerischen Tal zwischen den Ausläufern der Sierra del Rosario (Provinz Pinar del Río).

Hier, in einer schmalen Senke, kam es 1896 zu einer der erbittertesten Schlachten der Befreiungsarmee General Antonio Maceos mit den Truppen der spanischen Eroberer. Die mit dichtem tropischem Wald bewachsenen Berge halfen den Patrioten, den Gegner trotz seiner überlegenen Kräfte zu schlagen. Aber nur wenige wußten davon vor dem Sieg der kubanischen Revolution. Weit bekannter war die Gegend für ihre Orchideen.

Es heißt, daß in Havanna einst der reiche Anwalt Camacho lebte, der mit seiner Tochter Pillila häufig Soroa besuchte. Auf ihren Reisen durch die Welt hatte sie überall Orchideen gesammelt, die sie bewunderte. Doch plötzlich erkrankte Pillila und starb. Der untröstliche Vater legte zum Andenken an die heißgeliebte Tochter auf einem Hügel von Soroa eine Orchideenpflanzung an.

Inwiefern das stimmt, weiß ich nicht. Tatsache ist auf jeden Fall, daß hier Orchideen aus China, Mexiko, Kostarika, Kanada, Kolumbien, Venezuela, Frankreich und anderen Ländern wachsen. Gegenwärtig sind es über 2500 Arten. Die Orchideen werden in der Erde und auch auf Bäumen gezüchtet, von denen sie auf ihren dünnen und festen Stengeln herabhängen.

In den Jahren der Volksmacht hat sich die Sammlung von Soroa bereichert, neue Gewächshäuser entstehen, Experimente werden angestellt. Hier wurde eine Erholungszone mit allem, was dazu gehört, geschaffen. Etwas abseits von der Pflanzung, dort, wo ein Wasserfall in die Tiefe hinabstürzt, beginnt ein Reliktenwald. Vom Gipfel Cerro Pelado, wo in der Höhe von 600 m ein Aussichtsturm steht, bietet sich ein wunderbarer Ausblick.

Hier wimmelt es ständig von Kubanern, die Ferien machen, und von Touristen aus vielen Ländern, auch

aus der UdSSR. Alles hier zieht die Menschen an: die sanfte Sonne, die linde Gebirgsluft und die einmalige Natur. Und natürlich die Orchideenpflanzung, die den Namen Baroa zu einem Begriff gemacht hat.

Das ferne Baracoa

Wie es heißt, landete Christoph Kolumbus auf Kuba erstmalig gerade bei Baracoa. Vor Freude soll er seinen Degen ins Wasser fallen gelassen haben. Man bekommt auch ein vom Meereswasser angenagtes großes Holzkreuz zu sehen, das angeblich an diesem Ort steht.

In jenen fernen Zeiten lebten in dem fruchtbaren, von drei Seiten von der unpässierbaren Sierra Maestra geschützten Tal Indianer. Sie bauten Kakao, Kaffee und Kokospalmen an. Besonders gut gedeihten hier die Kakaobäume. Zwar stammt der Kakaobaum aus Mexiko, aber mit der Zeit rivalisierte Baracoa mit seinen Plantagen.

Aus Mexiko stammte auch die Sage, daß einst der Gott Quetzalkoatl den Azteken den Kakao geschenkt hatte, und ihr Kaiser verfügte, bei jedem Gastmahl teure Schüsseln mit den goldbraunen Bohnen aufzutragen. Aus ihnen bereitete man auch ein etwas bitteres, tonisierendes Getränk, Kakaotal, zu. Später taten die Mönche aus dem Guana-Kloster Zucker hinein. So entstand die Schokolade. Als der Eroberer Hernán Cortés und seine Begleiter nach Mexiko kamen, bewirtete der Aztekenherrscher Montezuma sie mit diesem Getränk.

Ich hatte so viel von Baracoa gehört, daß ich endlich in dieses Städtchen an der Ozeanküste, 1200 km von Havanna entfernt, fuhr. Ich wußte, daß nach der Revolution dorthin eine gute Chaussee angelegt worden war. Doch begriff ich erst unterwegs, was das bedeutete, denn die Serpentine verlief am Rande des Abgrunds, mal steil nach oben, mal tief nach unten, ins Tal. Die Bauleute haben gute Arbeit geleistet. Selbst die meterhohen Kakteen mit purpurroten Blüten scheinen erstarrt zu sein. Links sehe ich die immergrünen Bergabhänge, rechts die Bläue des zwischen den Küstenfelsen lispelnden Meeres.

Es geht nach unten, wir nähern uns Baracoa. Das an die hufeisenartige Bucht angeschmiegte Städtchen ist von einem grünen Ring von Bäumen umgeben. Auf der Reede sind unklar Schiffe zu sehen, Bagger im Hafen beladen einen Prahm, der Eimer öffnet und schließt sich rhythmisch. Über den Etagenhäusern

ragt eine hohe Esse empor: die Schokoladenfabrik.

Zuerst fahren wir zu einer Kakao-plantage. Die nicht sehr hohen, ausladenden Bäume ziehen ein feuchtes, aber nicht sehr heißes Klima vor und mögen starke Ozeanwinde nicht. Hier geht es den Bäumchen offenbar gut: Sie sind dicht mit großen, länglichen Früchten behangen, die an festen kurzen Stielen unmittelbar an Baumstamm hängen.

Feliciano Núñez, der seit Jahren auf der Plantage arbeitet, erzählt: „Wir ernten zweimal im Jahr, von November bis Februar und von März bis Juli. In unserem Bezirk sind fast 7000 ha mit Kakao bepflanzt, viele ertragsfähige Sorten, z. B. 'Trinitario' oder 'Angoleta', sind durch Selektion gezüchtet worden.“

Zwei Arbeiter halten lange Stangen mit scharfen Messern am oberen Ende hoch über die Köpfe und schneiden die Früchte ab, bis zu 1000 an einem Tag. Dann öffnen sie die Schalen mit Macheten und entnehmen ihnen die mit einem süßlichen, dichten Seim bedeckten Bohnen. Sechs Tage lang müssen die Bohnen erst im Schatten und dann ebenso lange in der prallen Sonne liegen, bis sie glänzend und glatt wie Kieselsteine am Meeresstrand sind. Nun können sie zur Fabrik, denn die Fermentation ist beendet.

Fabrikdirektor Luis Paradela berichtet über die Produktion. Die

Schokoladenfabrik, die mit DDR-Ausrüstungen eingerichtet ist, entstand 1963 auf Initiative Ché Guevaras, er weihte sie auch ein. Früher hatte man die Kakaobohnen zur Bearbeitung nach Havanna transportiert.

Die Schokoladeproduktion ist an sich einfach. Auf riesigen Röstern erhalten die graugrünen bitteren Bohnen die gewohnte dunkelbraune Farbe. Dann werden die Kerne getrennt, vermahlen und als heiße dickflüssige Masse über Rohre in große brodelnde Kessel mit Zucker und Vanillin gepumpt. Auf dem Wege zu diesen Hochtemperaturkesseln wird der dunkelbraunen Masse teilweise das Fett für medizinische und kosmetische Zwecke abgepreßt, dann geht die Masse in die Mischanlagen. Die flüssige Schokolade ist fertig. Nachdem sie erkaltet ist, kommt sie in die Pressen.

Der Chefingenieur José Urgueye sagt: „Fast 2000 t Schokolade liefert unsere Fabrik im Jahr. Wir exportieren 360 t der äußerst wertvollen Kakaobutter.“

Die Fabrik ist von einem betäubenden, süßlichen Arom durchtränkt. Man sehnt sich nach frischer Luft, man möchte hier raus — und doch verkosten wir wenig später die uns angebotene Schokolade nicht ungern.

Hat Quetzalkoatl die Frucht nicht den Menschen zu ihrer Freude gegeben?

BIOGRAPHISCHES



UNO-GENERALSEKRETÄR

JAVIER PEREZ DE CUELLAR

lien. Danach bis 1969 Direktor der juristischen und Protokollabteilung, der Abteilung für politische und diplomatische Fragen des peruanischen Außenministeriums, Botschafter in der Schweiz und Gesandter in Österreich, Generalsekretär des AA, stellvertretender Außenminister Perus.

1969—1971 erster peruanischer Botschafter in der Sowjetunion und in Polen.

1971—1981 ständiger UNO-Vertreter Perus. Sondervertreter des UNO-Generalsekretärs auf Zypern, Botschafter in Venezuela, stellvert. UNO-Generalsekretär zu politischen Sonderfragen. Im

Mai 1981 begleitete er UNO - Generalsekretär Waldheim bei seinem UdSSR-Besuch.

Unterrichtete Völkerrecht und Geschichte der internationalen Beziehungen an der Diplomatischen Akademie und an einigen anderen Lehranstalten Perus. Verfasser verschiedener Arbeiten zum Völkerrecht und zur peruanischen Außenpolitik.

Im Dezember 1981 bestätigte die UNO-Vollversammlung die Empfehlung des Sicherheitsrats, de Cuellar für den Zeitraum vom 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1986 zum UNO-Generalsekretär zu berufen.



SAM NUJOMA: „UNSERE HALTUNG IST KONSTRUKTIV“

Der NZ-Sonderberichterstatter Boris Assojan traf sich in Luanda mit dem Präsidenten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Sam Nujoma, und bat ihn um Antwort auf einige Fragen.

Auf der afro-arabischen Solidaritätskonferenz in Luanda dementierten Sie unterschieden Meldungen der westlichen Presse, daß die SWAPO und die Frontstaaten angeblich mit den neuen Vorschlägen der „Kontaktgruppe“ zur Namibia-Regelung einverstanden wären. Gibt es vielleicht etwas Neues in der Haltung der SWAPO zur friedlichen Bereinigung dieses Problems?

Unsere Einstellung ist klar. Wir akzeptierten seinerzeit die Sicherheitsrat-Resolution Nr. 435 über Maßnahmen zur friedlichen Regelung, darunter über Waffenstillstand, Bildung von UNO-Sonderstreitkräften und Durchführung allgemeiner Wahlen in Namibia unter UNO-Kontrolle. Im Januar 1981 bestätigten wir auf der Genfer Namibia-Konferenz die Bereitschaft, mit der RSA ein Waffenstillstands-Abkommen zu unterzeichnen und uns gemeinsam mit dem UNO-Generalsekretär um die Lösung des Namibia-Problems zu bemühen. Die RSA torpediert jedoch hartnäckig die Verwirklichung dieser friedlichen Initiativen. Die Rassisten Pretorias legen der Unabhängigkeit unseres Landes immer neue Schwierigkeiten in den Weg.

Wir haben die sogenannten neuen Regelungsvorschläge des Westens sorgfältig studiert und dazu Stellung genommen. Zu einigen Punkten dieses Plans sind wir folgender Meinung: An den Wahlen zur Konstituante, die eine Verfassung des freien Namibia annehmen wird, sollen sich alle erwachsenen Namibier beteiligen können — ohne Diskriminierung oder Einschüchterung — sowie alle Parteien, unabhängig von ihrem Programm. Dabei sollen sie die Möglichkeit haben, den

Wahlkampf frei zu führen. Im unabhängigen Namibia werden alle Grundfreiheiten garantiert, darunter die Rede- und die Pressefreiheit, die freie Durchführung von Versammlungen und Bildung von Parteien und Organisationen. Jede Diskriminierung wegen der Hautfarbe wird als gesetzwidrig erklärt.

Unsere Haltung ist, kurz gesagt, konstruktiv. Sie entspricht den Interessen des gesamten namibischen Volkes. Wir sind bereit, uns zusammen mit den anderen Parteien an den Wahlen zu beteiligen, und wir sind unseres Sieges gewiß. Der Westen und die RSA bedienen sich jedoch einer Hinauszögerungstaktik, sie wollen eine gerechte Lösung des Problems womöglich aufhalten, und unsere Geduld ist bald erschöpft. Wenn die Rassisten keine friedliche Regelung haben wollen, dann werden wir den bewaffneten Kampf intensivieren und die Unabhängigkeit erringen.

Was könnten Sie zum Geständnis der RSA-Regierung sagen, daß die RSA-Truppen im November 1981 tief auf angolanisches Territorium eindrangen „mit dem Ziel, das Hauptquartier der SWAPO-Guerillas zu liquidieren“?

Dem rassistischen RSA-Regime sitzt ständig die Angst vor dem anschwellenden Kampf des namibischen Volkes im Nacken. Deshalb greift Pretoria zur Gewalt. Die rassistische Aggression gegen Angola begann schon im Juni v. J., und sie dauert an. Damals besetzten RSA-Truppen die Provinz Cunene, sie plünderten mehrere Städte und Dörfer und töteten Hunderte friedliche Einwohner. Keiner zweifelt heute daran, daß die RSA Angola destabilisieren wollte. Und mögen sich die Rassisten noch so drehen und wenden, sie werden die an-

dauernde Aggression der RSA in Angola nicht verbergen können.

Die Behauptung der rassistischen Propaganda, daß die SWAPO in Angola Krieg führe, ist ein alter Trick. Der Feind weiß nur zu gut, daß die SWAPO mit den Rassisten in Namibia kämpft. So konnten wir z. B. Mitte November 1981 einige erfolgreiche Kampfhandlungen gegen feindliche Objekte durchführen und ein Kraftwerk außer Betrieb setzen, das viele Bezirke mit Strom versorgte. Nun ist es in einem Teil Namibias dunkel, viele Gruben und Erzminen mußten die Arbeit einstellen. Die Rassisten behaupten jedoch weiter stur, daß ihre Truppen mit SWAPO-Einheiten in Angola kämpften.

Was halten Sie von der Politik der Reagan-Administration dem Süden Afrikas gegenüber?

Was Reagan im Süden Afrikas unternimmt, wundert uns nicht. Hatte er doch schon vor seiner Wahl zum Präsidenten der USA seine Afrika-Zielsetzungen dahingehend formuliert, daß er den rassistischen und reaktionären Regimes helfen will, gegen die Befreiungsbewegung zu kämpfen. Nun steuert er als Präsident diesen Kurs. Vor den Wahlen sagte er, die RSA sei ein US-Verbündeter und tut nun alles, um die Beziehungen zu Pretoria zu festigen. Vor den Wahlen sagte er auch, Savimbi müßte man helfen, weil die von ihm angeführte UNITA eine Kraft sei, auf die sich die USA verlassen könnten. Jetzt lädt er den Konterrevolutionär Savimbi nach Washington ein und versorgt ihn mit Geld und Waffen, damit er friedliche Angolaner mordet und im Lande ständige Spannungen aufrechterhält.

Derartige Aktionen des Imperialismus sind für uns keine Neuigkeit. Wir wissen, wer unser Feind ist, und werden unseren Kampf gegen die imperialistischen Kräfte nicht einstellen. Das namibische Volk wird den bewaffneten Kampf verstärken, wenn es not tut. Im Kampf um die Unabhängigkeit geht es um Leben oder Tod. Wir haben uns längst davon überzeugt, daß die Rassisten keine andere Sprache verstehen und nicht begreifen können, daß auf Gewalt mit Gewalt geantwortet wird. Die Zeit ist vorbei, da die Verbrechen der Feinde Namibias unbestraft blieben. Die Zeit arbeitet gegen Washington.

IM LAND DER INKAS

Von unserem Sonderberichterstatter
Wladimir DOLGOW

Kontrastreich und vielgesichtig ist Perus Hauptstadt Lima. Hier findet sich Altes unmittelbar neben Neuem, hypermoderne Bankgebäude, Geschäfte und Luxusvillen neben Elendsvierteln. Im historischen Stadtzentrum herrscht stets ein reges Treiben. Kleinhändler bieten ihre Waren direkt auf der Straße feil. Meist will man hier mehr verkaufen als kaufen, da die Kaufkraft wegen der galoppierenden Inflation abnimmt.

Die peruanische Presse schreibt viel von der schweren wirtschaftlichen Lage des Landes, sogar von einer Krise. In den Zeitungen werden verschiedene Rezepte für deren Überwindung geliefert. Die Zivilregierung des Präsidenten Fernando Belaunde Terry, des Führers der Partei der Volksaktion (Machtantritt: Juli 1980) meint, die Wirtschaft könne nur durch Förderung vor allem des Privatsektors und durch breiten Zugang für das Auslandskapital belebt werden. Diese Haltung liegt auch ihrer Wirtschaftspolitik zugrunde. Entsprechend dem „Regierungsplan für 1980–1985“ wurde ein Programm der nationalen Wiedergeburt aufgestellt, das, wie man in progressiven Kreisen Perus meint, auf die Beseitigung des Staatsmonopols im Außenhandel, die Senkung der Import- und Exportzölle, die Aufhebung der Preiskontrolle bei den Grundnahrungsmitteln und Bedarfsartikeln, auf die Kürzung der Staatssubventionen für deren Produktion und Absatz gerichtet ist.

Die Folgen der Politik der „offenen Tür“ ließen nicht lange auf sich warten. Auf den Straßen Limas tauchten erheblich mehr Autos ausländischer Marken auf, in den Vitrinen der Geschäfte wurde mehr Waren ausländischer Herkunft angeboten. Dafür mußten die nationalen Firmen Einbußen hinnehmen.

Die peruanische Regierung beschloß unter dem Einfluß der großen Kompradorenbourgeoisie, sich vor allem auf die USA zu orientieren. Auf US-Konzerne entfallen jetzt mehr als 65% der ausländischen Kapitalinvestitionen, vor allem in Bergbau, Automobil- und Ölindustrie.

Doch offiziellen Angaben zufolge haben die Regierungsmaßnahmen bislang nicht zur Gesundung der Wirtschaftslage des Landes geführt. Im Gegenteil verschlechtert sich die

Situation der Werktätigen durch die ständig zunehmende Teuerung immer mehr. Zwar werden hin und wieder die Mindestlöhne der Arbeiter und Angestellten erhöht, doch können sie mit der Steigerung der jetzt unkontrollierten Preise nicht mithalten. Eine halbe Million Peruaner können nach wie vor keine ständige Arbeit finden.

1981 wurde Peru von Protesten und Streiks erschüttert. Industriearbeiter, Bankangestellte und Ärzte traten in den Ausstand. Der Zeitung „Comercio“ zufolge gab es in neun Monaten 662 Streiks.

Die Behörden riefen als Antwort zu einem Dialog zwischen Arbeitern und Unternehmern, zur Zusammenarbeit aller Parteien und Gruppierungen auf, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Mitte des Jahres schlug Präsident Belaunde Terry einen „Sozialpakt“ vor. Bei einer Begegnung mit dem Staatsoberhaupt verlangten die Führer der Koalition der Einheit der Linkskräfte Perus, der auch die Peruanische Kommunistische Partei angehört, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu ändern, die nationale Souveränität zu verteidigen sowie die Verletzung der demokratischen Freiheiten zu beenden und die Entlassenen wieder einzustellen.

Man sagte mir, die Ölpolitik der Regierung beunruhige jetzt besonders die peruanische Öffentlichkeit. Im Lande gehen ja die prospektierten Öllager zu Ende. Und das „schwarze Gold“ bringt nach wie vor beachtliche Einnahmen. Jetzt hat man diesen lebenswichtigen Bereich erneut weitgehend ausländischen Konzernen überlassen.

Im Dezember 1980 wurde ein Ölgesetz angenommen, dem zufolge ausländische Konzerne an Prospektierung und Förderung neuer Ölvorkommen umfassend teilnehmen.

Im April 1981 billigte der vom Präsidenten geleitete Nationale Verteidigungsrat die Hauptrichtungen der Ölpolitik. Obgleich man dort auch auf die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Konsolidierung der Staatsgesellschaft Petroperú hinweist, werden doch ausländische Konzerne bevorzugt. Bereits heute entfällt auf die Petroperú nur ein Drittel der gesamten Ölförderung des Landes, auf die US-Konzerne Occidental Petroleum, Belco Petroleum und die argentinische Bidas y Pérez

aber die übrigen zwei Drittel. Im gleichen Monat wurde ein Kontrakt mit der amerikanischen Superior Oil geschlossen, der ausgedehnte und offenbar sehr aussichtsreiche Ölförderregionen an der Grenze zu Ecuador überlassen werden.

Die Zeitung der peruanischen Kommunisten, „Unidad“, veröffentlichte ein Interview mit dem namhaften peruanischen Schriftsteller Ezequiel Ramírez Novoa, der erklärte, das Ölgesetz sei eine Kapitulation und füge der nationalen Würde tiefe Wunden bei, da das peruanische Öl den transnationalen Gesellschaften überlassen wurde. Der Staat werde dadurch nicht geringe finanzielle Einbußen erleiden. Ramírez' Prognosen zufolge werden Peru in den kommenden 20 Jahren über 6 Md. Dollar entgehen. Unzufriedenheit war auch in militärischen Kreisen zu beobachten, besonders wegen des Kontrakts mit der Superior Oil. Insgesamt ist die peruanische demokratische Öffentlichkeit darüber besorgt, daß bei der Jagd nach einem momentanen kommerziellen Vorteil letztlich die nationale Souveränität geopfert würde.

Peru ist ein Pazifikland. Über 2500 km zieht sich sein ebener bis zu 150 km breiter Küstenstreifen hin. Trotz der Nähe des Ozeans dominiert hier die Wüste, und die Oberfläche erinnert an eine Mondlandschaft. Wir fuhren aus Lima nach Süden in Richtung der Stadt Nazca auf einer kürzlich fertiggestellten breiten Landstraße, die sich mal durch die Hügellandschaft in Serpentina windet und dann wieder zu einem geraden Band wird. Bisweilen scheint es, als funkelten vor uns Seen oder große Teiche — doch das ist eine Täuschung. Überall ist grauer Sand und steiniger Boden.

Und trotzdem fahren wir von Zeit zu Zeit durch Ortschaften, die ganz in Grün eingebettet sind. Peruanische Bauern haben diese Oasen der Wüste durch Bewässerung abgerungen. Jetzt werden hier Baumwolle und Zuckerrohr, Reis und sogar Weintrauben angebaut.

Das Ica-Tal, durch das wir fahren, ist für seine Weine berühmt. In der gleichnamigen Departementshauptstadt werden seit langem die traditionellen Winzerfeste veranstaltet.

Die Bewässerung im Departement Ica erfolgt nach einem bereits 1964 erarbeiteten Plan. Seine vollständige Realisierung wird es ermöglichen, 8600 Hektar Kulturland zu gewinnen. Doch das ist ein finanzielles Problem. Die letzte Phase des Plans verlangt der „Comercio“ zufolge weitere 10 Md. Sol (ca. 490 Sol gleich 1 US-Dollar). Der peruanische Senat nannte die Schaffung eines Bewässerungssystems in Ica unter den 12 vordringlichsten nationalen Objekten.

Als größtes von ihnen aber gilt der erste Abschnitt des Bewässerungskomplexes „Olmos“ im Departement

Lambayeque, in Nordperu. Das Projekt stammt von sowjetischen Fachleuten. Zu den Hauptobjekten des Komplexes gehören drei Wasserkomplexe mit Staudämmen, zwei Wasserkraftwerke sowie ein verzweigtes Kanalsystem zur Bewässerung von 80 000 Hektar. Da es in der Region keine bedeutenden natürlichen Wasserquellen gibt, ist vorgesehen, das lebenspendende Naß von der gegenüberliegenden Seite der Ostabhänge der Anden heranzuführen. Hierfür muß ein 20 km langer Tunnel durch dicke Gesteinschichten gebohrt werden. Die Unkosten für den Komplex werden sich allmählich amortisieren, da die



Das große Winzerfest in Ica.

Foto: A. Karmen

bewässerten Gebiete reiche Ernten von Mais, Reis, Zuckerrohr, Gemüse und Früchten bringen sowie die Industriezentren und ländlichen Regionen Nordperus ausreichend mit Strom versorgen werden. Zudem werden Tausende Peruaner Arbeit erhalten.

Doch kehren wir nach Ica zurück. Nach dem Agrargesetz, das die Militärregierung 1969 angenommen hatte, wurde der Boden in Staatseigentum überführt, erhielten die Bauern dieses Departements ebenso wie die der anderen Regionen ca. 95% der Kulturböden zur Nutzung. Sie konnten sich nun zu Genossenschaften zusammenschließen und produktiv auf ihren Parzellen arbeiten.

Die derzeitige Zivilregierung unter Präsident Belaunde Terry, die Kurs auf die durchgehende Förderung des privaten Unternehmertums nahm, hat das frühere Dekret faktisch außer Kraft gesetzt und es durch das „Gesetz über die landwirtschaftliche Entwicklung“ vom 17. November 1980 ersetzt. So wurde das Staatsmonopol am Boden beseitigt, der Verkauf von Grundstücken der Genossenschaften erlaubt, wurden alle Operationen zum Export und Import von Lebensmitteln und Agrarrohstoffen privaten Firmen, eigenen und ausländischen, überlassen. Ebendieses Gesetz veranlaßte ehemalige Latifundisten zu Gewaltakten, um ihre einstigen Besitzungen zurückzubekommen. Das gab es

auch im Ica-Tal. Dort hatten die Bauern das seinerzeit vernachlässigte Gut „Esmeralda“ erhalten, auf dessen Grundlage 1975 eine Produktionsgenossenschaft unter der Bezeichnung „Volk und Streitkräfte“ gebildet wurde. Durch beharrliche Arbeit gelang es den Bauern, ihre Genossenschaft hochzubringen. Sie wurde eine ertragreiche Kollektivwirtschaft. Doch im Juni v. J. tauchten die Ex-Besitzer zusammen mit 30 Kriminellen in der Genossenschaft auf und besetzten gewaltsam deren Büro. Hilfsansuchen von Genossenschaftsmitgliedern an die Regionalverwaltung der Agrarreform, ans Gericht und an die Polizei bleiben wirkungslos. Die Behörden ignorierten die Bauernproteste.

Mit der Sturheit der Behörden und der Geldgeber wurden die Bauern auch im benachbarten Nazca-Tal konfrontiert, wo die Agrarbank den Genossenschaftsbauern Kredite für die Reparatur von Landmaschinen und die Aussaat verweigerte. Einige Genossenschaften konnten deshalb nicht rechtzeitig die Baumwolle, ihre Hauptkultur, aussäen. Kurz vor dem Ruin stehend, mußten sie sogar Landmaschinen verleihen. Das berichtete Julián Mendoza, Vorsitzender der Agrarliga von Nazca, die die Bauern der Produktionsgenossenschaften vereint, vor Journalisten.

Die peruanischen Bauern verurteilen diese Agrarpolitik des derzeitigen Regimes, die darauf gerichtet ist, den ehemaligen Grundbesitzern die von der Militärregierung enteigneten Ländereien zurückzugeben.

Immer schwerer also wird die Lage der Bauern von Nazca, einer Region, die bereits seit langem die Aufmerksamkeit der Wissenschaftler, die die alte Geschichte Perus studieren, ebenso wie die der Touristen findet. Eben hier wurden auf der Oberfläche der Steinwüste oder, wie man sie in Peru nennt, der Nazca-Pampa, riesige Zeichnungen entdeckt, die an die Landebahnen eines geheimnisvollen Kosmodroms erinnern.

Wir kamen an einem schönen Sonnentag in die Nazca-Wüste. Als erstes bestiegen wir einen speziell errichteten Turm, von wo aus die Linien einer riesigen Zeichnung, an der offenbar nicht wenige Hände gearbeitet haben, deutlich zu sehen sind. Dann konnten wir von einem hohen Hügel aus die Abbildung einer Nadel mit eingezogenem Faden erkennen. Der Spaziergang über die „Nadel“ wurde recht lang.

Die hiesige Luftfahrtgesellschaft, die Aero Condor, hilft den Touristen, eine umfassende Vorstellung von dem gigantischen „Gemälde“

Nazcas zu erhalten. Jeder, der mit den kleinen Maschinen geflogen ist, erhält zum Andenken ein Diplom. Wir wurden in einem Viersitzer von José Márquez Guevara, einem sympathischen, etwa 35 Jahre alten Piloten, geflogen. Er bemühte sich, uns so gut wie möglich aus einer Höhe von 100 Metern von verschiedenen Perspektiven aus, die in den Wüstenboden eingeschnittenen Linien und Zeichnungen zu zeigen. In verschiedene Richtungen verlaufen direkte Linien; deutliche Darstellungen einer Eidechse und eines Fisches sind zu sehen. Am Fuße eines Steinhügels findet sich eine Figur, die an einen Kosmonauten erinnert. Warum brauchten die alten Peruaner all diese Zeichnungen und sorgfältig eingetragenen Linien? Über diese und andere Fragen zerbrechen sich viele Historiker, Archäologen und andere Wissenschaftler den Kopf — unter ihnen Maria Reiche, die wir in der Kleinstadt Nazca besuchten.

Dem Studium der Pampa-Wunder hat Maria Reiche über die Hälfte ihres Lebens gewidmet, weshalb sie oft „Gefangene der Wüste“ genannt wird. Sie lebt jetzt in einem hiesigen Touristenhotel, wo man ihr kostenlos ein Zimmer überlassen hat. Ihren beharrlichen Anstrengungen ist es zu verdanken, daß die Nazca-Wüste zur archäologischen Schutzzone erklärt wurde. Auch jetzt bricht Maria Reiche trotz ihres vorgeschrittenen Alters tagtäglich bei Morgengrauen in die Pampa auf, wo sie ihre Forschungen fortsetzt. Dann arbeitet sie zu Hause an den gewonnenen Ergebnissen und führt sorgfältige Berechnungen durch.

Gegenwärtig hat man die Nazca-Pampa bereits recht gründlich untersucht. Hier wurden 13 000 Linien, 100 „Spiralen“ sowie 788 gegenständliche Figuren entdeckt und fotografisch, auch zeichnerisch, festgehalten. All das erfahren wir von Maria Reiche. Nach ihrer Meinung ist die Wüste das größte astronomische Buch der Erde, ein riesiger Kalender, der es den Ureinwohnern dieser Region ermöglichte, sich zeitlich und räumlich zu orientieren. Ihre Weltsicht fand Ausdruck nicht in Form von Tempeln oder Pyramiden wie in anderen Ländern, sondern wurde auf der flachen Oberfläche als Linien und Zeichnungen fixiert. Doch gibt es auch andere Meinungen.

Beim Verlassen dieser abgelegenen rauen Region denken wir mit Hochachtung an jene, die durch ihre tägliche Arbeit, durch größte Anstrengungen die Steinwüste allmählich in fruchtbares Ackerland verwandeln und versuchen, die Geheimnisse einer alten Zivilisation zu klären.

Von dem Willen und den Anstrengungen des werktätigen Volkes zur Verteidigung seiner Rechte, zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Festigung der Unabhängigkeit des Landes hängt das Schicksal Perus, seine Zukunft ab.

Lima—Moskau

Vielleicht beschimpft Ihre Presse Japan doch umsonst wegen seiner Militarisation, während die Amerikaner ständig ihrer Unzufriedenheit über die mangelnden militärischen Anstrengungen der japanischen Regierung Ausdruck geben! Wirklich hat doch Japan keine Armee und die Bezeichnung „Selbstverteidigungskräfte“ zeugt deutlich von deren Auftrag.

W. BAKER
Sydney, Australien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Leonid
MLETSCHIN

Zunächst, verehrter Mr. Baker, möchte ich bemerken, daß unsere Massenmedien weder Japan noch seine Regierung beschimpfen. Das liegt nicht in den Traditionen der sowjetischen Journalistik. Tokio muß sich allerdings tatsächlich manchmal ziemlich heftige Äußerungen anhören, die an Erpressung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes grenzen, wie japanische Zeitungen bedauernd feststellen. Diese Angriffe kommen jedoch aus Washington.

Ich kann mich auch ganz und gar nicht damit einverstanden zeigen, daß Japan „keine Armee“ habe. Die wohl-lautende Wortschöpfung, vor 30 Jahren erdacht, um die grobe Verletzung der Nachkriegsverfassung zu rechtfertigen, deren Artikel 9 Japan Streitkräfte verbietet, führt nun schon kaum jemanden mehr in die Irre. Die „Selbstverteidigungskräfte“ sind heute, wie westliche Militärexperten schreiben, eine der stärksten Armeen der kapitalistischen Welt. Die Streitkräfte Japans sind gut ausgebildet, haben moderne Waffen und stehen in dieser Hinsicht nicht hinter den Armeen der NATO-Länder zurück.

Praktisch werden alle Waffen von japanischen Betrieben hergestellt. Deren Erzeugnisse stechen vielen Leuten im Ausland ins Auge. China z. B. hat seit langem eine Liste gewünschter Waffen vorgelegt (bislang kann sich Tokio nicht entscheiden, dessen Ansuchen zu befriedigen). Selbst die USA haben Japan gebeten, dem Pentagon moderne Militärtechnologie zu überlassen (es geht um Laserwaffen, Optik und Elektronik), und auch beim Bau von Zerstörern und Jägern für die US-Armee zu helfen.

Das Pentagon dürfte wohl erhalten, „NEUE ZEIT“ 1-82

was es will. In Tokio hofft man, dieses Geschäft mit den USA werde den Weg zum Massenexport von Waffen ebnen, der von der nationalen Gesetzgebung verboten ist. Dort hat man bereits „vergessen“, daß der damalige Ministerpräsident Miki 1976 feierlich den Verzicht auf Waffenverkauf an jegliches Land als „politisches Prinzip der Regierung“ verkündete. 1981 verabschiedete das Parlament die Resolution „Über das Verbot des Waffenexports“. Dennoch will man die Resolution und das „Prinzip“ verletzen.

Auch hinsichtlich des Versprechens der japanischen Regierung, die Militärausgaben auf einem Prozent des Bruttosozialprodukts zu halten, sollte man sich keinen Illusionen hingeben. Das ist nur der Versuch, die Öffentlichkeit zu beruhigen. Die Militärausgaben Japans stiegen durchschnittlich um 8% pro Jahr und haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten auf das 13fache erhöht. Dieses Tempo kann Washington bei seinen westeuropäischen Verbündeten nicht durchsetzen. Im Finanzjahr 1981 erhielt das nationale Verteidigungsamt über 2,4 Billionen Yen (mehr als 10 Md. Dollar). 1982 sollen 2,583 Billionen Yen bereitgestellt werden.

Reden wir nun vom „Verteidigungscharakter“ der japanischen Truppen. Militärexperten wissen, daß es nicht einfach ist, eine Grenze zwischen modernen Verteidigungs- und Angriffswaffen zu ziehen. Braucht man etwa Luftlandeeinheiten, weitreichende Jagdbomber, Zerstörer und Hubschrauberträger unbedingt zur Verteidigung? Während der immer häufiger auf den japanischen Inseln stattfindenden Manöver aber werden gerade Angriffsoperationen geprobt. Die Führung der „Selbstverteidigungskräfte“ hält enge Kontakte zur NATO. Im Gespräch ist eine eventuelle Unifizierung der Waffen (das ist nur für den Fall nötig, wenn beide Seiten sich auf gemeinsame Kampfhandlungen vorbereiten).

Keineswegs eine Verteidigungsfunktion hat auch die Strategie der japanischen Armee. Tokio hat die Einflusssphäre der „Selbstverteidigungskräfte“ weit über die japanischen Inseln hinaus ausgedehnt und Seewege im Radius von 1000 Meilen „unter Kontrolle“ genommen. Was wollen denn die japanischen Militärs so weit von ihren hei-

matlichen Küsten entfernt verteidigen?

Man kann ohne Übertreibung von einem japanischen Militarismus sprechen, Mr. Baker, der von Revanchismus und Nationalismus genährt wird. Ich sah in Tokios Straßen Lautsprecherwagen, von denen aus Burschen extremrechter Gruppen dazu aufrufen, mit Gewalt die sogenannten Nordgebiete zurückzuerobern und sich an der UdSSR „zu rächen“. Als ein schlimmer Zufall erschien mir am gleichen Tag die Fernsehansprache eines Generals, der die Zuschauer mit der „sowjetischen Bedrohung“ einschüchterte, und auch das Abspielen von Dokumentarfilmen über die Aufstellung einer Panzerdivision auf Hokkaido, nahe der sowjetischen Grenze. Japanische Journalisten erfuhren von unter Offizieren der „Selbstverteidigungskräfte“ bestehenden Geheimgesellschaften, die das Ziel haben, das Kaiserreich Japan wiederherzustellen, die Verfassung abzuschaffen und natürlich die Armee zu stärken.

Das alles ist alarmierend. Japans Militarisation löst vor allem Befürchtungen bei seinen Nachbarn, den Ländern Südostasiens aus. Aus deren Hauptstädten kommen ständige Appelle an Tokio, sich der Kriegsvorbereitungen zu enthalten. Offenbar aber drucken die Zeitungen, die Sie lesen, diese Meldungen in kleinen Lettern, den Ärger Washingtons über das „zu kleine“ Militärbudget Tokios dagegen fett. Manchmal erscheint die Unzufriedenheit aufgesetzt, denn im Pentagon kennt man den wahren Wert der „Selbstverteidigungskräfte“. Manchmal ist der Ärger auch echt: Die Washingtoner Falken erträumen sich Japan als braven Gendarmen und „unversenkbaren Flugzeugträger“ der USA.

Die Vereinigten Staaten denken gar nicht an eine Gesundung des politischen Klimas in der Region, wollen sie mit Waffen vollstopfen und drängen Tokio zur Militarisation.

Aber Sie werden mir zugeben, daß es im Kernwaffenzeitalter keine unversenkbaren Flugzeugträger gibt. Bedeutend zur Sicherheit Japans würde die Annahme des Vorschlags Moskaus beitragen, die Vertrauensmaßnahmen auf den Fernen Osten auszudehnen und eine regionale Entspannung einzuleiten.

Die Sowjetunion geht davon aus, daß der Weg zur Sicherheit nicht über Rüstung, sondern über Entspannung führt. Deshalb verfolgen wir mit Besorgnis und Bedauern die Aufrüstung Japans, das einst geschworen hatte, nie wieder zum Schwert zu greifen. Schließlich ist es unser engster Nachbar und wir wollen nur gutnachbarliche Beziehungen zu ihm.

Lieder „rechter Fanatiker“

Selbst titulieren sie sich „Fanatiker vom rechten Flügel“, offiziell heißt ihre Organisation „Junge Amerikaner für Freiheit“. An ihren Kongreß in Boston (USA) sandte Ronald Reagan selbst einen Gruß auf Videokassette. „Die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Sozialismus bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben“, verkündete der Präsident vom Bildschirm. Die begeisterten Delegierten sangen zusammen mit den Gästen — unter ihnen Innenminister James Watt und Arbeitsminister Ray Donovan — Lieder aus dem Gesangbuch der „rechten Fanatiker“: „Bedeckt die Flur mit Kommunistenleichen, jetzt ist's die Zeit, gnadenlos zu sein“ oder „Gott segne die freie Marktwirtschaft“.

Idol wider Willen



Der Engländer Harry Base wurde unerwartet „Radiostar“. Durch ein technisches Versehen erhielt sein Telefon plötzlich Anschluß ans Radionetz, und sein Gespräch mit seinem Sohn ertönte gleichzeitig mit einer populären Musik- und Sport-Sendung aus dem Lautsprecher. Eine ganze Stunde lang unterhielt Base, ohne es zu wissen, etwa 250 000 Hörer. Der Erfolg war überragend: Ein neuseeländischer Sender bemühte sich um das Senderecht für Auszüge aus dem

„Gespräch mit dem Sohn“. BBC lud Base ein, an einer Sendung teilzunehmen.

Wie Gott arbeitslos wurde



Der Amerikaner Terrill Clark Williams aus Fresno, Kalifornien (USA), bekam seinen allzu gewöhnlichen Familiennamen satt und beschloß, ihn zu ändern — in „God“ („Gott“). Ein Gericht entsprach seinem Antrag. Williams sagte: „Durch die Namensänderung bestätige ich die Kraft des Allmächtigen“. Jedoch gefiel das Vorhaben seinen Chefs nicht, und sie entließen ihn. So wurde Gott arbeitslos.

Emanzipation progressiert

Endlich können die Schottinnen erleichtert aufatmen. Nach Meldung der portugiesischen Zeitung „Diário de Noticias“ debattiert das englische Parlament ein Gesetz, das ihnen das Fensterputzen erlaubt. Früher gab es in Schottland ein Gesetz, das Frauen verbot, sich auf den Fensterbänken höherer Stockwerke zu zeigen. Jetzt muß das Oberhaus diese Diskriminierung beseitigen und mehrere andere Gesetze annullieren, die „die Rechte der Schottinnen beeinträchtigen“. Dazu gehört das Verbot,

Tabakwaren vor fünf Uhr morgens zu kaufen.

Wissenslücke

Die ohrenbetäubende Explosion, die sogar außerhalb der US-Stadt Midland in Texas zu hören war, rührte einzig und allein von dem mißglückten Versuch her, das Restaurant „Wiener Schnitzel“ zu berauben. Die erfolglosen Diebe hatten von Explosionstechnik keine Ahnung. Um den Safe zu knacken, zündeten sie das Zehnfache der gewöhnlich benötigten Menge Dynamit. Das Resultat war für die Räuber derart unerwartet, daß sie vor Schreck davonrannten.

Teurer Kuß

900 australische Dollar Strafe und Führerscheinentzug für anderthalb Jahre kostete den Australier M. Stanton sein Heißblut. Der junge Mann küßte seine Beifahrerin just in dem Augenblick, als sein Auto eine Ampel auf einer Hauptverkehrsstraße Sydneys bei Rot überfuhr. Das Auto hielt erst mitten auf der Kreuzung und gefährdete so die Verkehrsteilnehmer.

Rekorde, Rekorde...



Victor Lownes, der frühere Europachef des „Playboy“-Konzerns, will seine Finanzlage verbessern. Für 5800 Pfd. Sterling pro Woche vermietet er seine Villa in England. Bedeutendste Sehenswürdigkeit des Hauses, schreibt

die „Süddeutsche Zeitung“, ist eine Riesenwanne. Als der Hausbesitzer noch bessere Zeiten sah, badeten in ihr 50 Damen gleichzeitig, wobei sie für den „Playboy“ posierten.

Gnadenerweis...



Das Urteil für einen thailändischen Hotelbesitzer wurde laut Mitteilung der dortigen Nachrichtenagentur gemildert. Dieser Herr wurde für schuldig befunden, 277 021 Baht (ca. 12 000 Dollar) gestohlen zu haben. Jedoch gab er für die Untersuchung sehr nützliche Informationen, so daß das Strafmaß für ihn von 865 auf 576 Jahre Haft herabgesetzt werden konnte.

Millionärsparlament

Das Gebäude des israelischen Parlaments, die Knesset, wurde seinen Bewohnern zu eng. Zwar gibt es nicht mehr Parlamentarier, dafür stieg jedoch die Zahl der Mitglieder von allen möglichen Kommissionen, so daß jeder vierte Abgeordnete sein Arbeitszimmer räumen mußte. Da das derzeitige Gebäude vor 15 Jahren von der Multimillionärsfamilie Rothschild an Israel geschenkt wurde, müsse sie auch jetzt zahlen, meinte man in Tel Aviv. Also wandte sich Knesset-Sprecher M. Savidor offiziell an sie mit der Bitte, ein neues Gebäude zu errichten.

Zeichnungen: V. Rosanzew

NEUE ZEIT

НА НЕМЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

Вместе с нами

DEKLARATION

der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung

(Paris, 15.—17. Dezember 1981)

Wir Teilnehmer der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung sind in einer unruhigen Zeit zusammengekommen, da sich die internationale Konfrontation, die die reale Gefahr eines globalen Militärkonfliktes in sich birgt, verstärkt. Nicht über alle Fragen sind wir uns einig, nicht in allem stimmen unsere Anschauungen überein. Doch sind wir alle überzeugt, daß es notwendig ist, gemeinsam für das gemeinsame Ziel zu kämpfen: für die **Aufrechterhaltung des Weltfriedens**.

Der wachsenden Rolle und Verantwortung der Gewerkschaften in der heutigen Welt bewußt, haben wir einige gemeinsame Standpunkte über die Wege zur Erreichung dieses Zieles vereinbart.

Wir rufen die Gewerkschaften auf, für die Einstellung des gefährlichen und sinnlosen Wettrüstens, das enorme Mittel in allen Ländern verschlingt, sowie dafür zu kämpfen, daß diese Mittel friedlichen konstruktiven Zielen zugeführt werden, um das Wohlergehen der Arbeitenden, die Interessen aller Werktätigen, aller Völker zu gewährleisten.

Die Konferenz ist davon überzeugt, daß der Kampf für die Abrüstung die Hauptaufgabe unserer Zeit ist.

Der Frieden ist gemeinsames Gut aller Werktätigen und Völker, denn ihre Lebensinteressen, ihre Rechte und Freiheiten können nur in Frieden am vollständigsten gesichert werden. Heute ist die Menschheit mit einer nie dagewesenen Gefahr, der Gefahr einer nuklearen Katastrophe, konfrontiert. Deshalb muß der Kampf der Werktätigen und aller Bevölkerungsschichten für den Frieden als vorrangige Aufgabe betrachtet werden.

Die Konferenz äußert ihre Besorgnis über die zunehmenden Spannungen in der Welt von heute und über die Verlangsamung des Entspannungsprozesses, dieser wichtigen Voraussetzung eines stabilen Friedens.

Das andauernde Wettrüsten, vor allem das nukleare, macht aus unserem Planeten immer mehr ein gigantisches Waffenarsenal von ungeheurer Zerstörungskraft. Dieses Arsenal ist heute groß genug, um alles Lebendige auf Erden mehrfach zu vernichten. Noch mehr gewachsen ist diese Gefahr nach dem Beschluß, Kernraketen in Westeuropa zu stationieren und Neutronenwaffen zu produzieren. Aber die Waffenhortung hat Frieden und Sicherheit nicht gefestigt. Die wachsende Gefahr einer weltweiten nuklearen Katastrophe ist das Ergebnis. Gegenwärtig liegt es auf der Hand,

daß Militärmacht nicht mit Sicherheit identisch und der Frieden nicht durch Wettrüsten zu erzielen ist.

Ganz gleich, ob es sich um konventionelle oder nukleare Waffen handelt, ist das Wettrüsten nur dazu angetan, die Sicherheit zu schwächen und die Gefahr eines neuen Krieges zu verstärken. Das Wettrüsten birgt nicht nur eine potentielle Katastrophe in sich. Schon heute, zu Friedenszeiten, wirkt es sich negativ auf die verschiedensten Lebensbereiche der Gesellschaft aus. Besonders schlimm beeinträchtigt das Wettrüsten die sozialökonomischen Interessen der Werktätigen, d. h. jenen Bereich, in dem die Gewerkschaften in erster Linie zu wirken berufen sind. Die Konferenzteilnehmer erklären, daß der Schutz der Lebensinteressen der Werktätigen heute so eng wie noch nie mit dem Kampf gegen das Wettrüsten zusammenhängt.

Das Wettrüsten verschlingt immense materielle, Finanz- und Menschenreserven. Sie werden für Zwecke vergeudet, die mit den wahren Bedürfnissen der Werktätigen und Völker, mit dem sozialökonomischen Fortschritt unvereinbar sind. Die Militärausgaben der Welt betragen über 500 Md. Dollar; 60 Millionen Personen arbeiten so oder so für die militärische Maschinerie. Eine solche in ihrer Ausrichtung sinnlose und in ihren Dimensionen beispiellose Vergeudung geschieht in einer Welt, in der jeder dritte Mensch auch nicht die elementarste medizinische Betreuung hat, jeder fünfte lese- und schreibunkundig, jeder sechste unterernährt ist, in der jährlich 50 Millionen Personen verhungern und weitere Millionen unter Arbeitslosigkeit und Inflation leiden.

Das Wettrüsten, eine schwere Bürde für die Werktätigen, dient den transnationalen Konzernen als Quelle der Superbereicherung und garantiert ihnen absolut risikofrei beständige Märkte im In- und Ausland.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bedeuten das Wettrüsten und die Zunahme der Militärausgaben, daß dem zivilen Bereich immer neue Mittel entzogen werden, deren Umfang mit der Perfektionierung und folglich Vertreibung der Waffen wächst. Zugleich bedeutet es, daß dem Reproduktionsprozeß Erzeugnisse entzogen werden, die infolge ihrer militärischen Spezifik weder als Konsumtions- noch als Produktionsmittel Verwendung finden.

Deshalb vermindert der zunehmende Abfluß von Ressourcen zum militärischen Bereich die Investitio-

nen in die zivilen Industrien und führt zu Disproportionen und Mißverhältnissen in der Wirtschaft insgesamt, zur Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos, zur Drosselung der zivilen Produktion und zu anderen Erscheinungen, die sich negativ auf die sozialökonomische Lage der Werktätigen auswirken.

Eines der akutesten sozialen Probleme ist heute für die meisten Länder die **Arbeitslosigkeit**. Jugendliche bis zu 25 Jahren machen einen immer höheren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigungslosen aus. Ihre Zukunft und ihre Aussichten auf einen Arbeitsplatz sind durch das gegenwärtige Wettrüsten außerordentlich eingeengt. Es ist kein Zufall, daß die Arbeitslosigkeit gleichzeitig mit dem Wachstum der Militärausgaben zunimmt. Das sind zwei miteinander verflochtene und einander bedingende Prozesse. Verglichen mit den Investitionen in der Zivilproduktion, schaffen gleich hohe Aufwendungen für militärische Zwecke durchschnittlich nur die Hälfte der jeweiligen Arbeitsplätze. Je mehr die Militärausgaben steigen, desto größer wird die Spanne zwischen der Zivil- und der Rüstungsproduktion sein, was die Sicherung der Beschäftigung betrifft. Das bedeutet, daß die zivile Wirtschaft eine immer größere Anzahl Arbeitsplätze einbüßen wird.

Die Konferenz konstatiert: Die Militärausgaben tragen keineswegs zur Erhaltung des Beschäftigungsgrades bei, im Gegenteil, sie verursachen eine wachsende Arbeitslosigkeit und nehmen Millionen junger Menschen die Möglichkeit, an der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit teilzunehmen.

Die Inflation wirkt sich auf die Lage der Werktätigen in einem größeren Teil der Welt sehr negativ aus. Ihre Hauptursachen sind das Wettrüsten, die Wirtschaftsmilitarisierung und die Erhöhung der Militärausgaben. Sie verstärken die Inflation und vertiefen die Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung der einzelnen Wirtschaften, stören die Proportionen zwischen Produktion und Konsumtion, erhöhen die Haushaltsdefizite und behindern die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse, indem sie die Rolle der sozialen Betreuung und der sozialen Leistungen verringern und zur Bereicherung von Großkapital beitragen.

Die Konferenz konstatiert: Das Wettrüsten stimuliert die Inflation und beeinflußt die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in vieler Hinsicht negativ. Besonders schwer belastet es die materielle Lage der Werktätigen, was am deutlichsten in der Erhöhung der Preise und Lebenshaltungskosten zutage tritt.

Das Wettrüsten verschlingt einen großen Teil der Budgetmittel in allen Ländern, gleich, welcher Gesellschaftsordnung.

Diese Mittel setzen sich hauptsächlich aus den verschiedensten Steuern zusammen, deren Last in der Hauptsache die Werktätigen tragen.

Es sind in erster Linie die Werktätigen, die unter den schweren Folgen des Wettrüstens zu leiden haben.

Neben direkten Steuern entrichten die Werktätigen auch indirekte Steuern, deren Erhöhung durch die allgemeine Teuerung kaschiert wird. Diese führt seinerseits zu den schlimmsten Folgen für die minderbemittelten Werktätigen und ihre Angehörigen (Niedrigbezahlte, kinderreiche Familien, Arbeitsunfähige usw.).

Die Konferenz konstatiert: Die Politik des Wettrüstens wird auf Kosten der Werktätigen betrieben.

Das Wettrüsten hemmt die Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit in den Ländern, die sich von der kolonialen Unterdrückung befreit haben, ihre Entwicklung auf dem Wege des sozialökonomischen

Fortschritts und schafft Hindernisse für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Die Militärausgaben der Entwicklungsländer selbst nehmen zu. Gegenwärtig sind sie dreimal so hoch wie die diesen Ländern gewährte „Hilfe“.

Die Konferenz konstatiert: Das Wettrüsten, das auch auf die Entwicklungsländer übergreifen hat, erschöpft ihre Ressourcen, die notwendig sind, um ihre eigene nationale Wirtschaft zu schaffen, die Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln sowie die akutesten sozialen Probleme im Interesse der breiten Bevölkerungsschichten zu lösen. Das Wettrüsten verursacht ferner politische Spannungen zwischen ihnen und verstärkt ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten.

Das Wettrüsten und die Spannungen in den internationalen Beziehungen als seine Folge zerstören die normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten (namentlich solchen mit verschiedenen sozialen Systemen) und sind ein Hemmschuh für die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, während die Werktätigen am Ausbau solcher Beziehungen interessiert sind.

Die Konferenz konstatiert: Das Wettrüsten macht es der Gesellschaft unmöglich, gewaltige materielle, Arbeits-, Finanz- und sonstige Ressourcen produktiv zu nutzen. Wegen der militärischen Vorbereitungen verliert die menschliche Gesellschaft die Möglichkeit, solche materiellen und anderen Güter zu erzeugen, deren Wert höher wäre als selbst die wirklich schwindelerregenden Summen der gesamten Militärausgaben in der heutigen Welt. Die Erfassung solcher nichtrealisierten Möglichkeiten ist sehr wichtig, um die negativen Aspekte des Wettrüstens einschätzen zu können.

Von den Interessen der Werktätigen ausgehend und ihrem Willen entsprechend, verurteilen die Konferenzteilnehmer entschieden:

- alle Handlungen, die zur Erhöhung der internationalen Spannungen und zur weiteren Eskalation des Wettrüstens führen, jede Stationierung von Massenvernichtungswaffen außerhalb der Staaten, denen sie gehören, jede Entwicklung neuer Arten solcher Waffen;

- jede Doktrin, die die Möglichkeit eines, und sei es auch eines begrenzten, Kernwaffenkrieges zuläßt.

Die Konferenzteilnehmer, die ihrem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, maximal jede Initiative zur Erhaltung und Festigung des Friedens, zur Vertiefung der Entspannungspolitik, zur Entwicklung der Zusammenarbeit und Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten zu fördern, befürworten entschieden:

- Begrenzung der strategischen Waffen, Verbot der Produktion, Erprobung, Stationierung und Anwendung von Kernwaffen; erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR;

- konstruktiven Ausgang des Madrider Treffens und Einberufung einer Europäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung;

- Auflösung aller Militärblöcke;

- Sicherung positiver Ergebnisse der zweiten UNO-Sonderabrüstungstagung (1982) sowie unverzügliche weltweite Maßnahmen zu dem Zweck, die Abrüstung zu verwirklichen und die freigesetzten Mittel zur Überwindung des Elends in der Welt zu verwenden.

Die Teilnehmer der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung sind zutiefst überzeugt, daß die Abrüstungspolitik die einzige vernünftige Alternative zur gegenwärtigen Politik des Wettrüstens sein kann und muß. Nur

die Abrüstungspolitik kann die Festigung des Friedens gewährleisten, die Gefahr eines neuen Krieges abwenden, ihn für immer aus dem Leben der Gesellschaft ausschließen sowie der internationalen Entspannung und Zusammenarbeit neue Impulse, beruhend auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, geben.

Die Konferenz fordert die Regierungen aller Staaten der Welt auf, notwendige Schritte zu tun, um politische Lösungen herbeizuführen, die den Weg zur Abrüstung freilegen. Die Konferenz unterstützt alle Bemühungen darum, Länder oder Ländergruppen zu einer kernwaffenfreien Zone zu verkünden.

Die Abrüstung liegt im Interesse des sozialen Fortschritts. Ihre günstigen Folgen werden das heute auf einem größeren Teil der Erde bestehende System der Herrschaft und Ausbeutung von Ländern, Völkern und Werktätigen ebensowenig beseitigen wie die sozialökonomischen Systeme, die solche Erscheinungen hervorbringen. Doch kann die Abrüstung die Lösung vieler wichtiger Probleme fördern und es ermöglichen, Menschen und materielle Ressourcen — gewaltige Produktions- und Energiekapazitäten, Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe, Stahl, seltene und Buntmetalle usw. — produktiv zu verwenden.

Die Abrüstung wird ein gigantisches wissenschaftlich-technisches Potential, das im Rüstungsbereich eingesetzt ist, der zivilen Produktion zuführen und es erlauben, die Leistungen der wissenschaftlich-technischen Revolution restlos im Interesse der Menschheit konstruktiv zu nutzen.

Die Abrüstung liegt im Interesse der Werktätigen. Sie wird der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Auftrieb geben, weil sie es erlaubt, die freigesetzten Mittel auf die Befriedigung der wichtigsten, lebensnotwendigen Bedürfnisse der Menschheit umzustellen: auf die Beseitigung von Hunger und Elend in ausgedehnten Regionen des Erdballs, auf die Erhöhung des materiellen Wohlstands und des allgemeinen Lebens- und Zivilisationsstandards aller Völker. Sie wird es möglich machen, die großen Mittel, die heute für die Entwicklung von Instrumenten der Zerstörung und Vernichtung draufgehen, friedlich, konstruktiv zu verwenden: für die Entwicklung von Industrie, Transport, Landwirtschaft, Volksbildung, Gesundheitsschutz, Wissenschaft und Kultur, für die Erweiterung der Hilfe an die Entwicklungsländer zwecks ihrer wirtschaftlichen und sozialen Förderung, für den Umweltschutz, für die Erschließung von Weltraum und Weltmeer. Die Abrüstung wird der ganzen Menschheit Nutzen bringen und den allgemeinen Fortschritt sichern. Die Konferenz begrüßt die von der IAO angenommene Resolution „Sozialökonomische Folgen der Abrüstung“ und hofft, daß sich die IAO für ihre Realisierung einsetzt.

Die Realisierung der Vorzüge, die sich aus der Abrüstungspolitik ergeben, erfordert die Konversion, d. h. die Verlegung von Arbeitskräften und materiellen Ressourcen der Staaten aus dem militärischen in den zivilen Bereich. Konversion ist ein Instrument der Abrüstung. Aber die allgemeine und vollständige Abrüstung stellt nicht die unerläßliche Voraussetzung der Konversion dar. Deren adäquate Verwirklichung ist auch bei einer Teilabrüstung sowie bei der Senkung der Rüstungsausgaben möglich.

Die Konferenz lehnt entschieden den Standpunkt als haltlos ab, die Konversion sei „technisch nicht machbar“, sie hätte unheilvolle, nicht wiedergutmachende Folgen für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Die Konferenzteilnehmer sind zutiefst davon überzeugt, daß die Konversion möglich und technisch durchführbar ist. Ihre Probleme sind nicht komplizierter als gewisse Aufgaben bei der Umgestaltung von

Technologien und des Systems wirtschaftlicher Prioritäten; solche Probleme werden von der modernen Wissenschaft und Produktion erfolgreich gelöst. Keine Schwierigkeiten und Probleme, keine eventuellen sozialökonomischen Unkosten der Konversion können sich mit dem realen Nachteil des unausgesetzten Wettrennens, mit seiner Gefährlichkeit für die Menschheit messen. Die Konferenz begrüßt die Initiativen von Arbeitskollektiven und Gewerkschaften zu konkreten Plänen, die Rüstungsindustrie auf Friedensproduktion umzustellen, sowie nationale Konversionspläne.

Die Konversion würde die Beschäftigungslage verbessern. Die Verlegung von Mitteln aus dem militärischen in den zivilen Bereich wird es ermöglichen, zahlreiche neue Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem in den für die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen lebenswichtigen Wirtschaftszweigen, deren Finanzierung heute durch die enormen Militärausgaben gebremst wird: in Gesundheits-, Bildungs-, Sozialfürsorge, Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und Nachrichtenwesens, in der Ausgestaltung von Städten usw.

Die Konversion wird nicht Massenentlassungen und den Abbau der Beschäftigung in der Rüstungsindustrie bewirken, wenn diese umorientiert wird auf die Produktion gesellschaftlich nützlicher Erzeugnisse, die für die Wirtschaftsentwicklung und für bessere Lebensbedingungen der Bevölkerung notwendig sind. In erster Linie ist es die materielle Sicherung der Lösung globaler Probleme der Gegenwart: Energetik, Umweltschutz, Erforschung der Biosphäre, Nutzung der Ressourcen des Weltmeeres, Nahrungsmittelproblem, Bekämpfung von Krankheiten, des Analphabetentums u. a. Die Lösung dieser Probleme erfordert den konzentrierten Einsatz der technisch höchstentwickelten Industriezweige, d. h. eben jener Industrien, die für die Rüstungsproduktion arbeiten. Die Lösung dieser Probleme bedeutet den Einsatz hochqualifizierter Arbeitskräfte und Fachleute, die heute in der Rüstungsproduktion beschäftigt sind.

Die Konversion wird auf bestimmte Schwierigkeiten und Hindernisse stoßen, je nach dem sozialen System des einen oder anderen Landes, in dem die Rüstungsproduktion besteht.

Der kommerzielle Charakter der Rüstungsproduktion in den kapitalistischen Ländern, die hohen Profite der Rüstungskonzerne und sonstige Vorteile des militärischen Busineß bestimmen seine negative und feindselige Einstellung zur Konversion voraus.

Das macht einen ständigen koordinierten Kampf gegen das verderbliche Vorgehen transnationaler Gesellschaften notwendig, die ihre wirtschaftliche Herrschaft benutzen, um gesellschaftliche Mittel für die Rüstungsproduktion auszugeben, die ihnen Superprofite sichert.

Die Überwindung des Widerstandes dieser Kräfte ist eine unerläßliche Bedingung für die Verwirklichung der Konversion in solchen Ländern.

Deshalb begrüßt die Konferenz die Tatsache, daß in den Ländern Westeuropas, in den USA und anderen Ländern in letzter Zeit eine Massenbewegung gegen den Krieg wächst und besonders daß die Jugend daran auf breiter Grundlage teilnimmt. Die Konferenz ruft die Gewerkschaften auf, sich noch aktiver in diese Bewegung einzuschalten.

Da in den sozialistischen Ländern kein Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, schafft das dort günstigere Bedingungen dafür, die nichtproduktiven Investitionen und Ressourcen aus der Rüstungsproduktion in eine produktivere und für die zivile Produktion notwendigere Sphäre zu verlegen, was unverzüglich den Nationalreichtum dieser Länder erhöhen wird.

In den Entwicklungsländern, die praktisch keine eigene Rüstungsproduktion haben, wird die Konversion keine großen Schwierigkeiten verursachen. Die Einstellung großer Waffenankäufe wird es erlauben, aus den so freigesetzten Mitteln die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern zu finanzieren.

Die Konferenzteilnehmer heben folgendes besonders hervor: Die Teilnahme der Werktätigen und der Gewerkschaften an der Verwirklichung der Konversion und eine demokratische Kontrolle dieses Prozesses müssen gewährleisten, daß die moderne Wissenschaft und Technik, die in den militärischen Zweigen angewandt wurden, folgenden Zielen dienen:

- die Zivilproduktion zu fördern, um nicht nur sie selbst zu erhöhen, sondern auch um die Freizeit zu vergrößern und folglich eine kulturvolle Erholung der Werktätigen zu organisieren;

- den Fortschritt in den Entwicklungsländern zu sichern und nicht die Profite der transnationalen Konzerne zu steigern.

Die Teilnehmer der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung verurteilen die Entwicklung aller Formen von Waffen in allen Ländern, weil sie dem Ziel der Aufrechterhaltung des Friedens zuwiderläuft und die Interessen der Werktätigen der betreffenden Länder schmälert.

Die Vertreter von Gewerkschaften verschiedenster Orientierung erklären, daß sie entschieden den Kampf gegen die sinnlose Steigerung der Militärausgaben unterstützen, und setzen sich dafür ein, die nationalen Mittel zu friedlichen Zwecken, für den nationalen Fortschritt, für die Entwicklung, für die Bekämpfung des Hungers u. a., für die Befriedigung der akutesten Forderungen der Werktätigen in Stadt und Land zu verwenden.

Die Teilnehmer der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung fordern die Regierungen der Kernwaffenmächte auf, den Prozeß der Abrüstungsverhandlungen auf bilateraler, regionaler und multilateraler Ebene zu fördern, damit konkrete Maßnahmen der Abrüstung, vor allem

der nuklearen Abrüstung, getroffen werden können, was im Interesse der Werktätigen aller Länder liegen wird.

Diese Aufgaben sind nicht leicht, aber lösbar. Heute gestaltet sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten jener, die für Frieden, Fortschritt und nationale Unabhängigkeit kämpfen.

Zum Kampf dieser Kräfte müssen die Werktätigen und ihre Organisationen ihren eigenen Beitrag leisten, von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der Aufgaben, die die Mehrheit der Erdbevölkerung bewegen, für die Beseitigung der Ursachen, die zum Wettrüsten und zu militärischen Konflikten führen.

Einheitliche Aktionen der Werktätigen sind ein objektives Gebot der Zeit, sie werden zur Entfaltung des Kampfes aller Fortschrittskräfte beitragen. Hiervon ausgehend, ruft unsere Konferenz feierlich die Werktätigen der ganzen Welt auf, alles, was sie trennen kann, zurückzustellen und sich dem in verschiedensten Formen zu führenden Kampf anzuschließen, um die Einstellung des Wettrüstens herbeizuführen sowie den Frieden und sozialen Fortschritt zu festigen.

Die Teilnehmer der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung fordern die Regierungen aller Länder, die an der zweiten UNO-Sonderabrüstungstagung teilnehmen werden, auf, alles zu tun, damit diese Tagung, die zur Realisierung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung beitragen muß, positive Ergebnisse erreicht.

Die Teilnehmer der Weltgewerkschaftskonferenz über soziale und wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung sind der Auffassung, daß die zweite UNO-Sonderabrüstungstagung eine Vorstufe bilden muß zur Einberufung und Abhaltung der Weltabrüstungskonferenz, eines internationalen Treffens, das die dringlichsten Maßnahmen auf dem Wege zur Abrüstung, zu einem dauerhaften Weltfrieden erörtern wird.

Um diese Aufgaben im Interesse der Werktätigen zu bewältigen, um diese gemeinsamen und realen Ziele zu erreichen, rufen die Konferenzteilnehmer Sie zum Kampf auf.